H 8040 F
ISSN 1619-1404
Nummer 128
Jan. | Febr. 2011
2,50 Euro

INFORMATIONEN VON UND FÜR ANTIFASCHISTINNEN



ZIVILCOURAGE IST KEIN EXTREMISMUS

NAZIS **NPD & DVU VEREINT**

NAZIS **HDJ-NACHFOLGE? – IG FAHRT UND LAGER**

BRAUNZONE **JF ALS STICHWORTGEBER**

INTERNATIONAL **UNGARN: PRESSE GLEICHGESCHALTET**

SEITE 3

NAZIS

»EXTREMISMUS«

BRAUNZONE

INTERNATIONAL

REZENSIONEN

FOTOS

EXPO Magazin (S. 5), Peter Jülich (S.7), Johannes Grunert/Recherche Ost (S. 9), Andreas Kesler (S. 15), Kai Budler (S.17), IREHR (S. 27).

EDITORIAL

Im Burgenlandkreis lobte der SPD-Bürgermeister Hans Püschel öffentlich die NPD. Auf Kritik reagierte er mit dem Austritt aus seiner Partei und der Ankündigung, bei den kommenden Landtagswahlen 2011 in Sachsen-Anhalt für die Neonazi-Partei zu kandidieren. Im Landkreis Weimarer Land veröffentlichte wenig später, im Dezember 2010, der Landrat Hans-Helmut Münchberg – ehemals CDU, heute parteilos, aber 2009 auf der Kommunalwahlliste der SPD angetreten – im offiziellen Mitteilungsblatt des Landkreises unter der Überschrift »Kriminelle Ausländer raus« einen durch und durch rassistischen Artikel. Die NPD applaudierte: »Ein Mann mit Rückgrat!« Der Protest der »üblichen Verdächtigen« verhallte. Konsequenzen? Keine. Beide Politiker sind weiterhin im Amt, zahllose BürgerInnen sprachen ihnen ihre Unterstützung aus.

»Deutsche Zustände« eben, wie sie auch in der neuesten Folge der gleichnamigen Studie der Universität Bielefeld beschrieben werden. Zustände, in denen Rassismus, Nationalismus, die Sehnsucht nach autoritärer Führung und die Ablehnung schlechter gestellter Menschen zusammenkommen. Während sich für dieses »rechtspopulistische« Potenzial mit eindeutig extrem rechten Einstellungen in Deutschland bis heute glücklicherweise keine erfolgreiche organisatorische Form gefunden hat, ist die extreme Rechte in anderen europäischen Ländern weiter. So sitzt in Italien seit vielen Jahren die Rechtsregierung unter Berlusconi trotz interner Streitigkeiten weiterhin fest im Sattel, ein Versuch der Abwahl scheiterte jüngst. Und in Ungarn schafft die rechtskonservative Regierung, die sich auch auf die Mobilisierung antisemitischer und nationalistischer Stimmungen stützt, faktisch die Pressefreiheit ab. In der aktuellen Ausgabe von **DERRECHTERAND** beleuchten wir auch die Situation in den beiden Ländern.

2011 wird ein »kleines Superwahljahr«. Landtagswahlen in Hamburg (20.02.2011), Sachsen-Anhalt (20.03.2011), Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg (27.03.2011) sowie Mecklenburg-Vorpommern (04.09.2011) und Berlin (18.09.2011) sowie zahlreiche Kommunalwahlen werden zu einem Aktivitätsschub und kleineren Wahlerfolgen der extremen Rechten führen. Denn am rechten Rand der Gesellschaft bewegt sich einiges. Zwar wird aus dem Zusammenschluss der NPD mit der politischen Leiche DVU keine schlagkräftige Rechtspartei entstehen, aber ein Signal an die gesamte Rechte ist es dennoch. Die Zusammenführung der rechten Splitterparteien kann zumindest auf niedrigem Niveau zu Erfolgen führen. Dafür bietet das kommende Jahr genügend Anlässe. So wird die Wahl in Sachsen-Anhalt der erste Testlauf, ob das neue Bündnis hält. Gelingt hier der Einzug in den Landtag, dürfte die NPD sich als wichtigste Formation in der extremen Rechten dauerhaft etabliert haben. Die Kommunalwahl in Hessen dagegen wird zeigen, inwieweit »Die Republikaner« in ihrer vorletzten Hochburg, noch mobilisierungsfähig sind und ob die NPD von ihrer anhaltenden Schwäche profitiert. **DERRECHTERAND** wird über die Wahlen von nun an kontinuierlich berichten.

2011 wird für die antifaschistische Bewegung wieder mit der Auseinandersetzung um Europas größten Naziaufmarsch im Februar in Dresden beginnen. Letztes Jahr gelang es, mit Massenblockaden den Aufmarsch zu stoppen. Doch neben den üblichen Rechtsauslegern, die antifaschistischen Protest schon immer ablehnten, kommen mittlerweile neue Ausleger des Rechts hinzu, die lautstark – und im Gewand des vermeintlich neutralen Rechts – gegen die Blockaden polemisieren. So beispielsweise der Generalstaatsanwalt von Brandenburg Erardo Cristoforo Rautenberg, der im »Tagesspiegel« warnte, Blockaden würden nur den Neonazis helfen.

Wir wünschen uns indes, dass es auch dieses Jahr gelingen wird, den Aufmarsch der Neonazis zu stoppen.

TERMINE

Nächste **DERRECHTERAND**-Ausgabe:
Anfang März 2011.
Redaktionsschluss: 10.02.2011.

Verfassungsfeinde ausgemacht

Die Bundesministerin Kristina Schröder (CDU) bleibt auf Kurs. Im »Kampf gegen den Rechtsextremismus« weiß sie, wer der vermeintliche »Hauptfeind« für eine demokratische Gesellschaft ist: Die staatlich geförderten Projekte »für Demokratie und gegen Rechtsextremismus«. Diese Projekte müssen eine »Antiextremismuserklärung« unterzeichnen. Das hat Symbolkraft – gegen dieses Engagement.

Von Andreas Speit

»Wer damit ein Problem hat«, ließ die »Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend«, Kristina Schröder, schon öfter wissen, »demaskiert sich selbst«. Die Unterzeichnung einer »Antiextremismuserklärung« durch die staatlich geförderten Projekte »für Demokratie und gegen Rechtsextremismus«, betont das Ministerium, ist eine »Fördervoraussetzung«. Die Initiativen sollen zudem ihre Partner in Rückkoppelung mit dem Verfassungsschutz aussuchen. »Der Verfassungsschutz wird künftig darüber entscheiden, mit wem die Projekte zusammen arbeiten dürfen und mit wem nicht«, sagt Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion »Die Linke«.

Im Bundestag hatte »Die Linke« mit einer »Kleinen Anfrage« beim Bundesministerium nachgefragt, wie die »Antiextremismuserklärung im Bundesprogramm Toleranz fördern – Kompetenz stärken« ausgestaltet werden soll. Schon vor Monaten hatte Schröder verkünden lassen, dass bei der Neuordnung der Programme ab 2011 Initiativen nicht nur sich selbst schriftlich zur demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik zu bekennen haben, sondern auch ihre Partner sich den Zielen des Grundgesetzes verpflichten müssen.

Die Antwort der Bundesregierung bestätigt die Befürchtungen von über hundert Personen und Initiativen aus Wissenschaft, Politik und Demokratieprojekten – darunter die »Amadeu Antonio Stiftung« und »Aktion Sühnezeichen Friedensdienste«. Mit einer Erklärung reagierten sie auf die ministerialen Bestrebungen (siehe Seite 16). Diese Bedingung impliziere »einen Generalverdacht gegen jedes Engagement gegen Rassismus und Rechtsextremismus«, sagt Roland Roth, Mitinitiator des Aufrufs und Professor für Politikwissenschaften an der Hochschule Magdeburg-Stendal. Dass ausgerechnet jene Initiativen, die vor Ort für Demokratie und Toleranz offen auftreten, pauschal als demokratiefeindlich betrachtet werden, hält er für untragbar. Noch deutlicher wird Sven-Christian Kindler, Bundestagsabgeordneter von »Bündnis 90/Die Grünen«: »Die Extremismusverwirrung der Regierung führt dazu, dass linke, antifaschistische Initiativen gegen Nazis kriminalisiert werden« – eine Kritik, die freilich Frau Schröder seit Monaten nicht anficht: »Wer würde denn allen Ernstes einem bekennenden Pyromanen ein Feuerzeug in die Hand drücken, nur weil der sich auch bei der freiwilligen Feuerwehr engagiert?«, fragte sie. Ein Vergleich, den Monika Lazar, Sprecherin der grünen Bundestagsfraktion für »Strategien gegen Rechtsextremismus«, mehr als unpassend findet: »Die Pyromanen-Analogie ist ein Schlag ins Gesicht derer, die sich jetzt schon gegen rechts engagieren.« Mit ihren Äußerungen zeige die Ministerin, dass sie von der Praxis bürgerlichen Engagements keine Ahnung habe.

Das Bundesministerium lässt indes keine Zweifel aufkommen, was von den Projekten für eine finanzielle Förderung durch die Bundesprogramme »Toleranz fördern – Kompetenz stärken« und »Initiative Demokratie stärken« erwartet wird. »Wenn die Erklärung von einem Träger nicht unterzeichnet wird, erhält er keine Fördermittel«, heißt es. Sollte ein Träger gegen die Erklärung verstoßen, können die Fördergelder zurückgefordert werden. Eine Regiestelle beim »Bundesamt für Zivildienst« soll eingerichtet werden, die eng mit den Verfassungsschutzämtern zusammen arbeiten wird. Dort könne man auch im Zweifel über Projektpartner informiert werden. Die Erwähnung eines potenziellen Partners in einem Verfassungsschutzbericht »schließt eine Zusammenarbeit« aus. Im Fall der Partei »Die Linke« und der »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten« wird mehr oder minder eine Einzelfallüberprüfung nahegelegt. Jelpke betont: »Die Bundesministerin kehrt die Beweislast um.«



Dass die Erklärung gar nicht nötig sein könnte, wird im Ministerium erst gar nicht in Erwägung gezogen. Die bestehenden Regularien würden greifen, betonte jedoch unlängst Bernd Lüdkemeier, Direktor der »Landeszentrale für politische Bildung in Sachsen-Anhalt«. Das Ministerium räumt auch ein, dass »keine Fälle bekannt« seien, in denen Träger gefördert worden seien, die »im Verfassungsschutz aufgeführt waren«. Würden hier die Fakten die Entscheidung bestimmen, nicht die Ideologie, müsste Schröder die Erklärung zurückziehen. Doch die Ministerin blendet, getreu ihrem Extremismusverständnis, aus, was ausgeblendet werden muss: Nämlich dass das Engagement »gegen Rechtsextremismus« den Grundgesetzgedanken bedingt, dass alle Menschen die gleichen Rechte haben. Die Ministerin scheint eher, getreu der rechtskonservativen CDU-Position, die Kritik am »Extremismus der Mitte« als pauschal grundgesetzwidrig zu betrachten. Die Kontextualisierung des extrem rechten Gewaltanstiegs und der extrem rechte Einstellungszuwachs mit sozio-kulturellen Diskussionen und ökonomisch-politischen Prozessen missfallen. Frau Schröder will über »Rechtsextremismus« reden, aber über die Verfasstheit der Gesellschaft schweigen. Bianca Klose, Leiterin der »Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus« in Berlin, betont: »Wo die Bundesregierung bislang zivilgesellschaftliches Engagement förderte, wird nun versucht, staatliche Kontrolle zu setzen, gepaart mit Generalverdacht und Misstrauen. ■

Viele Wege führen nach Dresden

Bündnisse bereiten erneut Blockaden vor

Der unter dem Zeichen der Trauer deklarierte Aufmarsch von Alt- und Neonazis konnte im vergangenen Jahr zum ersten Mal aufgrund von Blockaden um den Neustädter Bahnhof und auf der geplanten Route nicht stattfinden. Dieser antifaschistische Erfolg soll im Jahr 2011 wiederholt werden.

Von Alex Weber [»Avanti - Bündnis No Pasaran«]



Das bis weit ins bürgerliche Lager reichende Bündnis »Dresden Nazifrei« und das linksradikale Bündnis »No Pasaran« haben – zuletzt auf einer Aktionskonferenz im Oktober 2010 – erneut zu Massenblockaden aufgerufen. Auch Bürgermeisterin Helma Orosz (CDU), die Initiatorin der Menschenkette »gegen Rechts« in der Dresdener Altstadt, wird 2011 erneut zu Massenaktivitäten aufrufen müssen – hatte sie sich doch die gelungene Blockade des Naziaufmarsches auf die eigenen Fahnen geschrieben. Die beteiligten Politiker, vor allem der Partei »Die Linke«, aber auch von »Bündnis 90/Die Grünen« sowie die Gewerkschaften zeigen sich ebenfalls gewillt, die Aktivitäten fortzusetzen. Für einen Teil von ihnen bietet Dresden die idealen Rahmenbedingungen, sich basisnah und authentisch zu zeigen, andere sehen hier die Chance, im Rahmen von Massenblockaden Ziele durchzusetzen, die auf parlamentarische Weise nicht zu erreichen sind.

Die antifaschistischen Bündnisse haben erkannt, dass die Aktionsform der Massenblockaden zur Zeit die besten Chancen hat, ein sehr breites Spektrum von Menschen zu aktivieren und in Aktionen einzubeziehen. So hat sich durch das massenhafte Übertreten von Polizeianweisungen und Versammlungsverboten sowie durch die gemeinsamen Straßen-, Platz- und Sitzblockaden eine enorme Eigendynamik entwickelt, bei der ansonsten bestehende Abgrenzungen und Vorbehalte abgebaut und überwunden werden. Denn immerhin war den Blockaden im Jahr 2010 eine erhebliche Diffamierungs- und Kriminalisierungskampagne insbesondere durch die Staatsanwaltschaft Dresden vorausgegangen. Bereits im Vorfeld wurde durch die Beschlagnahme von Plakaten, die zum Blockieren aufriefen, deutlich gemacht, dass die Staatsanwaltschaft die gesamte Aktion für rechtswidrig und strafwürdig hält. Öffentlich wurde angekündigt, in jedem Fall gegen die prominenten Aufrufer strafrechtlich vorzugehen. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft wurde mittlerweile die Immunität des Abgeordneten Bodo Ramelow (»Die Linke«) aufgehoben, damit ein Strafverfahren gegen ihn durchgeführt werden kann. Vorwurf der Staatsanwaltschaft: Sprengung von Versammlungen.

Tatsächlich hatten die Massenaktivitäten erhebliche »Sprengkraft«. Der Erfolg der Blockaden war keineswegs »geschenkt«. Durch die Aktivierung von mindestens 15.000 Menschen auf den Straßen Dresdens hatte die Polizei kaum den Spielraum für Räumungen. Selbst wenn sie an einzelnen Stellen geräumt hätte, wäre eine Route für die Nazis nicht freizubekommen gewesen. Zudem ist der politische Preis für massenhafte brutale Räumungen sehr hoch.

Bislang ist noch nicht abzusehen, wie sich Staatsanwaltschaft und Polizei in diesem Februar verhalten werden. Nach dem Blockadeerfolg wird es noch schwerer werden, die Aktivitäten durch Strafverfolgung zu behindern. Die Erfahrungen 2010 zeigen freilich, dass die antifaschistischen Bündnisse diesen voraussichtlich zu erwartenden Kriminalisierungsversuchen sehr viel gelassener entgegen blicken können.

Wahrscheinlicher dürfte es indes sein, dass die Stadt Dresden als Versammlungsbehörde versucht, die Situation durch ein neues Demonstrationskonzept zu bewältigen und erneut eine deutliche räumliche Trennung durchzusetzen. In diesem Fall müssten allerdings nicht nur ganze Stadtteile voneinander abgeriegelt werden, wie dies in der Vergangenheit bereits unternommen wurde. Die antifaschistischen Blockadeplanungen hatten dieses Problem bereits erkannt und daher die Anreise der Demonstrierenden so organisiert, dass diese direkt zu den Blockadestellen fuhren. Eine vollständige Kontrolle der Anreise von vielen tausend Menschen dürfte der Polizei jedoch kaum möglich sein, auch weil sie bei rigorosen Straßensperren riskiert, anreisende AntifaschistInnen und Nazis im Stau zueinander zu führen.

Die Nazis haben nach ihrer desaströsen Niederlage 2010 bislang kein Konzept entwickelt. Bis heute ist unklar, ob sie ihre Aufmärsche am 12./13. Februar 2011 oder am darauf folgenden Wochenende durchführen wollen. In der Vergangenheit hatte ein solches Verhalten in der Regel nicht dazu geführt, antifaschistische Gegenmobilisierungen zu irritieren, sondern nur die eigene Mobilisierung geschwächt.

Es werde an dem Tag blockiert, an dem die Nazis ihren Aufmarsch durchführen wollen, verkünden derweil »Dresden Nazifrei« und »No Pasaran«. Tausende anreisende AktivistInnen aus allen Bundesländern und Massenblockaden des Aufmarschortes und der Routen können auch 2011 deutlich machen, dass die Nazis und ihr inszenierter deutscher Opferkult in Dresden nicht mehr willkommen sind. ■

»Männersekte«!

NPD Mecklenburg-Vorpommern frauenlos

Am 20. November 2010 bestimmte der NPD-Verband Mecklenburg-Vorpommerns Udo Pastörs zu seinem Landtagsspitzenkandidaten. Ganz auf Bundesparteilinie, will er im Wahlkampf vor Ort gezielt Wähler ansprechen und soziale Themen besetzen. Nur in einem folgt der Landesverband der Bundesstrategie nicht: Auf der Landesliste ist keine Frau.

Von Andreas Speit

Sauer, sehr sauer war prompt Doris Zutt. Auf dem Szeneportal »Altermedia« erklärte die 50-Jährige: »Mir wurde versprochen, dass ich einen vorderen Listenplatz erhalte. Dieses Wort wurde jedoch gebrochen.« Wer da wem was versprochen hat, dürfte sich nicht bloß die NPD in dem Bundesland gefragt haben. Denn Zutt, die der NPD seit 1982 angehört. ist nicht irgendwer in der Partei. Vor zweieinhalb Jahren zog sie mit ihrem Mann Alfred Zutt von Ehringshausen nach Waren. Ihr Sohn hat dort einen Laden für die Szene eröffnet. Ganz wie die Eltern, die in der hessischen Gemeinde einen der ersten Läden, »Zutts Patriotentreff«, eröffnet hatten. Doch nicht bloß um der Familie willen sind sie umgezogen: Im Westen seien die Leute durch die »alliierte Reeducation« eingeschüchtert, sagte Doris Zutt. An der politischen Gesinnung der Zutts dürfte die Nichtaufstellung freilich kaum gelegen haben. Auch nicht an mangelnder kommunalpolitischer Erfahrung: In ihrer früheren hessischen Gemeinde holten die Zutts einst gar 22,9 Prozent und in ihrem neuen mecklenburg-vorpommerschen Wohnort sitzt Doris Zutt wieder im Kreistag. Hier schimpft sie auch über die »Misere« für die »einfachen Leute« durch Streichungen im »sportlichen und sozialen Bereich« und fordert, den »Schuldkult« nicht weiter zu finanzieren. Alles ganz getreu der Partei: Die sozialen Themen werden mit ihren politischen Positionen verwoben.



∧ Udo Pastörs als Redner am 11.12.2010 im schwedischen Salem war nur einer der zahlreichen Gäste aus Deutschland

Auf »Altermedia« verlor Zutt nicht viele weitere kritische Worte. Eine wie sie will nicht durch zu große öffentliche Kritik der Partei schaden. Die Sätze wirkten aber. Auf dem Landesparteitag musste sich der wiedergewählte Landesvorsitzende Stefan Köster dazu äußern. Er antwortete auf der NPD-Landeswebsite in einem Interview auf die Frage »Wo sind eure Frauen?«, diese Frage sei »typisch BRD«, wo »Personen nicht an ihrer Persönlichkeit gemessen werden, sondern an ihrem Geschlecht«. Köster versicherte: »Wir haben in Mecklenburg-Vorpommern viele vorzeigbare Frauen« und es sei auch mit vielen Frauen über eine Kandidatur gesprochen worden. Die meisten Frauen in ihrem Verband hätten aber Kinder und für die stünden diese »noch im Vordergrund und nicht die Politik in Parlamenten«. Keine Antwort auf die Frage, warum Zutt nicht aufgestellt wurde. Köster wird wissen, dass Zutts Sohn längst aus dem Haus ist. Der NPD-Landesführung indes dürfte deutlich geworden sein, dass sie mit der Entscheidung nicht nur weibliche Wähler aus der Szene eventuell verprellt haben könnte. Eine Frau sollte daher retten, was zu retten ist: Marianne Pastörs. Auf der Landes-Website erklärte die Frau des Fraktionschefs und Spitzenkandidaten ebenso in einem Interview: »Tatsache ist, dass die weitaus größere Mitgliederzahl der NPD im Lande von Männern gestellt wird, und die weiblichen Mitglieder meist ihre Aufgabe zunächst hauptsächlich in der Betreuung und Erziehung ihrer Kinder sehen.« Die NPD-Stadtvertreterin in Lübtheen betonte: »Dies unterscheidet die familienpolitische Grundausrichtung der meisten Frauen in der NPD wohltuend von der nicht selten widernatürlichen Sichtweise der sogenannten etablierten Parteien.« Seit 2008 bemüht sie sich, den »Ring Nationaler Frauen« (RNF) im Land aufzubauen. Getreu dem RNF antwortet sie auf die Frage »Wo sind die Frauen?«, eine »Quote« sei immer ein »Zwang« und dagegen sträube sich in ihrem »Innersten instinktiv etwas«.

Den Landesverband bezeichnete die sächsische NPD-Landtagsabgeordnete Gitta Schüßler schon 2009 als »Männersekte«. Nach den Kommunalwahlen hatten gewählte NPD-Frauen ihr Mandat an Parteimänner übergeben. »Betrug am Wähler«, wetterte Schüßler, die damals Bundesvorsitzende des RNF war. Nach dieser deutlichen Kritik war sie das Amt los. Diese »feministischen Ansichten waren für den übrigen Vorstand nicht mehr hinnehmbar«, erklärte Stella Hähnel für die RNF.

Auf dem Landesparteitag am 20. November 2010 sollen die rund 70 Delegierten allerdings ohne »Kampfkandidaturen« oder »Zwistigkeiten« die Landesliste bestimmt haben. Nach Pastörs traten auf den ersten Plätzen die NPD-Landtagsabgeordneten Tino Müller, Michael Andrejewski und Köster an. Birger Lüssow und Raimund Borrman kandidierten nicht wieder. Auf den Plätzen fünf und sechs, die bei einem Wiedereinzug noch die Chance des Landtagsmandats haben, waren stattdessen: David Petereit und Michael Gielnik. Die Kandidaten offenbarten, die Kameradschaftsszene sei in der NPD stärker geworden. Auf dem Parteitag wählten die Delegierten die Kameradschaftskader gleich zu den zwei stellvertretenden Landesvorsitzenden. Den Vorstand bestimmten sie auch als reine Herrenrunde. Keine Frau ist in dem neuen Landesvorstand. Gudrun Heinrich vom »Institut für Politik und Verwaltungswissenschaften« an der Universität Rostock denkt, dass im Landesverband Frauen in politischen Ämtern nicht ins vorherrschende Weltbild passen: »Frauen sollen Kinder bekommen und erziehen, um den Erhalt des deutschen Volkes zu sichern.« Ein Wiedereinzug muss aber nicht an den Kandidaten scheitern. Heinrich betont, hier seien »viele auch einfach der Überzeugung, dass Rechtsextremismus richtig ist«. ■

Viel Material, kaum Inhalt

NPD-Wahlkampf in Sachsen-Anhalt

2011 finden in vier Bundesländern Landtagswahlen statt. Die NPD hat Sachsen-Anhalt zur Schwerpunktwahl erklärt, um nach dem Scheitern in Thüringen 2009 endlich in einen dritten Landtag einzuziehen.

Von Silke Heinrich

< Matthias Heyder als Redner bei einer Kundgebung in Sachsen-Anhalt, rechts Holger Apfel

Nach knapp vier Jahren mehr oder minder aktiver Kommunalpolitik fühlt sich die NPD Sachsen-Anhalt reif für den Landtag. Statt sich mit dem politischen Tagesgeschäft herum zu schlagen, erhofft sie sich dort eine größere Bühne und mehr Aufmerksamkeit für ihre politischen Vorstellungen. Mit großzügiger finanzieller Unterstützung der Bundespartei führt die NPD einen materialintensiven Wahlkampf und geht mit Flyern, Plakaten, T-Shirts, Aufklebern, einer Wahlkampfzeitung und Postwurfsendungen in die Offensive. Zahlreiche Videobotschaften auf dem Internetportal »Youtube«, eine Wahlkampfhymne, sowie die »Kompakt-Nachrichten«, eine Nachrichtenseite im Internet, flankieren den NPD-Wahlkampf zusätzlich multimedial.

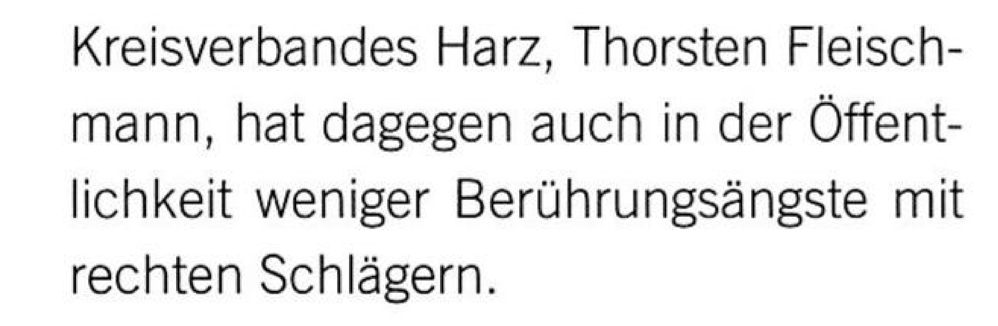


^ Hans Püschel

Heyder kümmert sich

Inhaltlich hat die NPD dagegen nicht viel zu bieten. Als thematischen Schwerpunkt widmet sie sich ausführlich ihrer Selbststilisierung als Opfer einer »Meinungsdiktatur«. Auch wenn die Bundespartei mittlerweile dezidiert zu verschiedenen Themen Stellung bezieht, findet sich dazu wenig im aktuellen Wahlprogramm. Nicht ungewöhnlich für die NPD, dass die wenigen angesprochenen Themen wie Soziales, Sicherheit und Zuwanderung auf dem Niveau von Parolen und Phrasen verbleiben. Die Partei setzt vor allem auf den Protest und die Unzufriedenheit der Wähler mit der Landes- und Bundespolitik. So sieht es der Landesvorsitzende und Spitzenkandidat Matthias Heyder als vornehmliche Aufgabe einer NPD im sachsen-anhaltinischen Landtag, Skandale aufzudecken und deren grundsätzliche Gegnerschaft zu allen anderen Parteien zum Ausdruck zu bringen. Neben den Jung- und Erstwählern sowie dem »sogenannten kleinen Bürgertum« will sich der »selbstständige Unternehmer« Heyder vor allem auch um Hartz-IV-Empfänger »kümmern«. Auf verschiedenen Veranstaltungen und Demonstrationen erklärte bereits der sächsische NPD-Fraktionsvorsitzende und aktueller Wahlkampfleiter Holger Apfel dazu wiederholt, die NPD wolle »für jeden Deutschen nicht nur ein Recht, sondern auch die Pflicht zur Arbeit« durchsetzen.

Um sich unbequemen Fragen von Journalisten nicht persönlich stellen zu müssen, veröffentlichte Heyder seine Antworten auf eventuelle Fragen bereits vorab schriftlich und per Videobotschaft in mehreren selbst inszenierten Interviews. Dabei äußert er sich beispielsweise auch zur Frage einer Zusammenarbeit zwischen NPD und gewaltbereiten Kameradschaften. Während er im nicht-öffentlichen Rahmen gern seine Sympathien für rechte Schläger bekundet, streitet er als Wahlkämpfer ab, dass es gewaltbereite Kameradschaften überhaupt gibt und distanziert sich vorsichtshalber von »sogenannten rechtsmotivierte Gewalttaten«. Der Vorsitzende seines Kreisverbandes Harz, Thorsten Fleischmann, hat dagegen auch in der Öffentlichkeit weniger Berührungsängste mit rechten Schlägern.



Hochburg Burgenlandkreis

Die NPD geht im Wahlkampf offensiv um mit den Begriffen Bürgerrechte, Meinungsfreiheit und Demokratie und lässt keine Chance aus, sich als Verfolgte der »Meinungsdiktatur« darzustellen. Neben dem »Fall Lutz Battke« hat die NPD nun ein weiteres Beispiel aus ihrer Landeshochburg Burgenlandkreis, das sich für den Wahlkampf ausschlachten lässt.

Am 6. November 2010 fand in Hohenmölsen der Bundesparteitag der NPD statt, auf dem der Verschmelzungsvertrag mit der »Deutschen Volksunion« (DVU) beschlossen wurde. Diesem Parteitag wohnte auch der SPD-Bürgermeister des Ortes Krauschwitz, Hans Püschel, bei, der sich im Anschluss öffentlich wie folgt äußerte: »Ich [habe] in den [...] Redebeiträgen kaum einen Satz gefunden, den ich nicht selbst hätte unterschreiben können.« Aufgrund der folgenden Kritik soll Püschel nun als sachsen-anhaltinischer Sarrazin der NPD als Kronzeuge für die Verfolgung Andersdenkender dienen.

Einen Tag später, am 7. November 2010, fand in Laucha, dem Wohnort von Lutz Battke, die Bürgermeisterwahl statt. Auch Battke, der bereits seit mehreren Jahren für die NPD im Stadtrat sitzt, kandidierte in dem Ort, in dem er als Bezirksschornsteinfeger und Jugendfußballtrainer fest verankert ist. 24,2 Prozent der Lauchaer gaben ihm ihre Stimmen und verliehen ihm damit laut NPD den Titel »Bürgermeister der Herzen«. Besonders skurril wirken jedoch die Videobotschaften der Wahlkämpfer aus dem Burgenlandkreis. So werden in einer Videobotschaft beispielsweise die vermeintlichen Methoden geschildert, mit denen Lutz Battke verfolgt werde, in einer anderen lobt ein blindes NPD-Mitglied im Rollstuhl die Kameradschaft und Behindertenfreundlichkeit seiner Partei.

Überraschungsei NPD

Auf die selbst gestellte Frage, ob im Wahlkampf mit größeren Überraschungen zu rechnen sei, sagte Heyder im September: »Selbstverständlich, davon leben wir, [...] und natürlich werden wir uns mit vielen Überraschungen immer wieder in die Medien zwängen.« Eine dieser »Überraschungen« war es dann wohl, als Heyder für den 27. November 2010 einen Aufmarsch in Halberstadt anmeldete, diesen jedoch nirgends bewarb und ihn dann am Abend vorher nach Dienstschluss per Fax wieder absagte. Nachdem mehrere Hundert Polizisten so umsonst nach Halberstadt beordert worden waren, feierte die NPD den Coup als Polizeipanne großen Ausmaßes. ■

»Flaggschiffe« & »Nationale Zentren«

Vor der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz



^ Safet Babic (Bildmitte) bei einem Aufmarsch im September 2010 in Alzey

Zwei Parteien der extremen Rechten streiten in Rheinland-Pfalz maßgeblich um die Gunst der WählerInnen: »Die Republikaner«, von denen bislang im Wahlkampf wenig zu vernehmen ist, und die NPD, die sich fleißig um Öffentlichkeit bemüht.

Von Marian Fischer

»Arbeit - Familie – Heimat«, unter diesem Leitsatz tritt die NPD zur Landtagswahl 2011 in Rheinland-Pfalz an. Dabei setzt die Partei wie auch in anderen Ländern auf Gastauftritte bekannter Parteifunktionäre wie zum Beispiel des Parteivorsitzenden Udo Voigt, seines zukünftigen, von der DVU kommenden Stellvertreters Matthias Faust oder Holger Apfel. Bereits im Oktober und November 2010 war dieser mit dem so genannten »Flaggschiff D«, einem alten Wohnmobil, durch Rheinland-Pfalz getourt. Im Rahmen dessen wurde in Pirmasens das »Bürgerbüro« des Stadtratsabgeordneten Markus Walter eröffnet. Apfel, Fraktionsvorsitzender der NPD im entfernten sächsischen Landtag, nutzte die Reise indes auch für einen Abstecher ins baden-württembergische Mannheim, um vor einer Moschee zu posieren und »zu zeigen, wo Deutschland ist«.

NPD-Forderungskatalog

Die NPD tritt im Wahlkampf an mit altbekannten Klagen über den Euro, über Deutschland als angebliche »Melkkuh« der EU, über die nicht nach Deutschland gehörenden Moscheen und Menschen mit Migrationshintergrund. Die Partei wird im Wahlkampf wohl auch auf ihr unsägliches Motiv »Guten Heimflug!« mit der Karikatur von »drei Orientalen auf einem fliegenden Teppich« zurückgreifen können. Die rheinland-pfälzische Landesvorsitzende Dörthe Armstroff ist am 1. Dezember 2010 vom Vorwurf der Volksverhetzung – ihre Partei hatte im Kommunalwahlkampf 2009 eben jene Plakate verbreitet – freigesprochen worden.

Auch ein anderer Dauerbrenner der NPD im Land fehlt nicht: der Kampf um »nationale Befreiung« von den »Besatzungsmächten«. »... ich erklärte als Kandidat zur Landtagswahl insbesondere die anti-imperialistische Ausrichtung der NPD gegen die US-Streitkräfte in Rheinland-Pfalz als politischen Schwerpunkt«, schreibt Safet Babic über den Halt des »Flaggschiffs« am 26. Oktober 2010 in Trier, wo er für die NPD im Stadtrat sitzt. Entsprechend gehört der so genannte »Volkstrauertag«, beziehungsweise im Nazi-Jargon »Heldengedenken«, zum festen Terminplan der NPD. 2010 führte sie am Mahnmal eines ehemaligen Kriegsgefangenenlagers der US-Army, das zu den so genannten »Rheinwiesenlagern« gehörte und unter dem Namen »Feld des Jammers« bekannt ist, eine Kundgebung und Kranzniederlegung durch. Dort sei nach Ansicht der NPD »ein bis heute ungesühnter Völkermord« der Alliierten an der deutschen Bevölkerung verübt worden. Nicht fehlen darf bei dieser Sichtweise der Vergleich mit der Vernichtung der Jüdinnen und Juden in den deutschen Lagern: »fünf bis sechs Millionen Deutsche in den US-Lagern am Rhein« sollen es laut NPD gewesen sein. Eine weit übertriebene Zahl, aber durch ihre Symbolkraft der Stilisierung der damaligen TäterInnen zu den vermeintlich wahren Opfern dienlich.

Zusätzlich zur eigenen Veranstaltung am »Feld des Jammers« unterstützte die NPD auch die Kampagne zu den »Rheinwiesenlagern« in Böhl-Iggelheim und Remagen, die maßgeblich von »Freien Kräften« getragen werden. Dort, in Remagen, sprach am 20. November 2010 im Rahmen eines »Trauermarschs« der Pirmasenser NPD-Stadtratsabgeordnete Markus Walter über »den generellen Umgang der USA mit Kriegsgefangenen«, wobei er eine Parallele herstellte zwischen den Rheinwiesenlagern damals und Guantanamo heute. Im Anschluss an die Veranstaltung fand in Idar-Oberstein noch ein RechtsRock-Konzert mit »Exitus« (Ahrweiler), »Legion Condor« (Stuttgart) und »Devils Project« (Stuttgart) statt – nachdem Safet Babic die aktuelle NPD-Programmatik in Bezug auf die bevorstehende Landtagswahl vorgetragen hatte.

Wo sind »Die Republikaner«?

»Die Republikaner« hingegen scheinen derweil im Winterschlaf zu liegen. Bereits im Juni 2010 hatte die Partei Norbert Hauck, Mitglied im Stadtrat von Germersheim und im Bezirkstag der Pfalz, zu ihrem Spitzenkandidaten gewählt. Unterstützt wird er auf Platz zwei und drei von Marco Steigert, Stadtrat in Ludwigshafen, und Andreas Burkhardt, Stadtrat in Pirmasens. Doch danach wurde es ruhig um die Partei, die im Land gerade noch über 27 kommunale Mandate verfügt – vor der Kommunalwahl 2009 waren es noch 44. Eigentlich müsste die Partei damit beschäftigt sein, die landesweit nötigten 2.000 Unterstützungsunterschriften zur Wahlzulassung zu sammeln, doch davon ist wenig wahrzunehmen.

NPD voran?

Auch die NPD scheint Schwierigkeiten zu haben ihre Unterschriften zusammen zu bekommen. Bei ihrer »Flaggschiff«-Tour durch fünf Städte konnten sie trotz des hohen Aufwands gerade einmal 150 Unterstützer gewinnen – nichtsdestotrotz feiert die Partei das als Erfolg, ebenso, dass die Veranstaltungen vor Ort »störungsfrei« ablaufen konnten. Aber dass dies reicht, um ihr Ziel »NPD in den Landtag!« zu erreichen, ist wohl eher unwahrscheinlich. Bedenklicher ist indes, dass die NPD zumindest in der Pfalz über eigene so genannte »Nationale Zentren« – in Pirmasens und Herschberg – verfügt und dort Veranstaltungen durchführt, die sie im vorhinein öffentlich ankündigt. Wird ihrer Etablierung nicht ernsthaft entgegen gewirkt, kann sich die extreme Rechte über diese festen Anlauforte und Treffpunkte verankern – im Sinne ihrer »Graswurzelarbeit«, durch die sie mit langem Atem in anderen Bundesländern schließlich in Landtage eingezogen ist. ■

Antisemitische Hetze, Flutopferhilfe und imaginäre Schulungszentren

Die sächsische NPD-Fraktion im Jahr 2010

Am 30. August 2009 gelang der NPD erstmals in ihrer Geschichte der Wiedereinzug in ein Landesparlament. Die neonazistische Partei erhielt 5,6 Prozent der Stimmen. Bestimmten im »Superwahljahr« 2009 Wahlkämpfe die Arbeit von Abgeordneten und Parteibasis, war das Jahr 2010 für die NPD und ihre Anhängerschaft vor allem durch außerparlamentarischen Aktionismus geprägt.

Von Patrick Limbach & Oliver Hang

Obwohl die Neonazis im Vergleich zur Wahl 2004 3,6 Prozent der Stimmanteile verloren hatten, blieb die Fraktionsstärke nach der Wahl unverändert. Im Laufe der ersten Legislaturperiode war die Fraktion von ursprünglich zwölf Abgeordneten aufgrund von Austritten und Ausschlüssen bereits auf acht Abgeordnete zusammengeschrumpft.

Auf der Straße

In 2010 hielten sich die wiedergewählten Landtagsabgeordneten, was die Teilnahme an Demonstrationen anging, gewohnt zurück. Die Fraktion beteiligte sich wie üblich am 13. Februar am Großaufmarsch zum Gedenken an die Bombardierung Dresdens. Holger Apfel nahm am 5. März an einem Aufmarsch mit ähnlich revisionistischer Ausrichtung in Chemnitz teil. Am 1. Mai mobilisierte der sächsische NPD-Landesverband unter dem Motto »Arbeit für Deutsche – Fremdarbeiterinvasion stoppen« nach Zwickau. Die Landtagsabgeordneten Winfried Petzold, Jürgen Gansel, Holger Apfel und Arne Schimmer trugen das Fronttransparent. Neben ihnen beteiligte sich auch Andreas Storr an der Demonstration. Am 16. Oktober trat Schimmer bei einer von NPD, JN und »Freien Kräften« organisierten Großkundgebung als Redner auf. Den »Kampf um die Straße« überließen die Abgeordneten im Jahr 2010 aber vorrangig dem aus Strukturen der »Freien Kräfte« importierten Anhang der sächsischen JN um deren Vorsitzenden Tommy Naumann (Leipzig) und NPD-Landesorganisationsleiter Maik Scheffler (Delitzsch).

Im Landtag

Im sächsischen Parlament ist es der NPD wie schon in den Vorjahren nicht gelungen, spürbare inhaltliche Akzente zu setzen. Wenngleich die Fraktion wiederkehrend den Versuch unternahm, sich an tagespolitischen Debatten zu beteiligen, wurden ihre Beiträge von den übrigen Fraktionen (fast) immer ignoriert. Als Holger Apfel am 17. Juni 2010 in einer Rede Israel als »Schurkenstaat« verunglimpfte und eine »Blutspur des Zionismus« herbeihalluzinierte, war das Fass für die demokratischen Fraktionen jedoch übergelaufen. Nach einer Verwarnung und zwei Ordnungsrufen verwies ihn Landtagspräsident Matthias Rößler (CDU) des Saals. Der Ältestenrat schloss den Fraktionsvorsitzenden wegen seiner antisemitischen Eskapaden für 10 Sitzungstage aus. Apfel klagte dagegen – ohne Erfolg. Der Sächsische Verfassungsgerichtshof bestätigte am 3. Dezember die Rechtmäßigkeit der Sanktionierung.

Seine bis November verlängerte parlamentarische Sommerpause nutzte der NPD-Landeschef auf vielfältige Weise. Von Mitte August bis zum 11. September durften sich zahlreiche Städte und Gemeinden über einen Besuch des NPD-Fraktionsvorsitzenden freuen. Ob Chemnitz, Hohenstein-Ernstthal oder Weinböhla – Apfel suchte im Rahmen seiner Sommertour allein bis zum 26. August 2010 in 33 Orten den Kontakt zu seinen potenziellen Wählern. »Es ist für mich immer wieder ein Motivationsschub, wenn ich auf den Straßen und Plätzen Sachsens unterwegs bin und mit den Bürgern vor Ort sprechen kann«, wusste er freudig zu berichten. Kaum war seine Sachsen-Rundreise beendet, hielt die NPD-Führung eine neue Beschäftigungsmaßnahme für ihn bereit. In seiner Sitzung vom 21./22. August 2010 ernannte der Bundesvorstand Holger Apfel zum Wahlkampfleiter in Sachsen-Anhalt. Der sächsische NPD-Vorsitzende erklärte die Landtagswahl am 20. März 2011 zur »entscheidenden Schwerpunktwahl im Jahr 2011.« Apfel möchte »die historische Chance einer weiteren parlamentarischen Verankerung« nutzen und kündigte an, »den Führungsanspruch [der NPD] im nationalen Lager einmal mehr unterstreichen zu« wollen.

Inhaltlich kam 2010 von der sächsischen NPD wenig Neues. Stattdessen fiel die Partei immer wieder in ihre altbewährten Argumentationsmuster zurück. Die multikulturelle Gesellschaft ist zweifellos ein Dauerbrenner neonazistischer Agitation. Für die völkisch argumentierenden Braunen ist sie in der Realpolitik vor allem aber ein riesiger Kostenfaktor. Das »Ausbalancieren« von angeblichen »kulturellen und ethnischen Konflikte[n]« sei, so die NPD-Abgeordneten Arne Schimmer und Andreas Storr, nur mittels »enormer Geldsummen« möglich. Als die Stadt Leipzig im Juni 2010 die zehnte Auflage des Wegweisers »Leipzig interkulturell« vorlegte, witterten die Parlamentarier Morgenluft. Wie die



Abgeordneten nach einem Blick in die Broschüre schnell festgestellt hatten, existieren in der Messestadt über 150 Vereine und Organisationen mit interkulturellem Schwerpunkt. Sie vermuteten dahinter ein »Multi-Kulti-Netzwerk«, das aufgrund seiner Vielfalt anfällig für Korruption und Geldverschwendung sei. Mit 110 Kleinen Anfragen wollten sie sich im August Klarheit darüber verschaffen, in welcher Höhe die Leipziger »Zuwanderungslobby« mit sächsischen Steuergeldern gefördert werde. Der Leipziger Kreisverband zeigte sich über das offensive Vorgehen der Kameraden erfreut und veröffentlichte die Meldung auf seiner Homepage. Weniger erfreut haben dürften sich die Neonazis an den Antworten seitens der Staatsregierung. Innenminister Markus Ulbig (CDU) verweigerte die gewünschten Auskünfte mit der Begründung, die Anfragen würden nicht ihren formalen Voraussetzun-

gen genügen. Die Fragesteller hätten die Beschränkung auf fünf Einzelfragen gemäß der Geschäftsordnung allenfalls formal beachtet. Die Anfragen könnten jedoch nicht losgelöst voneinander betrachtet werden, da sie einen einheitlichen Lebenssachverhalt betreffen würden. Demnach sei die Staatsregierung nicht zur Auskunft verpflichtet.

»Bürgerarbeit«

Im Spätsommer widmete sich die NPD schwerpunktmäßig den Betroffenen des August-Hochwassers. Für Neonazis ein Thema, bei dem sie erfahrungsgemäß durch populistische Phrasendrescherei leicht Sympathien gewinnen können. Durch heftigen Dauerregen waren Anfang August die Pegelstände der Neiße stark angestiegen. In Chemnitz und Ostsachsen, einer Hochburg der braunen Szene, standen ganze Straßenzüge unter Wasser. Die sächsische Staatsregierung machte es den Neonazis mit ihrer Ankündigung, den Geschädigten finanzielle Hilfen nur in Form günstiger Kredite zu gewähren, leicht, die Menschen vor Ort für sich zu gewinnen. Als im Landkreis Görlitz Katastrophenalarm ausgegeben wurde, feierte die NPD allerdings im nahen Jänkendorf das Pressefest ihres Parteiorgans »Deutsche Stimme«. Obwohl zu dem Festival nur 1.500 Neonazis angereist waren und es den ganzen Tag über geregnet hatte, waren die Stimmung ausgelassen und die Kassen gut gefüllt. Dafür erntete die Partei hinterher umso heftigere Kritik. »Kann man wirklich von einem Erfolg sprechen, wenn Volksgenossen elendig ertrinken und ihr Hab und Gut verlieren?«, fragte der User »+Eichenlaub+« in einem bekannten Szene-Forum.

Davon aufgeschreckt wollte der Landesvorstand nicht untätig bleiben. Kaum wieder in Dresden angekommen, machte sich Holger Apfel erneut auf in Richtung Görlitz, um vor Ort Präsenz zu zeigen. Doch erst eine Woche nach der Katastrophe veröffentlichte die Partei einen Spendenaufruf, um die »Not leidenden Volksgenossen« finanziell unterstützen zu können. Weitere zwei Monate gingen ins Land, bis die Kampagne am 8. Oktober mit einem Liedermacherabend in Limbach-Oberfrohna abgeschlossen wurde. Dort entschuldigte sich Apfel für die späte Reaktion seiner Partei. Beim Pressefest habe noch keiner wissen können, was für eine Katastrophe sich ein paar Kilometer weiter abspiele. Wie er die Katastrophenmeldungen trotz Dauerregen und intensiver Medienberichterstattung hatte ignorieren können, ließ er offen. Stattdessen nutzte Apfel die Gelegenheit, die sächsische Landesregierung dafür anzugreifen, dass deren Fluthilfe völlig unzureichend sei. Verantwortlich dafür sei eine völlig falsche Prioritätensetzung der demokratischen Politiker. So habe Brandenburgs Ministerpräsident Matthias Platzeck lieber 100.000,- Euro an die polnische Stadt Terezin gespendet, um die Erinnerungsarbeit an das Konzentrationslager Theresienstadt zu unterstützen. Dass diese Spende bereits 2003 erfolgte und in keinerlei Zusammenhang mit den Geschehnissen rund um irgendeine Flutkatastrophe stand, mochte er nicht erwähnen.

Anschließend verkündete Apfel stolz, die NPD habe in einem »beispiellosen Kraftakt nationaler Solidarität« über 13.000,- Euro Spenden für die Flutopfer sammeln können und überreichte einen Scheck über 3.000,- Euro für eine neue Heizung an einen Kameraden aus der Sächsischen Schweiz. Was mit den übrigen 10.000,- Euro geschehen ist, ist nicht bekannt. Laut Neonazi-Experte Volkmar Wölk ist völlig undurchsichtig, inwiefern die NPD damit tatsächlich Hilfe für die Flutschäden geleistet hat. Nichtsdestotrotz sei es der Partei vor Ort gelungen, in der Öffentlichkeit als fürsorglicher Kümmerer aufzutreten. »In Zittau haben die Bürger der NPD-Stadträtin Antje Hiekisch applaudiert, als sie die Maßnahmen von Ministerpräsident Tillich als völlig unzureichend kritisierte«, so der Grimmaer Szene-Kenner. Der NPD sei gelungen auszusprechen, was die Bürger in den Flutgebieten mehrheitlich denken – nämlich dass die Fluthilfe in diesem Jahr gegenüber der Hilfe im Jahr 2002 ein Witz sei. Dass die NPD außer Worten nicht viel anzubieten hatte, sei von der Öffentlichkeit nicht wahrgenommen worden. Angesichts einer Schadenshöhe von rund 800 Millionen Euro waren die 13.000,- Euro der Neonazis nicht einmal ein Tropfen auf dem heißen Stein.

»Nationales Schulungszentrum«

Dass die NPD dazu neigt, der Öffentlichkeit ein differenziertes Bild ihrer eigenen Realität zu zeichnen, indem sie Fakten überhöht, verschweigt oder falsch darstellt, ist bekannt. Selten jedoch treibt sie es damit so auf die Spitze wie im vergangenen Herbst. Als ihr Landesorganisationsleiter Maik Scheffler und der Landtagsabgeordnete Jürgen Gansel am 25. September in einer Pressemitteilung die Eröffnung eines »nationalen Schulungszentrums« in Delitzsch (Nordsachsen) vermeldeten, waren AntifaschistInnen, Zivilgesellschaft und Behörden gleichermaßen überrascht. Dabei passte die vorgebliche Eröffnung in die Strategie der Partei, Anlaufpunkte für junge Neonazis und rechtsoffene Jugendliche zu schaffen, um sie ideologisch festigen und an die erstarkten sächsischen JN binden zu können. Scheffler kündigte die Eröffnung weiterer Einrichtungen in Chemnitz sowie den Landkreisen Nordsachsen, Leipziger Land und Ostsachsen an. Während selbst der Verfassungsschutz noch über den Standort des Delitzscher Zentrums zu rätseln schien, vermeldete die Partei am 31. Oktober die Eröffnung eines weiteren Zentrums im nordsächsischen Eilenburg. Ein Foto von der Eröffnungsveranstaltung, das auf der Website des »Aktionsbüro Nordsachsen« erschien, enttarnte die Meldung jedoch als Bluff. Statt in einem Parteiobjekt trafen sich die rund 60 BesucherInnen in einer öffentlichen Gaststätte. Die Veranstaltung war der Wirtin als private Geburtstagsfeier angekündigt worden. Scheffler räumte später gegenüber einer Lokalzeitung ein, dass man kein eigenes Objekt in Eilenburg besitze. In diesem Kontext darf die Existenz des Delitzscher Schulungszentrums ebenfalls angezweifelt werden. Die Vermutung von Szene-Kennern, die Neonazis würden ein verfallenes Privatgrundstück im Ortsteil Zschepen nutzen, hat sich bisher nicht bestätigt. Ihr Versuch, in einer Oschatzer Gaststätte Fuß zu fassen, schlug ebenfalls fehl. Indizien deuten daraufhin, dass die NPD versuchen wird, Anfang 2011 einen Treffpunkt in Chemnitz zu eröffnen. ■

^ 1. Mai 2010 – Aufmarsch in Zwickau: am Transparent die Abgeordneten (v.r.n.l.) Jürgen W. Gansel, Arne Schimmer, Holger Apfel, Winfried Petzold

DVU ist Geschichte

Der letzte Bundesparteitag

In Kirchheim beschloss die DVU am 12. Dezember 2010 auf ihrem außerordentlichen Bundesparteitag die Verschmelzung mit der NPD.

Von Andreas Speit

Vor dem Beschluss verließen die Verbände Berlin, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein und Niedersachsen den Parteitag. »Das ist keine Vereinigung, das ist eine feindliche Übernahme«, wetterte Max Branghofer, DVU-Chef aus Nordrhein-Westfalen, vor der Tür. Die restlichen DVU-Mitglieder blieben unbeeindruckt. Mit 70 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen wurde der Vereinigung zugestimmt.

In der »Erlebnis-Scheune« des Hotels »Romantischer Fachwerkhof« konnte am späteren Nachmittag die DVU-Führung um den Bundesvorsitzenden Matthias Faust das Ergebnis verkünden – ganz wie es sich Faust gewünscht hatte. Schon vor Beginn des Parteitages war klar: Hier in der thüringischen Provinz endet die Parteigeschichte der DVU. Denn von den vermeintlichen ca. 4.000 Mitgliedern schienen sich die wenigsten berufen, die Zukunft ihrer Partei noch mitbestimmen zu wollen. Rund 160 Mitglieder und Gäste waren angereist. Der geringe Zustrom spiegelte den Zustand der Partei wieder: desolat.

Gleich bei der Scheune erwartete die DVU-Gäste Protest. Ein örtliches Bürgerbündnis hatte auf der Straße eine »Grenze der Toleranz« gezogen – unterstützt von »Die Linke« und den Grünen. Beim Einlass mussten die Parteitagsgäste »Nazis-Raus«-Rufe und Trillerpfeifen ertragen.

In der »Scheune« kam es zum Eklat, als Faust abstritt, Anträge zur Tagesordnung, wie der notariellen Auszählung, erhalten zu haben. Peinlich, denn der niedersächsische Vorsitzende Hans-Gerd Wiechmann zeigte im Saal prompt die Belege der Zusendung. Vor der Tür zur »Scheune« wurde behauptet, dass NPD-Mitglieder gezielt in die DVU eingetreten seien, um eine Mehrheit zu sichern. »Dieser Parteitag ist eine Farce«, sagte Wiechmann später vor der Tür unter den Augen des NPD-Bundesordnerchefs Manfred Börm. Den Parteitag versprachen Branghofer und Wiechmann juristisch anzufechten. Welche Zukunft die DVU ohne die Millionen von Gerhard Frey nach einem eventuell gewonnen Rechtsstreit hätte, wusste Branghofer nicht zu beantworten.

Im Rahmen der Fusionspläne hatte Frey die von der DVU bei ihm bestehenden Schulden von rund 980.000 Euro erlassen. Mit der Erlassung hatte er die letzten Bedenken der NPD ausgeräumt. »Von Herrn Freys Entscheidung bin ich auch enttäuscht«, sagte denn auch Branghofer.

In der »Scheune« konnte der NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt indes um 13.30 Uhr das Ergebnis der an jenem Sonntag endenden NPD-Mitgliederbefragung darlegen: 95,16 Prozent der Mitglieder stimmten bei der rechtlich nötigen Urabstimmung für die Verschmelzung. Die Befragung der DVU steht noch aus. Auch ohne letzte Abstimmung ist offensichtlich: Die DVU ist am Ende, selbst wenn die Parteitagsbeschlüsse per Gerichtsentscheidungen aufgehoben würden. Die Rest-DVU hätte weder Personal noch Kapital. Voigts erhoffter propagandistischer Effekt, dass die zwei größten »Rechtsparteien« zusammen kommen, ist verpufft. Ein großer Mitgliederzulauf von der DVU wird ausbleiben. ■

»Festung Harz«

Die NPD im Kreis Nordhausen

Von Roland Meixelsberger und Lea Stein

Für den 4. Juni 2011 hat die NPD den »10. Thüringentag der nationalen Jugend« in Nordhausen angemeldet, ein Highlight der Neonazi-Szene im Freistaat. Vier Musikgruppen und sechs Redner sind für das Fest vorgesehen, 250 Neonazis werden erwartet. Der NPD-Kreisverband Nordhausen versucht seit einigen Jahren beispielhaft den Spagat zwischen kommunalpolitischer Verankerung und einer engen Anbindung an extrem rechte Jugendkulturen. Zudem ist der Kreisverband Teil des 2008 gegründeten länderübergreifenden Bündnisses »Festung Harz«. Die drei NPD-Kreisverbände »Harz« (Sachsen-Anhalt), »Goslar« (Niedersachsen) und »Nordhausen« (Thüringen) veranstalten gemeinsame Treffen und Feste. Vor allem unterstützen sie sich gegenseitig bei Wahlkämpfen und Aufmärschen. Auch für die 2011 anstehende Landtagswahl in Sachsen-Anhalt wurde Unterstützung in der Region Wernigerode verabredet.

Vor Ort setzt die NPD Nordhausen auf kommunale Verankerung und enge Zusammenarbeit mit »Freien Kräften«. Unter dem 2007 zum Vorsitzenden gewählten Tim Koppermann begann die Festigung der Strukturen. Zusammen mit der NPD aus dem Kyffhäuserkreis gibt der Kreisverband den kostenlosen »Nordthüringen Boten« heraus. Im August 2008 übernahm dann Marco Kreutzer den Vorsitz des Kreisverbands. Er galt zuvor als »Gausekretär der Kreisleitung Nordhausen« des mittlerweile aufgelösten neonazistischen »Kampfbund Deutscher Sozialisten«. Sein Stellvertreter wurde Roy Elbert.

Kreutzer sitzt seit der Kommunalwahl im Juni 2009 (3,5 Prozent) für die NPD im Stadtrat Nordhausen, im Kreistag sitzen Elbert und Ralf Friedrich (3,2 Prozent). Die Bedeutung des Kreisverbandes für die Thüringer NPD wird daran deutlich, dass mit Kreutzer und Elbert gleich zwei Nordhäuser im Landesvorstand sitzen. Sie sind es auch, die zusammen mit Friedrich im Kreisverband die Arbeit machen.

Um Jugendliche für die Szene zu mobilisieren, setzt auch die NPD Nordhausen auf RechtsRock und holte nun den seit 2002 in wechselnden Städten stattfindenden »Thüringentag der nationalen Jugend« nach Nordhausen. Zudem pflegen die sich bieder gebenden NPD-Funktionäre enge Kontakte zu den gewaltbereiten und aktionsorientierten Neonazis der Hooligan-Gruppe »NDH-City« und der Kameradschaft »Freies Nordhausen«. Die Partei ist auf sie angewiesen, um eine relevante Zahl von Menschen zu regionalen und überregionalen Aufmärschen und Aktionen zu mobilisieren. ■

NPD BEIM »SALEM-MARSCH«

Mit dem Fraktionsvorsitzenden der NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, Udo Pastörs, und dem neonazistischen »Liedermacher« Frank Rennicke haben am 11. Dezember 2010 zwei prominente deutsche Neonazis am elften »Salem-Marsch« in der Nähe der schwedischen Hauptstadt Stockholm teilgenommen. Um die Kontakte zwischen deutschen und schwedischen Nazis zu vertiefen, trat Pastörs dort als Redner auf (s. Seite 5) und Rennicke sang. Bereits im November hatte im Schweriner Landtag ein Treffen zwischen der NPD und schwedischen Neonazis stattgefunden.

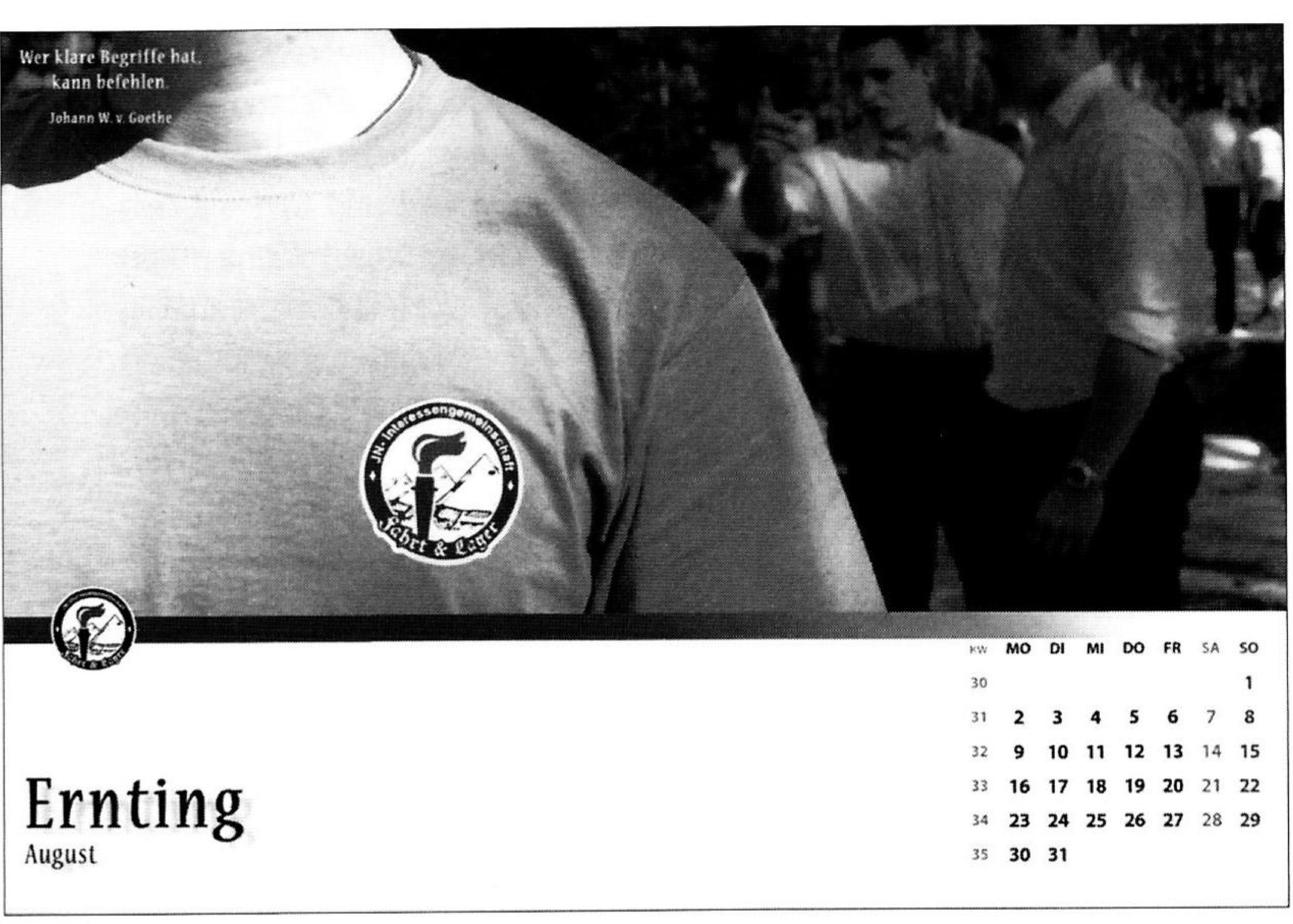
Fortführung?

Unterläuft die JN das HDJ-Verbot?

Hausdurchsuchungen bei Kadern der JN lenken die Aufmerksamkeit auf die »Interessengemeinschaft Fahrt und Lager«, deren Angebot der Freizeitgestaltung für den völkischen Flügel Parallelen zur HDJ aufweist.

Von Toni Brandes

Am 21. Dezember 2010 durchsuchte die Polizei in Hohen Neuendorf, Ludwigshafen, Bad Dürkheim, Heidelberg und Osnabrück Objekte von Kadern der »Jungen Nationaldemokraten« (JN), der Jugendorganisation der NPD. Im Fokus der vom niedersächsischen Landeskriminalamt initiierten Ermittlungen steht die JN-Unterorganisation »Interessengemeinschaft Fahrt und Lager« (IG Fahrt und Lager). Anlass war ein vermutlich zum Jahresende geplantes Lager in der Tradition der im März 2009 verbotenen Organisation »Heimattreue Deutsche Jugend« (HDJ).



∧ Kalender der »IG Fahrt und Lager« im HDJ-Style

»IG Fahrt und Lager«

Über die »IG Fahrt und Lager«, die laut einer Selbstdarstellung bereits 2008 gegründet wurde, ist wenig bekannt. Sie »ist die Unterorganisation innerhalb der JN, die verantwortlich für die ordnungsgemäße Durchführung und Betreuung von Lagern und besonderen Fahrten ist«, erklärt das »Aktionsbüro Rhein-Neckar« in einer Präsentation der Interessengemeinschaft auf dem »1. Tag der nationalen Einheit in Rheinhessen/ Rheinland-Pfalz«. Der bündische Charakter, der für die HDJ prägend war, hält damit Einzug in die JN.

Öffentlich wahrzunehmen war die »Interessengemeinschaft« erst 2010 – sie lud mit zum »1. Südwestdeutschen JN-Kulturtag 2010« ein und veröffentlichte für das Jahr 2010 einen ersten Wandkalender, der in Aufmachung und Inhalt frappierend an den der HDJ erinnert. Dieser Kalender sowie der für 2011 geben mehr Auskunft über die Absichten der Organisation als die dürftige Kurzbeschreibung auf der JN-Homepage.

Visitenkarte Wandkalender

Neben Motiven aus Natur und Fahrtenleben enthält der Wandkalender 2010 kurze Aufsätze, in denen beispielsweise das Selbstverständnis der »JN« sowie das Weltbild der »IG Fahrt und Lager« dargelegt werden. Und während die Texte zur und über die JN mit »modernerer« politischer Terminologie die Gestaltung der Zukunft im Blick haben, ergehen sich jene zur »Interessengemeinschaft« in völkischem Traditionalismus. Erst der Kalender von 2011 präsentiert Berichte von Veranstaltungen der Organisation. In Wort und Erscheinungsbild hat sie dabei eine auffällige Nähe zur verbotenen HDJ: Die Monatsmotive zeigen beispielsweise junge Menschen in Reih und Glied beim Fahnenappell, bei Wanderungen, Gelände- und Kletterübungen, Fackelumzügen und Sonnwendfeiern – alles Motive, die bereits auch zentral waren bei der Selbstinszenierung der HDJ in Bildern (zum Beispiel bei ihren Wandkalendern) und Worten, wenn sie die »Volksgemeinschaft« in Gegnerschaft zu der als «dekadent und individualistisch« diffamierten demokratischen Gesellschaft in Stellung brachte.

Indes offenbart auch die »Interessengemeinschaft« in ihren Begleittexten in den Kalendern unter Titeln wie »Ehre«, »Völkische Ethik«, »Unser Frauen- und Mädelbild« und »Weltanschauung und Seele« ihre politische Konzeption.

Völkisch

Das völkische und rassistische Denken manifestiert sich in dem für die »IG Fahrt und Lager« zentralen Ehrbegriff. Hier wird ein Bogen von den Germanen bis hin zur SS geschlagen. »Die Ehre ist eine Wertteilung unseres Volkes. [...] Die Treue – für uns Deutsche das Mark der Ehre.« Anderen Menschen wird ein Ehrgefühl abgesprochen und sie werden als Feiglinge, Lügner und Diebe diffamiert. Dabei trifft es – wenig verwunderlich – die »Afrikaner«, aber auch die ehemaligen Bündnispartner des nationalsozialistischen Deutschlands, die »Italiener«. Der Text endet mit der Warnung vor den »neuen, westlichen Werten«. Die völkische Weltanschauung der »IG Fahrt und Lager« beinhaltet auch eine klare Rollenzuschreibung der Geschlechter. In »Unser Frauen- und Mädelbild« arbeitet sich die »Interessengemeinschaft« an der Moderne ab: Die »deutschen Frauen und Mädchen« seien »verwirrt« und befänden sich im »Dornröschenschlaf«. Schuld daran sei der Liberalismus, der den »Gender-Mensch« erschaffe. Frauenrechte und Selbstverwirklichung seien Werkzeuge, mit denen »die deutsche Frau zur Sklavin ihres Berufs« gemacht werde. Die Zerstörung der »deutschen Familie« sei vorprogrammiert. Einzig die Rückbesinnung auf die völkische Rollenverteilung könne diese Zerstörung abwenden. Denn: »Jedes deutsche Mädchen muss einmal Frau und Mutter werden. [...] Ohne deutsche Mütter gibt es kein deutsches Volk und auch niemals eine deutsche Volksgemeinschaft.« Von den Männern, die »vorzugsweise« den politischen Kampf austragen, wird Verständnis für dieses »natürliche Recht« der deutschen Frau auf »Familie, Muttertum« erwartet.

Ferner ist für die völkische Identität der »IG Fahrt und Lager« die Bezugnahme auf die militärische Geschichte Deutschlands von Bedeutung. Die Aufzählung der Protagonisten der »Helden unserer Sagen« beginnt bei Arminius und endet bei Adolf Hitler. Und es wird – geradezu zwanghaft – eine Linie von den »Heldentaten« deutscher Soldaten zu den eigenen politischen Aktivitäten gezogen. Zur Selbstvergewisserung dieser »Traditionslinie« räumt die IG dem »Heldengedenken« einen wichtigen Platz ein.

Fazit

Ob die »IG Fahrt und Lager« eine Fortführung der HDJ ist, darüber werden gegebenenfalls demnächst die Gerichte entscheiden müssen. Festgemacht werden kann dieser Vorwurf vielleicht an jenen Aktivisten, die vorher bei der HdJ und nun bei der IG Fahrt und Lager aktiv sind. In ihrer Praxis und auf weltanschaulicher Ebene ist jedoch eine deutliche Wesensverwandtschaft festzustellen. ■

Deutsche Weihnachten
Neues Jahr, altes Konzept: Die Zeitschrift »Zuerst!«

Die neonazistische Zeitschrift »Zuerst!« versucht auch mit scheinbar unpolitischen Themen, Leser zu gewinnen.

Von Ernst Kovahl

Nussknacker aus Sachsen, Krippenschnitzereien aus Österreich und »Volkskunst«, das war der Schwerpunkt der Dezemberausgabe der Zeitschrift »Zuerst!«. »Weihnachtsland Deutschland« stand in verschnörkelter Schrift vor dem Foto eines idyllisch verschneiten Weihnachtsmarkts auf dem Titel. »Die deutsche Weihnacht ist einer der erfolgreichsten Exportartikel unseres Landes«, hieß es im Blatt. Mit solch scheinbar unpolitischen Themen will »Zuerst!« LeserInnen gewinnen. Doch schnell wird klar: Hier geht es vor allem um die Betonung deutscher und völkischer Traditionen, um die Betonung einer vermeintlich tief verankerten deutschen Kultur, die gegen das Eindringen moderner Einflüsse aus dem Ausland zu verteidigen sei: Der »Südtiroler« Nussknacker gegen den Weihnachtsmann von Coca-Cola.

Günter Pahl-Keitum, Leiter einer Bildungsstätte aus dem Umfeld der religiösen »Unitarischen Akademie«, erläuterte im Interview mit »Zuerst!« die »tiefe Bedeutung« des »deutschen Weihnachten«. Er verweist auf die Mischung aus heidnischen, christlich-abendländischen und ostpreußischen Wurzeln des heutigen Festes – exakt jene Mischung historischer und politischer Bezugspunkte, an denen »Zuerst!« ansetzt. Die Verklärung traditioneller deutscher Kunst gegen moderne Einflüsse wird immer wieder deutlich. So kritisiert in der Januar-Ausgabe 2011 Werner Baumann in kulturpessimistischem, antimodernem Ton den Versuch einer zeitgemäßen Aufführung von Richard Wagners »Götterdämmerung« an der Hamburger Staatsoper. Mit Themen wie diesen versucht das Blatt, an Ressentiments konservativer und kleinbürgerlicher Milieus anzuknüpfen.

Star der Neonazis

Den neuen Star der extremen Rechten, den Bürgermeister der Gemeinde Krauschwitz in Sachsen-Anhalt Hans Püschel, bis vor kurzem Mitglied der SPD, porträtiert »Zuerst!« (1/2011) auf zwei Seiten. Der Reporter des Blattes, Manuel Ochsenreiter, machte sich auf den Weg in das kleine Dorf, um jenen sozialdemokratischen Kommunalpolitiker zu treffen, der sich nach dem Bundesparteitag der NPD im benachbarten Hohenmölsen im November 2010 offensiv auf die Seite der Nazipartei schlug und nun bei den kommenden Landtagswahlen für sie kandidieren wird. »Lasst die doch mit anfassen. Leute, die sich sorgen und Gedanken um unser Land machen, müssen doch in einer Demokratie willkommen sein. Lasst uns gemeinsam den Karren aus dem Dreck ziehen!«, fordert Püschel in der »Zuerst!« die Integration von Neonazis.

Anti-türkisch

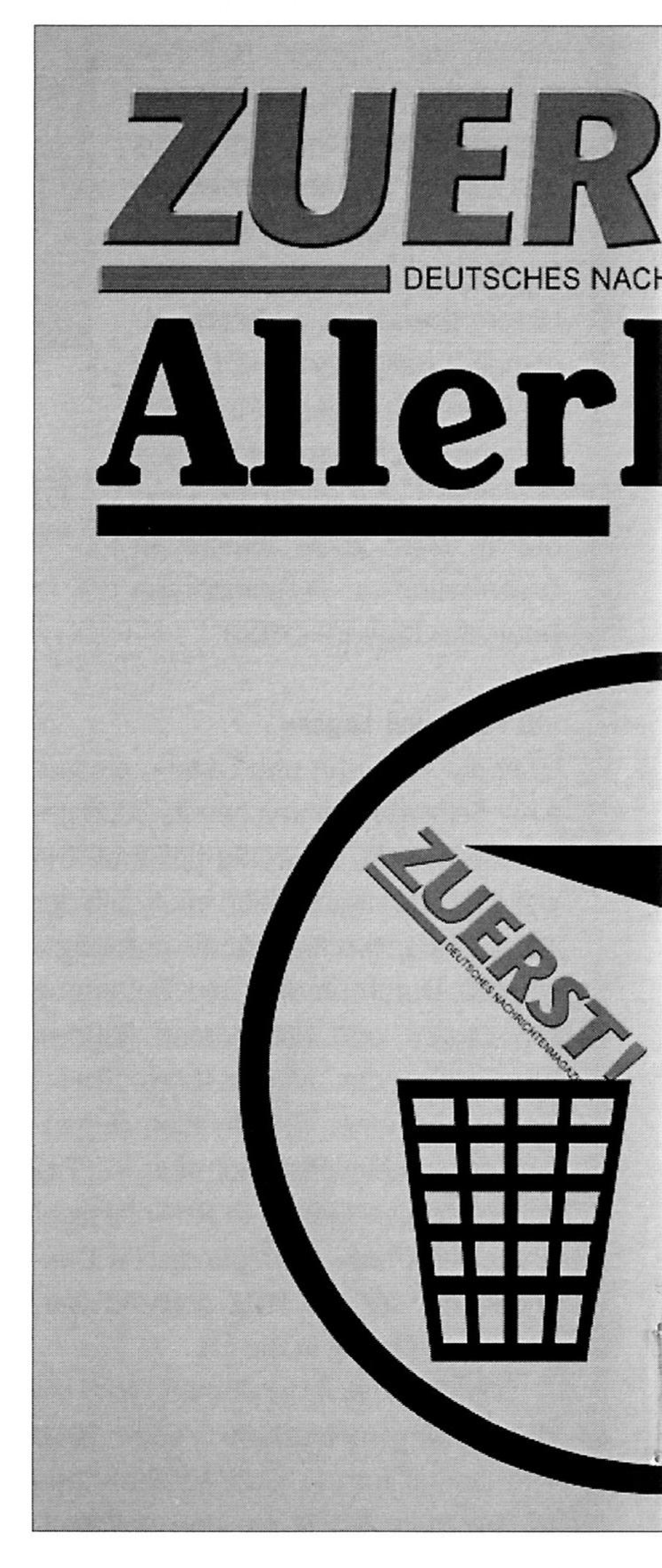
»Ankaras Angriff«, prangt in dicken Lettern auf dem Titel der aktuellen Ausgabe (1/2011). Wehende türkische Fahnen vor dem deutschen Wahrzeichen schlechthin, dem Brandenburger Tor, sind dazu warnend auf das Titelblatt gedruckt. Die vermeintlichen »Großmachtziele« der Türkei gegenüber Europa und speziell Deutschland werden im Heft mit verschwörungstheoretischem Ton enthüllt. Die in Deutschland lebenden TürkInnen sind für »Zuerst!« dabei lediglich die »fünfte Kolonne« des türkischen Ministerpräsidenten. Das wirtschaftlich prosperierende Land wolle Deutschland unterwandern. Die Assoziationen in Text und Bild mit den historischen Belagerungen Wiens durch die Türken sind sicherlich nicht zufällig gewählt. Zur Hintergrundinformation über die vermeintlich einflussreiche »türkische Lobby« in Deutschland bewirbt »Zuerst!« das Buch »Getürktes Deutschland« von Peter Winkelvoß aus dem neonazistischen »Arndt-Verlag«, der dem »Zuerst!«-Verleger Dietmar Munier gehört. »Ein EU-Beitritt der Türkei muss um jeden Preis verhindert werden!«, lautet die Forderung des Blattes.

Feindmarkierung

Bisher hielt sich das Blatt bei der Feindmarkierung im Vergleich zu anderen Publikationen der extremen Rechten zurück. Zwar gab es immer wieder Artikel, in denen gegen linke und antifaschistische Organisationen gehetzt wurde, doch zuletzt nahm »Zuerst!« solche Texte verstärkt ins Blatt. Während in der Dezember-Ausgabe auf dürftigem Niveau – dafür aber mit vielen bunten Bildern – die Parteien »Bündnis90/Die Grünen« und »Die Linke« anlässlich der Proteste gegen den Castor-Transport ins Wendland als »Lobby der linken Gewalt« gebrandmarkt werden sollten, ging das Blatt mit seiner Ausgabe 1/2011 einen Schritt weiter. Anlässlich der geplanten Aushändigung einer Patenschaftsurkunde für kinderreiche Familien des Bundespräsidenten an eine Familie in Mecklenburg-Vorpommern, die in der extremen Rechten aktiv ist, berichtete nun auch »Zuerst!«. Neben dem Bürgermeister des Ortes, der die Übergabe der Urkunde verweigert, macht »Zuerst!« vor allem zwei Journalisten, die auch für die Zeitschrift **DER RECHTE RAND** schreiben, als vermeintlich Verantwortliche an der verhinderten Ehrung aus und druckte Profilbilder der Journalisten ins Heft. Anti-Antifa fürs Massenpublikum am Bahnhofskiosk.

Und sonst?

»Zuerst!« bedient in allen Ausgaben das gesamte Themenspektrum der extremen Rechten. Sei es die offene Verachtung über den Besuch des Bundespräsidenten in der israelischen Holocaust-Gedenkstätte »Yad Vashem«, sei



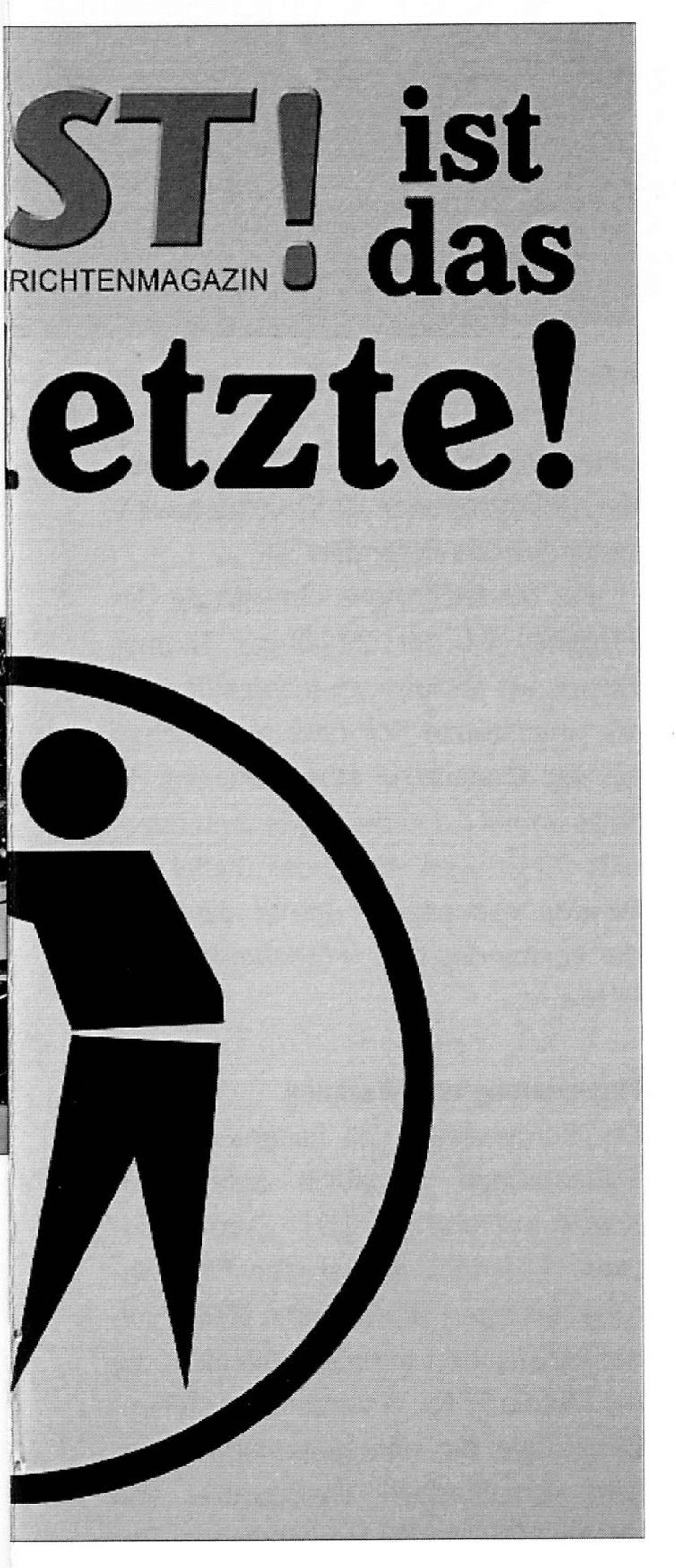
es die Freude über die angestrebte Fusion von NPD und DVU, die rassistische Hetze über angeblich kriminelle MigrantInnen oder »Zigeuner vom Balkan«, die revisionistische Parteinahme für die »Vertriebenen«, die Verteidigung der NS-Täter im Außenministerium oder ein Porträt des NS-Kriegsverbrechers Erich Priebke. In »Zuerst!« ist garantiert für jeden Rechten etwas dabei. ■

»Zuerst! ist das Allerletzte!«

Ein Interview zur Kampagne

Das extrem rechte Monatsmagazin »Zuerst!« gibt es seit Januar 2010 bundesweit an Kiosken zu kaufen. Über die Kampagne »Antifaschistisch aktiv werden, denn: ›Zuerst!‹ ist das Allerletzte!« aus Göttingen sprach Otto Belina für DERRECHTERAND mit VertreterInnen der »Antifaschistische(n) Linke(n) International« (A.L.I.) aus Göttingen.

DRR: In einem offenen Brief habt Ihr, gemeinsam mit anderen Organisationen, das Ende des Vertriebs von »Zuerst!« gefordert. Welche Reaktionen habt Ihr daraufhin von den Kiosk-BesitzerInnen bekommen?



A.L.I.: Unser offener Brief, der sich sowohl an den Göttinger Pressegroßhandel »Presse-Grosso Mitte/Tonollo« als auch an ZeitschriftenhändlerInnen richtete, die das neue rechte Monatsmagazin im Sortiment hatten, wurde von einem breiten Bündnis, bestehend aus 19 Organisationen, unterstützt. Dabei handelt es sich um ein weites Spektrum, von Autonomer Antifa über hochschulpolitische Gruppen bis zu Gewerkschaften und der SPD Göttingen. Mit diesem offenen Brief und weiteren Informationsmaterialien über »Zuerst!« ausgestattet, suchten GenossInnen die Verkaufsstellen des Magazins auf und informierten die HändlerInnen über die Inhalte. Die Resonanz im Handel war fast durchweg positiv. Die meisten VerkäuferInnen stimmten der Einschätzung zu, dass es sich bei »Zuerst!« um ein keinesfalls akzeptables Magazin handelt.

DRR: Der Göttinger Pressegroßhandel »Presse-Grosso Mitte/Tonollo« behauptet, er sei rechtlich dazu verpflichtet, das extrem rechte Monatsmagazin zu verkaufen. Wie seht Ihr das?

A.L.I.: Natürlich ist »Presse-Grosso Mitte/Tonollo« nicht verpflichtet, sämtliche erscheinenden Presseerzeugnisse an den Zeitschriftenhandel auszuliefern. Vielmehr hat ein Pressegrossist gewisse Handlungsspielräume. So ist es zum Beispiel für GroßhändlerInnen durchaus möglich, bestimmte Zeitungen und Zeitschriften nur auf Anfrage durch den Einzelhandel auszuliefern. »Presse-Grosso Mitte/Tonollo« hat insofern schon die Möglichkeit zu entscheiden, ob der Zeitschrifteneinzelhandel mit rechter Propaganda geflutet wird, indem »Zuerst!« ungefragt an die Kioske ausgeliefert wird, oder einen zurückhaltenden Umgang damit zu wählen und diesen Müll nur dann auszuliefern, wenn er explizit von ZeitungshändlerInnen nachgefragt wird. Dass sich der Göttinger Pressegroßhändler nach unserem offenen Brief von den Inhalten von »Zuerst!« distanziert und gegenüber dem Göttinger Stadtradio auf seine dem Großhandelsmonopol geschuldete Pflicht zur Auslieferung verwiesen hat, ist daher nur die halbe Wahrheit.

DRR: Teil der Kampagne in Göttingen war auch ein öffentliches »Read-In«. Wie lief das ab?

A.L.I.: Das Read-In war die letzte Stufe unserer Kampagne. Es gab zu diesem Zeitpunkt nur noch eine einzige Verkaufsstelle in der Göttinger Innenstadt – eine Tankstelle nahe der Universität. Um dem ein Ende zu setzen, haben wir dieser Tankstelle mit rund 20 AktivistInnen einen Besuch abgestattet. Während unserer Aktion wurden KundInnen per Megafon über das rechte Propagandaorgan informiert und Flugblätter verteilt. Gleichzeitig wurde die Tanke mit Aufklebern, die sich gegen »Zuerst!« und anderen braunen Müll richten, verschönert, das Zeitschriftenregal umarrangiert, die dort ausliegenden Exemplare von »Zuerst!« unbrauchbar gemacht und anschließend in der Eiscreme-Kühltruhe versenkt. Seit unserem Read-In ist das Blatt dort nicht wieder aufgetaucht.

DRR: Die Zeitschrift »Zuerst!« ist nicht die einzige extrem rechte Publikation, die es in Kiosken frei zu kaufen gibt. Warum fokussiert Ihr mit Eurer Kampagne gerade dieses Blatt?

A.L.I.: Uns ist natürlich klar, dass eine Menge rechter Hetze in den Zeitungsregalen liegt. Diese Blätter kennzeichnet aber, dass sie mehr oder weniger ein Nischendasein fristen und vor allem im Abonnement vertrieben werden, weniger über den Zeitschriftenhandel. Das neue, noch nicht etablierte Magazin »Zuerst!« hatte da eine andere Qualität. Mit einer Auflage von 86.000 Stück, bundesweit 10.000 Verkaufsstellen und dem »Bauer Verlag« als Vertriebspartner im Hintergrund, wurde hier ganz klar der Versuch unternommen, Breitenwirkung zu erzielen. Mit einer gefälligen, am Layout des »Focus« orientierten Aufmachung, sollte mit »Zuerst!« der Raum zwischen CDU und neonazistischem Spektrum besetzt werden. Aufgrund dieses optisch unverdächtigen Daherkommens, der hohen Anfangsauflage und der professionellen Vertriebswege, wodurch rechte Positionen eine hohe gesellschaftliche Breitenwirkung erreichen sollten, sahen wir die Notwendigkeit, die Positionierung dieses neuen rechten Magazins am Zeitschriftenmarkt gar nicht erst zu ermöglichen.

DRR: Welches Fazit zieht Ihr aus eurer Kampagne?

A.L.I.: Wir sehen unsere antifaschistische Kampagne als sehr erfolgreich an. Während zu Beginn unserer Interventionen das Blatt in immerhin rund einem Viertel der Göttinger Zeitschriftenläden frei verkäuflich erhältlich war, konnten wir »Zuerst!« in der Göttinger Innenstadt innerhalb kurzer Zeit komplett aus dem offenen Verkauf drängen. Insbesondere die Rückmeldungen der VerkäuferInnen, die sich fast alle mit uns gegen die Inhalte des Blattes ausgesprochen haben, stimmen uns sehr positiv. Ob der hiesige Großhandelsmonopolist seine Vertriebsstrategie nun dauerhaft ändert, bleibt aber natürlich abzuwarten. Deshalb gilt für uns auch weiterhin, dass wir die Verkaufsstellen und Vertriebswege von »Zuerst!« genau im Auge behalten werden. Offensives Vorgehen gegen »Zuerst!« darf sich nicht auf Göttingen beschränken. Um »Zuerst!« bundesweit aus dem Zeitschriftenhandel zu verdrängen, muss der Druck auch in anderen Städten erhöht werden.

DRR: Vielen Dank für das Gespräch! ■

»Hören macht frei ...«

Das Webradio »FSN«

»Hören macht frei ...« lautet das Motto des neonazistischen Onlineradios und Social Networks »Radio FSN«, das aus der Kleinstadt Weiden in der Oberpfalz (Bayern) mehrere Tausend Neonazis in der ganzen Bundesrepublik erreicht.

Von Jan Nowak

Bereits seit September 2007 sendet »Radio FSN« rund um die Uhr Musik in den vier Genrekanälen »Rechtsrock«, »Hardcore«, »Balladen« und »Black Metal«. Damit gehört das Onlineradio zu den langlebigsten Projekten seiner Art. Neben dem regulären Sendebetrieb erscheinen in unregelmäßigen Abständen moderierte Sendungen, in welchen CD-Neuerscheinungen besprochen werden, über politische Projekte berichtet wird sowie prominente Akteure der Szene interviewt werden. Zu den Gesprächspartnern zählten in der Vergangenheit Personen wie der stellvertretende NPD-Parteivorsitzende Karl Richter, der ehemalige Sänger der zur kriminellen Vereinigung erklärten Band »Landser« Michael »Lunikoff« Regener sowie Andreas Koroschetz, Kopf der Rechtsrockband »Division Germania«.



^ Patrick Schröder auf einem Aufmarsch am 3.10.2009 in Regensburg



Die Community

Seit April 2010 ist an den Radiosender auch ein Social Network angegliedert. Dieses professionell gestaltete Projekt verfügt über eine Vielzahl von Möglichkeiten, die aus den großen Communities »Myspace«, »studiVZ« oder »Facebook« bekannt sind. Es ist beispielsweise möglich, sich dort ein persönliches Profil mit Infos zur Person, Bildern und Gästebuch anzulegen. Der in das Profil integrierte Musikplayer spielt den BesucherInnen der persönlichen Seite während ihres Aufenthaltes einen vorher ausgewählten Song vor, die Auswahl reicht von »A« wie »Absurd« bis »W« wie »Weisse Wölfe«.

Eine Kommunikationsmöglichkeit ist der Empfang und das Senden von Nachrichten. Entgegen der Gewohnheit in anderen Social Networks heißen die KommunikationspartnerInnen in der »Radio FSN«-Community jedoch nicht »Freunde«, sondern »Kameraden«. Eine weitere Möglichkeit des Austausches stellen die »Gruppen« dar, wie in anderen Onlinenetzwerken treffen sich auch hier Menschen mit gleichen Interessen und Vorlieben. In den annähernd 500 Gruppen wird die gesamte Themenvielfalt der neonazistischen Rechten abgedeckt, so gibt es neben lokalen Kameradschaftsgruppen Fangruppen von Rechtsrockbands wie »Nordwind«, Trauergruppen in Erinnerung an Jürgen Rieger und Interessengruppen für »Germanische Neue Medizin«.

Die über 3.000 Mitglieder können zudem laufend aktualisierte Meldungen aus dem Bereich neonazistischer Politik einsehen, bei einem Großteil davon handelt es sich um Mitteilungen der NPD. Das überwiegend junge und subkulturell geprägte Publikum soll so tiefergehend politisiert werden. Erklärtes Ziel der Betreiber ist es, bisher nur an Rechtsrock interessierte Jugendliche stärker in die Szene einzubinden. Hierfür wurde auch die Möglichkeit geschaffen, gezielt »Kameraden« aus der Region zu suchen. Neue Mitglieder erhalten entsprechend in der Regel bereits kurz nach ihrer Anmeldung Kontaktanfragen von organisierten Gruppen.

Nicht-Szeneangehörige sind in der Community kaum anzutreffen, daran ändern bisher auch das Verteilen von Werbeflyern an Schulen durch den NPD-Kreisverband Nürnberg nichts. Das Angebot ist für Personen, die nach Szeneanschluss suchen, zwar äußerst attraktiv, für Außenstehende aufgrund vielfältiger Alternativen mit größerem Publikum jedoch nicht ansprechend.

Die Macher

Kopf des Projektes »Radio FSN« ist der 27-jährige Patrick Schröder aus Mantel bei Weiden in der Oberpfalz. Schröder blickt auf eine langjährige Karriere innerhalb der neonazistischen Rechten in der Region zurück. Er war Angehöriger der »Kameradschaft Weiße Wölfe«, Kopf des »Widerstand Weiden« und hatte diverse Positionen innerhalb der NPD inne. Aktuell bekleidet er das Amt des Kreisverbandsvorsitzenden in Weiden sowie des Landesorganisationsleiters der bayerischen NPD. In den eng verbundenen Kameradschafts- und NPD-Strukturen in der Oberpfalz ist Schröder aufgrund von Streitigkeiten stark isoliert, so dass sich seine Aktivitäten überwiegend auf Landesebene abspielen. Dort tritt er regelmäßig als Organisator von Veranstaltungen wie dem NPD-Bayerntag auf, einen Gastauftritt hatte er auch beim diesjährigen »Rock für Deutschland« in Gera, wo er Werbung für »Radio FSN« machte. Laut Eigenaussage arbeitet Schröder für den neonazistischen »Wikingerversand« in Geiselhöring sowie für das »Sicherheitsunternehmen Taranis«, dessen Inhaber der stellvertretende NPD-Landesvorsitzende Sascha Roßmüller ist.

Für die technische Umsetzung des Projektes ist der 22-jährige Thomas Reiser aus Weiden verantwortlich, dieser unterstützte Schröder auch schon bei der Moderation einer Sendung. Er teilt sich mit Schröder sowie dem ebenfalls 22-jährigen Alexander Staffel aus Windischeschenbach ferner die Rolle der Vorstandes des »Förderkreis Radio FSN e. V.«.

Finanzierung und Werbung

Der Förderverein soll helfen, die laut Eigenaussage monatlich anfallenden Kosten in Höhe von 150,- Euro zu decken. Ebenfalls einiges zur Finanzierung beitragen dürften eine Reihe von neonazistischen Internetversänden, die mit »Radio FSN« in Verbindung stehen. Direkt über die Homepage ist es möglich, verschiedene Werbeartikel von »Radio FSN« käuflich zu erwerben. Der »radio-fsn-versand.de« leitet einen Teil seines Umsatzes an das Projekt weiter. Als Hauptsponsor tritt »Ansgar Aryan« in Erscheinung. Auch »PC Records«, der »Wikingerversand«, »Front Records« und »Opos Records« treten als Unterstützer und Werbende in Erscheinung. »Radio FSN« ist eben nicht nur ein Radiosender und eine Community, sondern auch Werbeplattform einiger großer neonazistischer Plattenfirmen. ■



»Weiße Musik Fraktion«

Die neonazistische Band »Kommando Freisler«

»Das Entsetzlichste, was ich in meiner beruflichen Laufbahn bisher gelesen habe«, kommentiert der Göttinger Oberstaatsanwalt Hans Hugo Heimgärtner die Texte auf der CD »Geheime Reichssache«.

Von Kai Budler

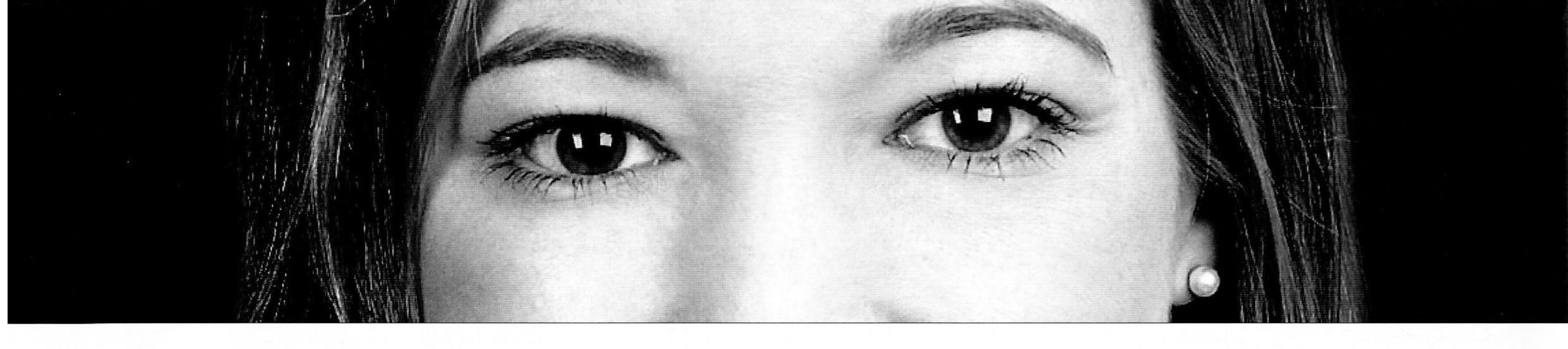
In der Berufungsverhandlung vor dem Landgericht Göttingen am 28. Oktober 2010 wurden Oliver Keudel (Bild oben rechts: Konzert in Berlin 2006) und Sebastian »Basti« Kramm wegen der CD »Geheime Reichssache« ihrer Band »Kommando Freisler«, die 2001 produziert worden war, zu Freiheitsstrafen in Höhe von zehn bzw. fünf Monaten auf Bewährung verurteilt. Der Name der Band ist Programm – ihr Vorbild ist Roland Freisler, der berüchtigte Scharfrichter im NS-Deutschland. Abgebildet ist er sowohl auf dem Cover als auch im Begleitheft der CD, wo er auf einen Gehängten mit dem Schild »Ich habe mit Bolschewisten paktiert« blickt. Auf dem CD-Label prangen das »Blood & Honour«-Logo und mehrere Hakenkreuze. Bereits ein Jahr nach der Veröffentlichung war die CD indiziert worden. Das BKA ermittelte wegen des Verdachts der Volksverhetzung. Die Käufer waren von den Produzenten gewarnt worden: »Vertrieb & Einfuhr können strafrechtliche Folgen haben, seitdem Gesetze nicht mehr zum Wohle des deutschen Volkes erlassen werden« [Rechtschreibung im Original]. Juristische Konsequenzen hatte die CD auch für die Verantwortlichen des neonazistischen Vertriebs »Celtic Moon« mit Sitz in Dänemark. Nach mehreren Durchsuchungen nahmen die Ermittler im August 2008 Stephan Günther und Flemming Muff Christiansen fest. Als »Blood & Honour Division Scandinavia« gestartet, versorgt »Celtic Moon« seit 2001 die deutsche Nazi-Szene mit indiziertem und offen neonazistischem Material, unter anderem auch mit dem Erstling von »Kommando Freisler«.

Von »Volkssturm« zu »Kommando Freisler«

Nach dem Vorbild des extrem rechten Projektes »Zillertaler Türkenjäger«, versieht der 1977 geborene Keudel bekannte Melodien mit rassistischen und extrem antisemitischen Texten. Als »Volkssturm« probte der Vorläufer der von Sänger und Gitarrist Keudel initiierten Neonazi-Band im Keller seines Elternhauses in Nordhessen. Das musikalische »Multitalent« wies Kramm in das Schlagzeugspielen ein, Erik S. lernte den Bass zu zupfen. Trotz des dilettantischen Stils brachte es »Kommando Freisler« neben einer indizierten Demoaufnahme zur Produktion der von Keudel angeregten CD »Geheime Reichssache«. »Celtic Moon« finanzierte das Tonstudio und die Aufnahmen. Die ersten 2.000 Exemplare wurden in Australien produziert. Unter den 19 Liedern befindet sich auch »Das Giftgas«, der heimliche Hit der Band in der Neonazi-Szene. Auf die Melodie von Mike Krügers Lied »Der Nippel« singt Keudel: »Ja man muss zuerst das Giftgas in die Kammer füllen und um das ganze einen schicken Schleier hüllen. Mit 'ner Brause und 'nem Abfluss, wie 'ne Dusche sieht das aus. Und fertig ist der Holocaust«. Aus »Little Dinosaur« von den Bates wird »Nur ein kleines Judenschwein« und zur Melodie von »Im Wagen vor mir« heißt es »Und gibt es auf der Welt dann keine Juden mehr, wird unser Deutschland endlich wieder frei«. In einer späteren Stellungnahme spricht die Band von ursprünglich zwei geplanten Versionen: »eine legale Scheibe für den deutschen Markt und eine Scheibe für den außereuropäischen Markt, mit rechtlich in der, ach so freien BRD, nicht veröffentlich baren Texten« [Rechtschreibung im Original].

Dem Strafrecht ein Schnippchen schlagen

Als Konsequenz wechselte die Band für ihr zweites Album »Kaufen Hören Hassen« 2007 zum »WB Versand« des Neonazis und NPD-Bundespolitikers Thorsten Heise im thüringischen Fretterode. Der Wechsel sorgte für eine rechtliche Absicherung: Der langjährig aktive Neonazi Heise war dazu übergegangen, die von ihm vertriebenen Tonträger juristisch abklopfen zu lassen. Seinem Konzept blieb Keudel auch hier treu und singt unter anderem: «Für immer Fascho und Rassist, intolerant und Volkssozialist«. 2010 folgte die aufwändiger gestaltete CD »FSK ab 18« in Heises »WB Versand«. Neben Bildern von HJ und Bund Deutscher Mädel (BDM) wirbt das Beiheft für Keudels inzwischen geschlossenes Kult-Tattoostudio für Nationalisten im Harz, »Zettel am Zeh« in Bad Lauterberg. Auch auf der bislang letzten »Kommando Freisler« CD ist die Stimme des Sängers unverkennbar die des gelernten Malers Keudel. In seiner Werbung kokettiert Heise mit einem möglichen Verbot der jüngsten Produktion: »Deshalb zugreifen, bevor die Scheiben auf der Tombola vom Polizeisportverein landen«. Doch selbst in diesem Fall können die 14 Songs sowie die der Vorgänger längst im Internet heruntergeladen werden. Dazu gehören auch die Lieder des der Band zugeschriebenen Albums »Projekt Wolfschanze. Live im Club Dirlewanger«. Benannt ist der Club nach dem Anführer der gleichnamigen SS-Sonderformation, die allein in Warschau zehntausende Menschen ermordet hatte. Über die weiteren Pläne von »Kommando Freisler« ranken sich bisher ebenso Gerüchte wie über die aktuelle Bandbesetzung. In einem Internetforum heißt es nur »Wir sind seit 16 Jahren für die nationale Bewegung aktiv und das [...] in vorderster Front«. Angesichts einer solch langjährigen Karriere in der extremen Rechten ist wohl nicht davon auszugehen, dass juristische Urteile die »Musiker« von ihren Aktivitäten in der Szene abschrecken. So auch Sebastian Kramm, der beim hessischen Kommunalwahlkampf 2006 ebenso wie der angeblich aus der Szene ausgestiegene Erik S. auf der Liste der extrem rechten Tarnliste »Pro Schwalm Eder« auftauchte. ■



Unter Generalverdacht

Extremismusbekämpfung, Bekenntniszwänge und die demokratische Mitte

Mit der Ablehnung des Sächsischen Demokratiepreises schob das »Alternative Kultur- und Bildungszentrum Sächsische Schweiz« (AKuBiZ e. V.) die öffentliche Diskussion um die neue »Extremismusklausel« an – eine offensive Auseinandersetzung ist gefordert.

Von Albert Scherr

Die Ablehnung des «Sächsischen Förderpreises für Demokratie« von Seiten des »Alternativen Kultur- und Bildungszentrum Sächsische Schweiz« (AKuBiZ e. V.) – der immerhin mit 10.000 Euro dotiert ist – war eine Reaktion auf die der Initiative zur Unterschrift vorgelegten Erklärung. Sie sollte damit unter anderem bescheinigen, dass sie »auf eigene Verantwortung dafür Sorge [...] tragen, dass die als Partner ausgewählten Organisationen, Referenten etc. sich ebenfalls zu den Zielen des Grundgesetzes verpflichten«. Seitens des »Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend« (BMFSFJ) wurde inzwischen ausdrücklich erklärt, dass Träger, die eine solche Erklärung nicht unterzeichnen, von der finanziellen Förderung durch das Ministerium ausgeschlossen sind (Schreiben von Staatssekretär Dr. Hermann Kues vom 15.11.2010).

Angeregt durch die Verweigerung der Preisannahme durch das AKuBiZ wurde ein »Aufruf gegen Generalverdacht und Bekenntniszwang« initiiert, den inzwischen mehr als 800 WissenschaftlerInnen, Organisationen und PolitikerInnen unterzeichnet haben. Dieser Aufruf wendet sich vor allem gegen den Generalverdacht, der sich gegen alle richtet, die sich gegen »Rechtsextremismus« engagieren. Denn ersichtlich setzt die Forderung nach Unterzeichnung eines Demokratiebekenntnisses ja voraus, dass diejenigen, von denen man diese Unterzeichnung erwartet, die Werte und Normen des Grundgesetzes keineswegs selbstverständlich anerkennen. Entsprechend wird im Aufruf formuliert: »Die Forderung, die eigene demokratische Haltung ausdrücklich nachzuweisen, erscheint nur vor dem Hintergrund eines entgegenstehenden Generalverdachts sinnvoll, den es dann im Einzelfall zu widerlegen gilt. Es ist aber nicht hinnehmbar, dass ein staatlicher Generalverdacht gegen alle etabliert wird, die sich gegen Rassismus und Rechtsextremismus engagieren. Denn damit wird jedes Engagement gegen Rassismus und Rechtsextremismus politisch verdächtig gemacht. [...] Staatlich verordnetes Misstrauen gegenüber den Bürger/innen ist aber mit einer demokratischen politischen Kultur nicht vereinbar, sondern ein Merkmal autoritärer Regime.« Darauf reagierte Ministerin Kristina Schröder gegenüber der »tageszeitung« (taz) mit der Aussage: »Wer damit schon ein Problem hat, der demaskiert sich selbst.« (taz, 14.11.2010) Der Extremismusverdacht wird insofern auf diejenigen ausgeweitet, die sich unter Berufung auf ihr demokratisches Selbstverständnis einer solchen Erklärung verweigern.

Hintergrund dessen – und meines Erachtens eine zentrale Herausforderung für die politische Auseinandersetzung – ist die Tendenz, mit der Neuakzentuierung der Bundesprogramme, ihrer Umdefinition in Programme gegen »Extremismus jeglicher Couleur« (BMFSFJ, 20.01.2010) eine Verschiebung des politischen Diskurses durchzusetzen: Es soll um die Etablierung einer veränderte Perspektive der Programme gehen, die sich nunmehr auch gegen diejenigen richtet, die als »linksextrem« gelten. Folglich werden sich als links definierende Initiativen und Projekte, die sich gegen Rassismus und »Rechtsextremismus« engagieren, nicht mehr nur als willkommener Teil breiter zivilgesellschaftlicher Bündnisse in den Blick genommen, sondern zugleich auch als potenzielle Angehörige eines »linksextremen« Spektrums, gegen das sich die neuen Bundesprogramme richten. Vor diesem Hintergrund ist es in der Perspektive des Bundesjugendministeriums konsequent, dass versucht wird, eine Grenze zwischen einerseits denjenigen zu ziehen, die noch als legitime Mitstreiter in Rahmen einer Anti-Extremismus-Programmatik gelten, und andererseits denjenigen, die zwar gegen Rassismus und »Rechtsextremismus« aktiv sind, aber gleichwohl den Konsens nicht mittragen, durch den sich die so genannte Mitte vom »Extremismus jeglicher Couleur« abgrenzt.

Es liegt nahe, diese Programmatik in der Traditionslinie einer westdeutschen Politik, die in den 1960er und 1970er Jahren wiederkehrend Versuche unternommen hat, politische Strömungen, die außerparlamentarisch oder parteipolitisch links der SPD situiert waren, aus dem demokratisch legitimen Meinungsspektrum auszugrenzen. Insofern ist es erforderlich, die politische und wissenschaftliche Auseinandersetzung darüber zu führen, welche Formen der Gesellschafts- und Politikkritik in einer demokratischen Gesellschaft zulässig sind und darauf zu beharren, dass für eine demokratische politische Kultur die Anerkennung der Legitimität eines breiten Spektrums unterschiedlicher politischer Positionen unverzichtbar ist. Folglich gilt es gegenwärtig, sich deutlich gegen Versuche zu positionieren, die in Richtung auf eine Ausgrenzung linker Positionen weisen.

Meines Erachtens ist es erforderlich, sich nicht auf eine Abwehrposition gegen den Extremismusverdacht zurückzuziehen, sondern offensiv in die Auseinandersetzung zu der Frage einzutreten, wodurch und durch wen demokratische und menschenrechtliche Prinzipien eingeschränkt werden oder gefährdet sind. Dass diesbezügliche Auseinandersetzungen mit demokratischen Mitteln zu führen sind, sollte sich von selbst verstehen. Die Etablierung eines Generalverdachts in Verbindung mit einem Zwang, das eigene demokratische Selbstverständnis staatlichen Stellen schriftlich zu erklären, ist meines Erachtens kein geeignetes Mittel zur Stärkung einer demokratischen politischen Kultur. ■

Albert Scherr ist Professor für Soziologie an der Pädagogischen Hochschule Freiburg, Mitglied im Vorstand des »Komitee für Grundrechte und Demokratie« und Erstunterzeichner des erwähnten Aufrufs.

Krautkrämers Kampf

»Gegnerforschung« aus dem Hause »Junge Freiheit«

Im November 2010 erschien bei der rechtsradikalen Wochenzeitung »Junge Freiheit« die zweite Schrift in der hauseigenen Reihe: »Studien Extremismus und Freiheit«, die ebenso einfältig geriet wie das Debüt.

Von Silvia Bleibtreu

Der Kampf gegen den »Kampf gegen Rechts« ist steter Bestandteil der Berliner Wochenzeitung »Junge Freiheit« (JF) – geführt vor allem von Felix Krautkrämer. Der 31-Jährige gab im November 2007 seinen Einstand mit der Veröffentlichung »Die offene Flanke der SPD«, die zeigen sollte, dass der Abgeordnete des baden-württembergischen Landtags, Stephan Braun (SPD), der zuvor eine kritische Analyse zur JF mit herausgegeben hatte, über Kontakte ins »linksextremistische« Milieu verfüge (s. **DRR** Nr. 112). Heute ist Krautkrämer Redakteur für Innenpolitik und verantwortlich für die Online-Redaktion. Sein inhaltliches Steckenpferd: die »Gegnerforschung«. Damit ist er bei der JF an der richtigen Adresse, sieht sie doch Deutschland wechselseitig bedroht von »Ausländern«, Muslimen, »Linksextremisten«, dem »Linkstrend« bei der CDU, Homosexuellen, dem »Werteverfall«... Zuletzt rückte Thomas Krüger, seit 2000 Präsident der »Bundeszentrale für politische Bildung«, ins Visier der Zeitung. Letzter Aufreger: seine »Skandalrede« (O-Ton JF) bei der Eröffnung der Tagung »Das flexible Geschlecht: Gender, Glück und Krisenzeiten in der globalen Ökonomie« Ende Oktober 2010. Der »Skandal«: JF-Chefredakteur Dieter Stein wittert ein »Selbstvernichtungsprogramm« am Werk, »das auf systematische Zerstörung von Ehe und Familie abzielt« (JF, 19.11.2010). Krüger mache sich dabei »wirre Thesen feministischer Sektierer zu eigen« und plädiere »für die Abschaffung der biologischen Geschlechter« (JF, 26.11.2010).

Der verheiratete zweifache Vater Krautkrämer legte nach. Er möchte das »Zusammenspiel zwischen der Wochenzeitung ›Die Zeit‹, dem ›Netz gegen Nazis‹, der Bundeszentrale für politische Bildung und der »linksextremen Szene« offen legen. Im Grunde ist der Inhalt schnell erzählt und funktioniert in etwa so: Bei Institution A schreibt Autor X, der wiederum auch bei Zeitung Y schreibt, bei der wiederum Anhaltspunkte vorlägen, dass dort vermeintliche »Linksextremisten« mitwirk(t)en oder dass es sich dabei um ein »linksextremistisches« Projekt handle. Die Etikettierung erfolgt willfährig. Zwei Beispiele: Die Zeitschrift **DERRECHTERAND** (**DRR**) bezeichnet er als »linksradikal«, zitiert allerdings das »Landesamt für Verfassungsschutz« Baden-Württemberg und das »Bundesinnenministerium«, wonach 2007 »Anhaltspunkte für linksextremistische Bestrebungen« vorgelegen hätten. Dann lässt er das »Bundesamt für Verfassungsschutz« zu Wort kommen, das ihm auf Anfrage mitteilte, der **DRR** werde »seit 2005 (sic!) nicht mehr als linksextremistische Publikation eingestuft« – was übrigens nie der Fall gewesen war. Warum der **DRR** jetzt aber linksradikal sein soll, lässt Krautkrämer, der Geschichte, Politik und Öffentliches Recht in Freiburg studierte und dort Mitglied der »Katholischen Deutschen Studentenverbindung Hohenstaufen« war, offen. Auch der »Antifaschistischen Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München e. V.« (a.i.d.a.) attestiert Krautkrämer mit Verweis auf den bayerischen Verfassungsschutz »Anhaltspunkte für linksextremistische Bestrebungen«. Nur eine Fußnote weist darauf hin, dass a.i.d.a. erfolgreich gegen die Einstufung geklagt hatte. Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den Projekten findet nicht statt. Die »Studie« basiert auf derartig bewusster Etikettierung, um daran anknüpfend Menschen, die mit den Projekten auf die eine oder andere Weise verbunden sind, zu stigmatisieren.



^ Felix Krautkrämer (links) und Dieter Stein bei der Buchmesse in Frankfurt am Main im Oktober 2010

Eingeleitet wird das einfältige Pamphlet durch Alexander von Stahl. Mit der Autorität seiner einstigen Funktion als Generalbundesanwalt bescheinigt der 72-Jährige der »Studie«, sie zeige quellengesättigt, »in wieweit, von welchen Personen, Gruppierungen und Organisationen und über welche Internetveröffentlichungen die linksradikale Szene auch den ›antifaschistischen Kampf‹ der Bundeszentrale für politische Bildung beeinflusse«.

Krautkrämer und der JF geht es im Grunde um zwei Dinge. Sie regen sich darüber auf, dass »auch konservative Organisationen, Personen und Einrichtungen mit dem Verdacht des Rechtsextremismus überzogen werden«. Mit »konservativ« sind dabei jedoch nicht die CDU, CSU, die »Konrad-Adenauer-Stiftung« oder ähnliches gemeint, sondern als »konservativ« betrachtet sich die JF selbst. Schlicht konservativ soll auch das »Institut für Staatspolitik« sein. Bewusst wird dabei diese politische Selbstverortung vorgenommen, um Akzeptanz auch im Lager der Union und darüber hinaus zu gewinnen. Eng damit verbunden ist die von ihnen ausgemachte »Gefahr«, nämlich der »Kampf gegen Rechts«. Krautkrämer sieht das »Thema Antifaschismus [...] als ideales Instrument und Türöffner, um linksextremistische Einstellungen gesellschaftsfähig zu machen«. Das geschehe durch »Antifa-Journalisten« beziehungsweise ein »Antifa-Milieu aus linken bis linksradikalen Journalisten, Publizisten und Wissenschaftlern« – auch hier fällt wieder auf, dass links, linksradikal, »linksextrem« für ihn eigentlich ein und dasselbe sind.

Normale Leserinnen und Leser werden das Machwerk dank der »Kontaktschuldargumentation« und Assoziationsketten kopfschüttelnd ignorieren, doch wer Bestätigung sucht für seinen Kampf gegen den »Kampf gegen Rechts«, wer überall »Linksextremismus« wittern will, wird mit den Weihen eines ehemaligen Bundesstaatsanwalts hier vermeintliche Bestäti-

Es gibt in Deutschland Millionen Konservative, aber keine Partei, die si
vertritt. Welche politischen Ziele würde eine solche Partei verfolgen?

Nation. Familie. Sprache

VON MICHAEL KLONOVSKY

Neue Freunde

Normalisierung der »Neuen Rechten«

Bürgerliche Leitmedien machen die »Neue Rechte« salonfähig. Das Wochenmagazin »Focus«, die »Süddeutsche Zeitung« und die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« schlagen sich auf die Seite der rechten Antidemokraten.

Von Ernst Kovahl und Felix Bieberich

Solange die »Junge Freiheit« (JF) ein Blättchen für LeserInnen aus der extremen Rechten war, blieb ihre Reichweite und ihr publizistischer Einfluss gering, sie war ein Selbstverständigungs- und Diskussionsblatt für die »Neue Rechte« ohne nennenswertes Gewicht. Auch deren Autoren blieben solange unbedeutend, wie ihre Texte allein in der JF oder bei rechten Kleinverlagen erschienen. Denn bis heute wurde diese politische Strömung – zu Recht – ihr braunes Image nicht los. Schützenhilfe auf dem Weg zur Normalisierung und zur Anerkennung der »Neuen Rechten« als legitime Strömung in der politischen Debatte kommt nun von drei der wichtigsten deutschen Leitmedien, der liberalen »Süddeutschen Zeitung« (SZ), der konservativen »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« (FAZ) und dem Wochenmagazin »Focus«.

»Süddeutsche Zeitung«

»Sehr geehrte Damen und Herren, die Süddeutsche Zeitung druckte in ihrer Wochenendausgabe vom 2./3. Oktober eine großformatige Werbeanzeige der Berliner Wochenzeitung ›Junge Freiheit‹«, beginnt ein Leserbrief, der das Anzeigengeschäft der liberalen SZ mit der JF kritisiert. Unterzeichnet ist er unter anderem von dem ehemaligen stellvertretenden Generalsekretär des Deutsch-Französischen Jugendwerks Prof. Dr. Michel Cullin, von Prof. Dr. Frank Deppe, von Prof. Dr. Wolfgang Fritz Haug und vom Generalsekretär der Evangelischen Akademien in Deutschland Dr. Klaus Holz. »Die ›Junge Freiheit‹ ist das Flaggschiff der extrem rechten Publizistik in Deutschland«, erklären sie, erstaunt über diese Anzeige in der SZ, »das sich seit geraumer Zeit in einer bürgerlich-konservativen Verpackung zu verkaufen versucht. Sie bietet all jenen eine Plattform, denen die NPD und Straßennazis zu primitiv sind und die ihren Nationalchauvinismus gerne mit einem gewissen kulturellen Niveau verbrämen.«

Abgedruckt wurde dieser Leserbrief von der SZ jedoch nicht. Dafür äußerte sich 14 Tage später der SZ-Autor Marc Felix Serrao. Formal weist er daraufhin, das Anzeigengeschäft sei von der Redaktion getrennt. Im Fall der JF-Anzeige muss aber wohl vorher doch die Meinung der Chefredaktion eingeholt worden sein. Denn Serrao erklärt, diese habe »dem Abdruck [...] einzig und allein deshalb zugestimmt, weil der Veröffentlichung – derzeit – keine Gründe entgegenstanden, die gravierend genug gewesen wären, um diese zu verhindern. Ein Veto wäre nur angebracht gewesen, wenn die Junge Freiheit nachweislich eine verfassungsfeindliche Ideologie verbreiten würde oder ihre Berichterstattung gegen die freiheitliche und demokratische Ordnung unseres Landes gerichtet wäre.« Die JF sei, so Serrao »in einem Milieu beheimatet [...], das politisch so umstritten wie schwer zu verorten ist«. Und während der JF-Chefredakteur sein Blatt »schlicht ›konservativ‹« nenne, würden Kritiker dies zurückweisen. Kurz erklärt Serrao auch, wer diese Kritiker seien: »vor allem linke Politiker und antifaschistische Gruppen«. Für ihn ist die JF jedoch »eine Stimme der demokratischen Rechten in diesem Land [...]. Wer sie liest, stößt darin zwar oftmals auf einen sehr lauten, unreflektierten Patriotismusbegriff und eine ausgeprägte Fremdenangst«, schreibt Serrao: »Dennoch wäre es falsch, ja, feige, dem Blatt deshalb das Existenzrecht – und dazu gehört zweifelsohne auch die Werbung – abzusprechen. Sich mit Andersdenkenden journalistisch auseinanderzusetzen, gehört zu den Aufgaben der SZ-Redaktion. Die Zensur ihrer Anzeigen gehört nicht dazu.«

Dabei verkennt Serrao ohne Zweifel den Charakter der Wochenzeitung. Und dies ist ein Grundproblem des Autors, wenn er über das Spektrum rechts der Union schreibt. In einem Artikel über eine antifaschistische Kampagne gegen extrem rechte Zeitungen an Kiosken nennt er die JF beschönigend »rechtskonservativ«, die antifaschistische Initiative dagegen in diffamierender Absicht einen »Bund der Vertreibenden«. Das neu-rechte Blog »Blaue Narzisse« von Felix Menzel hält er schlicht für »konservativ«, dabei ordnet sich die Seite selbst im so genannten »neu rechten« Lager ein. Abstrus wurde die Berichterstattung der SZ, als Serrao auf einer halben Seite über eine Geschichte aus der sächsischen Provinz berichtete. Eine Schule wollte ein Wandbild von Benjamin Jahn Zschocke übermalen. Formaler Grund: ein kleines Keltenkreuz. Ein gesuchter Anlass, das weiß auch Serrao zu berichten. Denn Zschocke ist nicht nur Künstler, sondern Mitgründer der neu-rechten Zeitschrift »Blaue Narzisse«, war Mitglied der Pennälerverbindung »Theodor Körner«, Geschäftsführer der Fraktion »Die Republikaner« (REP) im Chemnitzer Stadtrat und sitzt heute für »Pro Chemnitz« im Kommunalparlament. Serrao nennt den Streit um das Bild »bizarr«. Bizarr ist aber vor allem, dass eine solche Geschichte in einer bundesweiten Zeitung auf einer halben Seite goutiert wird. Bereits im September 2008 porträtierte Serrao auf einer ganzen Seite in der SZ Götz Kubitschek. Brav charakterisiert der Journalist den Mitbegründer des »neu rechten« »Instituts für Staatspolitik« (IfS), Betreiber des »Antaios« Verlages und Anführer der »Konservativ Subversiven Aktion« (KSA). Kubitschek darf über sich sagen, er sei ein Konservativer, während es die Linken, »allen voran die Antifa«, sei, die ihn und »seine Freunde als ›Salonfaschisten‹« bezeichnen. Eine kritische Auseinandersetzung sucht man vergeblich in dem Artikel. Vielmehr geht Serrao der Selbstinszenierung des Leutnants der Reserve auf den Leim. Die Überschrift des Porträts heißt: »Der kalte Blick von rechts« – und knüpft damit an den Essay »Der faschistische Stil« von Armin Mohler an, der einen »kalten Stil« zu einem Merkmal des Faschismus erklärte.

»Frankfurter Allgemeine Zeitung«

Während die Anzeige in der liberalen SZ und die prononcierten Positionierungen ihres Journalisten Serrao zur »Neuen Rechten« noch verwundern, fanden sich in den letzten Jahren immer wieder Anzeigen der JF und ihrer Unterstützungskampagnen in der konservativen, großbürgerlichen FAZ. Dieselbe Anzeige wie in der SZ schaltete die JF Anfang Oktober 2010 auch dort. Vorsichtig ließe sich sagen, dass es – bei allen Differenzen – gewisse politische Anknüpfungspunkte zwischen den Blättern gibt. Denn in der FAZ schreiben seit Jahren immer wieder Autoren der »Neuen Rechten«, meist jedoch versteckt, wie beispielsweise im September 2010 Till Kinzel (s. **DRR** Nr. 115) auf den Wirtschaftsseiten. Zudem finden sich in unregelmäßigen Abständen

freundliche Besprechungen von Büchern und Zeitschriften aus dem »neu rechten« Milieu, unauffällig eingestreut zwischen den zahlreichen politischen Rezensionen des Blatts.

»Focus«

Das Wochenmagazin »Focus« setzt seit einigen Monaten offensiv auf das Milieu der »Neuen Rechten«. Im September 2010 führte das Blatt die hervorgehobene neue Rubrik »Debatte« ein. Verantwortlicher Redakteur für diese Seiten wurde der Journalist Michael Klonovsky (s. **DRR** Nr. 110 und **DRR** Nr. 112). Seine Berufung auf diese publizistisch prononcierte Stelle zeigt deutlich den Rechtsschwenk des Blattes. Denn Klonovsky ist sowohl in seinen politischen Positionierungen als auch in seiner publizistischen Einbindung im Milieu der »Neuen Rechten« zu verorten. Er unterstützt im seriösen Medienbetrieb die »Neue Rechte« bei ihren Kampagnen gegen Linke und bei ihrem Versuch, rechte Pflöcke in die politischen Debatten einzuschlagen. Mit seiner Ernennung zum Debatten-Chef sind seine Möglichkeiten dafür gewachsen.



Süddeutsche Zeitung

NEUESTE NACHRICHTEN AUS POLITIK, KU...

Süddeutsche Zeitung | Nr. 208 | Samstag/Sonntag, 6./7. September 2008

Der kalte Blick von rechts

Götz Kubitschek will der Anführer einer neuen konservativen Bewegung sein. Seine Gegner nennen ihn einen Salonfaschisten und fürchten seine aggressiven Aktionen.

Marc Felix Serrao

Sind Sie ein Nazi?" Ja, so kann man ein Gespräch auch beginnen. Es ist kurz nach 22 Uhr, die Veranstaltung im Hamburger Theater ist seit einer Viertelstunde ... und Ludwig von Otting, der ...

Götz Kubitschek liebt die pathetische Pose des National-Konservativen, stilisiert sich aber als politisch Heimatlosen. Zeichnung: privat; Montage SZ

»Derweil sie ›Gesicht zeigen gegen rechts‹, senken sie furchtsam den Blick, wenn Ali und Achmed dräuen; derweil sie bekämpfen, was sich nicht wehren kann – tote Nazis, Kriegsgeneration, katholische Kirche, Burschenschaften, ›Junge Freiheit‹ – geht ihnen in der U-Bahn, der Diskothek und auf dem abendlichen Heimweg die Muffe vor Mustafa und Hassan.« Mit Aphorismen wie diesem stürzt sich Klonovsky auf seiner Website in den Kampf gegen Linke, Feminismus, ´68er, MigrantInnen, »political correctness« und die verhasste Moderne.

Klonovsky ist schon seit Jahren in das publizistische Netz der »Neuen Rechten« eingebunden. Das »neu rechte« Internetportal »Blaue Narzisse« (s. **DRR** Nr. 105) interviewte ihn ebenso wie schon 2005 und 2008 die JF. Im Gespräch plauderte Klonovsky 2005 über den Erhalt deutscher Kultur, Gottfried Benn, »political correctness« und die Gefahr von links. Und 2008 ließ er sich im Gespräch mit der Zeitung ausführlich über den Fall des Thüringer Landtagsabgeordneten Peter Krause (CDU) aus, der es aufgrund seiner früheren Redakteurstätigkeit bei der JF nicht ins Amt des Kultusministers brachte. 2006 unterzeichnete er den »Appell für die Pressefreiheit«, der sich gegen die Ausladung der JF von der Leipziger Buchmesse aussprach. Seit 2008 schreibt er außerdem regelmäßig in dem radikalen Rechtsblatt »eigentümlich frei« (ef). Dort erteilt er der Vorstellung menschlicher Gleichheit eine klare Absage. Zudem geht er von der Existenz unterschiedlich begabter menschlicher »Rassen« aus: »Man will uns etwa einreden, [...] alle Rassen seien identisch begabt (auch wenn Studien und Realitäten gewisse Unterschiede zeigen), alle Kulturen gleichwertig« (ef, Nr. 81). Sein Weltbild ist durch und durch biologistisch und elitär: »...in unserer immer mehr von einheimischen Prolls und eingewanderten Fellachen geprägten, zutiefst elitenfeindlichen Gesellschaft ist die nach unten weisende Verähnlichung ihrer Mitglieder beachtlich weit fortgeschritten« (ebd).

Klonovskys Vorbild ist der erzreaktionäre kolumbianische Dichter Nicolás Gómez Dávila (s. **DRR** Nr. 114), dessen Buch mit Aphorismen er 2007 bei »Reclam« herausgab. Bereits 2006 schrieb er im »Focus« eine ausführliche Lobhudelei auf den Dichter, der in seiner Jugend der faschistischen »Action Française« nahe stand und heute von der »Neuen Rechten« verehrt wird. Die Texte von Klonovsky schaffen ihm Freunde in der gesamten extremen Rechten. Sowohl die österreichische Zeitschrift »Neue Ordnung« als auch die »Preußische Allgemeine Zeitung« zitierten begeistert seinen Einzeiler: »Wer von der Behandlung der deutschen Minderheit im Polen der Zwischenkriegszeit nicht reden will, der soll vom deutschen Angriff auf Polen schweigen.«

Im »Focus« betrieb Klonovsky 2007 im Einklang mit der JF Jagd auf Kritiker der »Neuen Rechten«. Als die beiden SPD-Politiker Stefan Braun und Ute Vogt ihr kritisches Buch über die JF veröffentlichten, versuchten das »neu rechte« Blatt und Klonovsky, die beiden Autoren mit gleichlautenden Argumenten zu diskreditieren. Mehrere von ihnen würden für »linksextreme« Zeitungen schreiben, hieß es. Zum Beleg der Unbedenklichkeit der JF zitierte Klonovsky zwei alte Freunde des »neu rechten« Milieus, Peter Scholl-Latour und Peter Gauweiler. Die linksliberale »Frankfurter Rundschau« wunderte sich: »Dass [...] das Magazin Focus an der Seite des – selbst nach Einschätzung der bayerischen Verfassungsschützer ›am rechten Rand des demokratischen Spektrums‹ agierenden Blattes – mit Schmutz wirft, ist schon merkwürdig.«

Heute holt Klonovsky die Themen der Rechten prominent auf die Debattenseiten des »Focus«: Pro Sarrazin und christliche Leitkultur, gegen den »Gesinnungsterror der politischen Korrekten«. Und dazwischen dann auch mal Autoren, die man aus anderen Blättchen der Rechten kennt, so zum Beispiel Martin van Creveld, der einen Appell für die JF unterzeichnete und auch schon mal beim IfS referierte. Der »Focus« hat sich somit in den letzten Monaten zum Sprachrohr der Fans von Sarrazin und der rechten Kritiker der CDU/CSU gemacht. Da passte es, dass Klonovsky im September 2010 unter dem Titel »Nation. Familie. Sprache« ein fiktives Parteiprogramm für eine wirklich »konservative« Partei vorlegte. »Volk und Nation« müssten die zentralen Begriffe eines solchen Programms sein, so Klonovsky, ebenso wie »deutsche Leitkultur« statt »Multikulti«. ■

Wieder zusammen, was zusammengehört?
Kooperation »Pro« und REP

Mit der »Stuttgarter Erklärung« besiegeln die »Pro«-Bewegung und »Die Republikaner« ihre Option auf einen Zusammenschluss.

Von Alexander Häusler

Die offensichtlich geplante »feindliche Übernahme« erreichte ihren ersten Höhepunkt mit einem Auftritt des rheinland-pfälzischen Landesvorsitzenden Stefan Stritter beim Neujahrsempfang der PRO's in Köln Anfang des Jahres 2010: Stritter war offen gegen den Chef der Partei »Die Republikaner« (REP), Rolf Schlierer, im Kampf um den Parteivorsitz ins Rennen gegangen und propagierte zugleich ein Zusammengehen mit der »Pro«-Bewegung. Nachdem sich Schlierer diesem Ansinnen zunächst verweigert hatte, drohte sich der Richtungsstreit zu einem großen Knall auszuwachsen. Um seine Macht nicht zu verlieren, wechselte der Parteichef seinen Kurs und band seine Kritiker ein: Stritter wurde Vizechef und im Sommer beschlossen die REP in Berlin zugunsten von »Pro Deutschland«, nicht in der Hauptstadt zur Wahl 2011 anzutreten. Im nordrhein-westfälischen Mönchengladbach kam es dann Anfang Oktober 2010 zum ersten gemeinsamen Auftritt beider Parteichefs: »Pro NRW« hatte eine antiislamische Kundgebung angemeldet, auf der Schlierer als Redner sprach. Im November wurde dann in Stuttgart die schriftliche Vereinbarung getroffen, mittels Zusammenarbeit »ein Zeichen für die Einigung der demokratischen Rechten in Deutschland setzen«. Konkret bedeutet dies die Ankündigung von »gemeinsamen Großveranstaltungen in Stuttgart (März) und Köln (Mai)« sowie dem »gemeinsamen bundesweiten Wahlantritt [...] spätestens zur Europawahl 2014«. Auch die Themenschwerpunkte sind klar: »Wir führen die Sarrazin-Debatte konkret und konstruktiv weiter.« Hier zeigt sich zugleich die politische Linie hinsichtlich der Verlagerung der Feindbilder vom klassischen Rassismus hin zum antimuslimischen Kulturrassismus bei gleichzeitig proklamierter Abkehr vom Antisemitismus: So reichte etwa »pro Köln« im Frühjahr 2010 im Stadtrat einen Antrag »gegen Antisemitismus« ein – gegen »linken und islamistischen Antisemitismus« natürlich, welchen in ähnlicher Form schon vorher die REP in kommunalen Gremien eingebracht hatten.

Beide Parteien unterstützten zudem jüngst die so genannte »Jerusalemer Erklärung«, die von Vertretern der FPÖ, des »Vlaams Belang«, der hiesigen Partei »Die Freiheit« gemeinsam mit rechtsnationalistischen Politikern in Israel inszeniert wurde. Ob sich mit diesem proklamierten Wandel der Feindbilder auch derselbe Erfolg einstellt wie bei den zu Vorbildern auserkorenen modernisierten europäischen Rechtsaußenparteien, ist fraglich. ■

Querfront?
Die Zeitschrift »compact«

Am 6. Dezember 2010 erschien die erste Ausgabe der »Compact«. Chefredakteur ist der ehemals linke Journalist Jürgen Elsässer.

Von Frank Metzger und Eike Sanders



∧ 6. Dezember 2010 im Ratskeller Schmargenhof in Berlin (v.l.n.r): Sulaiman Wilms, Jürgen Elsässer, Moderator Christian Weilmeier, Oliver Janich, Dee Ex und Dieter Stein

Anlässlich der Heftpremiere fand im Ratskeller in Berlin-Schmargendorf eine Podiumsdiskussion statt zum Thema »Sarrazin – Der neue Bundeskanzler? Was eine neue Volkspartei erreichen kann«. Neben Elsässer saßen auf dem Podium der Herausgeber der neu-rechten Zeitung »Junge Freiheit« (JF) Dieter Stein, der Vorsitzende der »Partei der Vernunft« (PdV) Oliver Janich, die rechte Rapperin Mia Herm (»Dee Ex«) und der Chefredakteur der »Islamischen Zeitung« Sulaiman Wilms. Das größtenteils gutsituierte, rechts-konservative und von irrationaler Überfremdungsangst geplagte Publikum lauschte langen Referaten. 120 Gäste waren gekommen, darunter der Vorsitzende der Berliner NPD, Uwe Meenen.

Elsässer will einen Dialog initiieren zwischen »demokratischen Linken« und »demokratischen Rechten« sowie zwischen »intelligenten Moslems« und »intelligenten Islamkritikern«. Gemeinsam war den meisten Reden eine diffuse, nationalistisch motivierte Kapitalismuskritik, die in mehr oder weniger deutlichen Rassismus mündete. Elsässer: »Die Hauptströmung in den westlichen Ländern, die [...] die politische Macht okkupiert hat, sind die Imperialisten, die eine One World anstreben unter Dominanz der anglo-amerikanischen Befehlszentrale. [...] Dem entgegen stehen Demokraten unterschiedlichster Couleur, die den Gedanken der Volkssouveränität und der nationalen Souveränität hoch halten.« Diese wehren sich gegen die Einwanderungspolitik, die »ein Projekt des Großkapitals, der Großkonzerne« sei. Nicht der Islam, sondern die Einwanderung sei »das Problem«, so Elsässer.

Stein sagte, die JF habe ein Interesse daran, »dass das Parteiensystem ergänzt wird«. Er sieht aber eine Rechtspartei blockiert von »konkurrierenden Interessen, Profilierungssucht, Dilettantismus und der Feindschaft eines politischen medialen Komplexes«. »Dee Ex« will dagegen »unpolitische musikalische Politik vom Volk fürs Volk machen« und beklagte den angeblichen Einfluss einer jüdischen Lobby, da der »IWF [...] ja mit Sicherheit auch mit Zionisten zu tun« habe.

Stein wunderte sich über Elsässers »Wanderschaft nach rechts«. Doch seine Hoffnung, Elsässer könne Garant einer Querfront sein, ist illusorisch. Denn die Zeitschrift »Compact« ist nicht links, sie spricht vielmehr eine sich demokratisch verstehende Mitte an, die für ihren Rassismus, Nationalismus und Antiamerikanismus eine politische Heimat sucht. ■

Nichts Neues im Abendland

Siegfried Jäger über den Plagiator Sarrazin

2010 flammte erneut die Debatte um zugewanderte Menschen und Menschen mit nicht-deutschem Pass auf. Losgetreten wurde das zur »Debatte« verklärte mediale Tribunal gegen die religiöse Minderheit im Land von Thilo Sarrazin. Sie scheint zum neuen Feindbild der Deutschen zu avancieren. Über Kampagnen gegen MigrantInnen sprach Horst Zimmer für den DERRECHTERAND mit Siegfried Jäger vom »Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung«.

DRR: Herr Jäger, vor 18 Jahren haben Sie sich gemeinsam mit anderen KollegInnen sehr gründlich die medialen Diskurse zum Thema Asyl im Rahmen der Debatte um die Änderung des grundgesetzlich verbrieften Rechts auf Asyl (Artikel 16) angeschaut. Seinerzeit kamen Sie zu einem vernichtenden Ergebnis über die Medien, die die Stimmung gegen Asylsuchende damals mit anheizten. Welchen Eindruck haben Sie gewonnen von der Diskussion über das Buch von Thilo Sarrazin?

Jäger: Das Buch hatte einen Vorläufer durch ein Interview mit Sarrazin in »Lettre International« (Heft 86, 2009), das man als eine Art Exposé zu »Deutschland schafft sich ab« lesen kann. Bereits dieses Interview enthält im Kern die Thesen, die Sarrazin in seinem »Bestseller« ausgebreitet hat. Kurz vor Erscheinen dieses Buches zeigten repräsentative Umfragen, dass Sarrazins Ansichten in großen Teilen der Bevölkerung ziemlich verbreitet waren. Unsere eigenen (und viele andere) Untersuchungen zum Diskurs der Einwanderung haben ergeben, dass diese Stimmung seit Mitte der 1980er Jahre durch den mediopolitischen Diskurs kontinuierlich genährt worden ist. Sarrazin ist also gewissermaßen nur ein Plagiator eines lange bestehenden öffentlichen Diskurses. Wenn das Buch jetzt für Furore sorgt, dann deshalb, weil es einen öffentlichen Diskurs reproduziert.



DRR: Was meinen Sie genau mit dem mediopolitischen Diskurs?

Jäger: Der mediopolitische Diskurs ist das Zusammenspiel des Medien- und des politischen Diskurses. Auf der einen Seite politische Akteure, die seit annähernd 30 Jahren einen restriktiven Kurs gegenüber Flüchtlingen und Migranten versuchen durchzusetzen. Das zeigte sich Anfang der 1990er Jahre in der Diskussion um den Artikel 16 Grundgesetz und in den letzten Jahren in der »Integrationsdebatte«. Medien und Politik ergänzen sich hier. Denken Sie nur an die Debatte um das vermeintlich spezifische Gewaltpotential »ausländischer« Jugendlicher, um die »Rütli«-Schule und das schulische »Versagen« von MigrantInnen oder eben jetzt die um »Kopftuchmädchen« und die angebliche Integrationsunfähigkeit des Islams. Sie haben dabei immer einen spezifischen politischen Aufhänger oder Diskurs um das Thema, der medial dann zu einem öffentlichen Thema gemacht wird. Was wir im Sommer 2010 erlebten, war ein Paradebeispiel eines solchen Zusammenspiels. Derartige Mechanismen zeichnet beispielsweise Tom Schimmeck in seinem Buch »Am besten nichts Neues« aus journalistischer Sicht nach als auch wir [gemeint ist das »Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung«, Anm. d. R.] in unseren Analysen.

DRR: Gibt es Parallelen zwischen der medialen Berichterstattung beziehungsweise Inszenierung des Themas heute und im Rahmen der »Asyldebatte«?

Jäger: Die Asyldebatte wurde seit Beginn der 1980er Jahre systematisch durch Politik und Medien angeheizt. Sie endete nicht mit der faktischen Abschaffung des Artikels 16, sondern hält bei mancherlei Varianten bis heute an. Ich rechne allerdings nicht mit den Pogromen, wie sie besonders in den 1990er Jahren stattgefunden haben, weil die deutsche Wirtschaft inzwischen auf den Zuzug »nützlicher EinwanderInnen« angewiesen ist. Die derzeitige rassistische Stimmung bezieht sich daher primär auf die »Unnützen«, die »uns« angeblich nur Kosten verursachen.

DRR: Am 4. September 2010 titelte die »Bild« mit der Schlagzeile »BILD kämpft für Meinungsfreiheit. Das wird man ja wohl noch sagen dürfen« und präsentierte Ressentiments und Parolen: »Wer Arbeit ablehnt, verdient keine Stütze«, »Ausländer, die sich nicht an unsere Gesetze halten, haben hier nichts zu suchen!«, »Ich will mich nicht entschuldigen müssen, ein Deutscher zu sein«. War Sarrazin »nur« derjenige, der den Damm gebrochen hat für die Vorurteile der so genannten gesellschaftlichen Mitte, die sich seitdem immer unverhohlener artikuliert?

Jäger: Sarrazin hat also keinen Damm gebrochen. Er hat im wesentlichen nur das reproduziert, was »allen« immer wieder stereotyp gesagt worden ist und was sie daher als »ihre Wahrheit« verinnerlich haben.

DRR: 1993 prognostizierte der rechtskonservative Politologe Samuel Phillips Huntington einen »Kampf der Kulturen«. Erleben wir in Deutschland und Teilen Europas gerade dessen Vorboten – nur unter anderen Vorzeichen, dass die Dominanzkultur einen Kulturkampf gegen eine Minderheit führt?

Jäger: Ja, sogar einen »Clash«, also einen angeblich unvermeidbaren Zusammenprall. Und das machte vielen Angst, die leicht auf alles »Fremde« appliziert werden konnte. Ähnlich wie 9/11 verstärkte dies, vermittelt über die Einlassungen der mediopolitischen Klasse, den islamfeindlichen und rassistischen Diskurs der Einwanderung – wie manch andere Ereignisse ebenfalls. Sarrazin (und in weiten Teilen die Debatte dazu) ist zumindest kein primärer Verursacher, sondern allenfalls ein Verfestiger eines Diskurses, der über Jahrzehnte hinweg in die Bevölkerung eingespeist worden ist. Deshalb sollte man ihn durchaus ernst nehmen und seine ökonomistisch und kritisch rationalistischen Befangenheiten entlarven, darüber aber nicht vergessen, dass er nur ein Sprachrohr für das ist, was die mediopolitische Klasse angezettelt hat.

DRR: Vielen Dank für das Gespräch. ■

Gegen die »Brüder«

Das Feindbild Freimaurer als Element rechter Ideologie

Der Glaube an die Freimaurer als Bestandteil einer feindlichen Weltverschwörung zieht sich als roter Faden von rechten Gruppierungen im Kaiserreich über die völkische Bewegung und das »Dritte Reich« bis heute.

Von Lucius Teidelbaum

» Denn die Jesuiten, Erich – und die Maurer, Erich – / und die Radfahrer – die sind schuld an der Marne, Erich – und am Dolchstoß, Erich – / ohne die gäbs keinen Welttumult. / Jeden Freitagabend spielt ein Kapuziner / mit dem Papste Skat – dazu ein Feldrabbiner; / auf dem Tische liegt ein Grand mit Vieren – / dabei tun sie gegen Deutschland konspirieren [...] / Hindenburg wird älter und auch müder [...] / Alles Unheil ist das Werk der Brüder«, so persifliert Tucholsky bereits 1928 in seinem Gedicht »Ludendorff oder der Verfolgungswahn« die unter den Rechtsradikalen der Weimarer Republik verbreiteten Verschwörungsideologien.

Geschichte der Freimaurerfeindlichkeit

In diesem Fall macht sich Tucholsky über den ehemaligen General Erich Ludendorff lustig. Ludendorff und dessen Verein »Tannenbergbund«, ein in der Weimarer Republik zeitweise sehr einflussreicher NSDAP-Konkurrent, machten verschiedene Gruppen für Deutschlands Kriegsniederlage und andere negative Ereignisse verantwortlich. Neben den Jesuiten beziehungsweise der katholischen Kirche und den Juden sahen er und seine Anhänger auch »die Maurer«, also die Freimaurer, als Deutschland-feindlich gesinnte Verschwörungsgruppe an.

Die Freimaurerfeindlichkeit fand ab 1933 vom rechtsradikalen Milieu der Weimarer Republik Eingang in die nationalsozialistische Staatsideologie des »Dritten Reiches«. Es ist meist nur Historikern bekannt, dass der Eintritt in eine NS-Organisation nicht nur eine Erklärung über eine »arische« Abstammung erforderte, sondern auch die Erklärung, nicht Mitglied einer Loge gewesen zu sein.

So heißt es beispielsweise in einer geforderten Erklärung betreffend der Logenzugehörigkeit für Lehrer: »Ich erkläre hiermit unter meinem Diensteid, daß ich einer Freimaurerloge, einer freimaurerlogenähnlichen Organisation oder einer ihr gleichgestellten Organisation [...] nicht angehört habe«.

Nicht nur das Herausfiltern von Freimaurern und ehemaligen Freimaurern aus bestimmten Positionen wurde forciert, es gab auch ein direktes Vorgehen gegen Freimaurerlogen. So gab es im Frühjahr 1934 antimaurerische Ausschreitungen in einigen Städten Deutschlands, zumeist durch SA-Angehörige. Im nationalsozialistischen Deutschland wurden bis 1935 alle Logen verboten und ihr Grundbesitz enteignet. Einige Logenhäuser wurden in Freimaurerlogenmuseen umgewandelt.

Einer der prominentesten Gegner der Freimaurerei innerhalb der NS-Funktionärsriege war Alfred Rosenberg, der bereits 1921 ein Pamphlet mit dem Titel »Das Verbrechen der Freimaurerei« verfasste. In seinem Werk »Der Mythus des 20. Jahrhunderts«, einer Art Bibel für den Nationalsozialismus, schreibt er: »Die neue Lehre der Humanität war die ›Religion‹ der Freimaurer. Diese hat bis auf heute die geistigen Grundlagen einer unversalistisch-abstrakten Bildung abgegeben, den Ausgangspunkt aller ichsüchtigen Glückseligkeiten, sie hat (bereits um 1740) auch das politische Schlagwort der letzten 150 Jahre ›Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit‹ geprägt und die chaotische, völkerzersetzende ›humane‹ Demokratie geboren.«



∧ Symbol der Freimaurer an einem Grabstein

Dabei war die Mehrheit der regulären Freimaurer in Deutschland christlich, nationalkonservativ und stand der Weimarer Demokratie eher fern. Nur eine Minderheit war humanistisch oder gar liberal-demokratisch bis internationalistisch.

Zu diesem Minderheiten-Flügel der deutschen Freimaurerei gehörten auch bekannte Persönlichkeiten wie Kurt Tucholsky oder Gustav Stresemann, die für ihre Mitgliedschaft auch häufig in der völkischen Szene angefeindet wurden.

So versuchten sich viele der eher nationalkonservativen Logen im »Dritten Reich« auch an den neuen Zeitgeist anzupassen, zum Beispiel durch Einführung eines »Arierparagraphen«. Der Reichsbankpräsident und ehemalige Freimaurer Hjalmar Schacht verwendete sich 1935 sogar bei Hitler für seine national eingestellten Brüder, ohne Erfolg.

Antimasonismus (aus dem Englischen; Freimaurerfeindlichkeit) blieb ein wichtiges Element nationalsozialistischer Ideologie. So gab es ein eigenes Freimaurerreferat beim SS-Geheimdienst »Sicherheitsdienst« (SD) und sogar ein eigenes Symbolelement für Freimaurer in der Kennzeichnung der KZ-Häftlinge. Die meisten verfolgten Freimaurer waren aber auch gleichzeitig aus anderen Motiven NS-Gegner, wie zum Beispiel der Publizist Carl von Ossietzky.

Antimasonismus heute

Das Feindbild Freimaurer als Ideologiefragment im Nationalsozialismus fand in der Forschung bisher wenig Beachtung, aber auch das Fortleben dieses Feindbildes beziehungsweise des Antimasonismus in der extremen Rechten wird kaum beachtet.

Dabei ist dieses Feindbild in der Bundesrepublik durchaus bis heute lebendig: Am 2. März 2008 sprach in Köln auf einer Demonstration gegen die Unabhängigkeit des Kosovo vor etwa 400 Serben das NPD-Mitglied Benedikt Frings (bis 2006 war Frings Kreisgeschäftsführer der Kölner NPD). Der Diplom-Psychologe hetzte vor seinen begeisterten Zuhörern nicht nur gegen Juden, sondern auch gegen Freimaurer.

Bei dem Neonazitreffen »Tage deutscher Gemeinschaft« 2009 referierte Marko Schüler zum Thema »Freimaurerei, die geheime Macht«. In einer Einladung zur Herbsttagung der extrem rechten Gruppe »Neue Ordnung« um Meinolf Schönborn Anfang Oktober 2009 heißt es: »Ein Mitglied der Hochfinanz oder Hochgradmaurerei wird dies ganz natürlich ganz anders sehen. Dieses wird aus seiner Sicht die Lage höchst positiv einschätzen, diese Organisationen haben ihre Ziele in jahrhunderte-, ja jahrtausendelangem, zähem Kampf erreicht und sind sich der erfolg-

reich angewandten Mittel sehr bewußt. Ihr Hauptmittel ist die Verschleierung der heutigen Situation und des Weges, der zu dieser geführt hat, also geradeheraus: Die Lüge«.

Der populäre, schriftstellernde und antisemitische Verschwörungsideologe Jan Udo Holey (alias: »Jan van Helsing«) aus Reichenau, dessen ersten beiden Bücher wegen Volksverhetzung verboten wurden, bezieht auch die Freimaurer in sein Weltverschwörungsbild mit ein.

In der Buch-Reihe »Compact«, die zu dem Querfront-Verein »Volksinitiative gegen das internationale Finanzkapital« um den Ex-Linken Jürgen Elsässer gehört, wird das Buch »Freimaurer und Illuminaten« von Jan Gaspard, dem Autor der fiktiven Verschwörungs-Hörspielserie »Offenbarung 23«, mit der markigen Werbung »Dieses Werk wird die Debatte über »Freimaurer und Illuminaten« auf ein neues Niveau heben!« angekündigt.

In dem 2010 im rechts-esoterischen »KOPP-Verlag« (Rottenburg) erschienen Buch mit dem Titel »Logenmord Jörg Haider? Freimaurer und der mysteriöse Tod des Politikers« von Guido Grandt wird der Verkehrsunfall des österreichischen Rechtspopulisten einer Freimaurer-Verschwörung angelastet. Grandt hatte zuvor bereits das Werk »Schwarzbuch Freimaurerei – Geheimpolitik, Staatsterror, Politskandale« im KOPP-Verlag veröffentlicht.

Bei der rechtsklerikalen katholischen Piusbruderschaft findet sich Freimaurerfeindlichkeit von Anfang an. Bereits ihr Gründer, der französische Erzbischof Lefebvre, galt als antifreimaurerisch. Beispielsweise finden sich auf dem der Bruderschaft nahestehenden Internet-Portal »kreuz.net« immer wieder Beiträge mit antifreimaurerischer Stoßrichtung.

Antimasonismus und Antisemitismus

Der Übergang zum Verschwörungsantisemitismus ist fließend. Juden beziehungsweise die entsprechenden antisemitischen Codes für Juden (»Zionisten«, »Ostküste«, »Wallstreet« etc.) werden als ein Teil einer Weltverschwörung konstruiert, in der auch die Freimaurer enthalten sind oder sie sind die wahre Macht im Hintergrund, auch bei den Freimaurern. Bereits das antisemitische Falsifikat der »Protokolle der Weisen von Zion« stellt die Freimaurer als Instrument der »jüdischen Weltverschwörung« dar.

Allerdings ist es zu einfach immer »Freimaurerei« als rechte Chiffre für »das Judentum« zu unterstellen, da häufig in rechten Schriften auch von »Freimaurern und Juden« die Rede ist.

Mit der jüdischen freimaurerähnlichen Organisation »B'nai B'rith« verbindet sich im antisemitischen Weltbild vieler Konspirologen, was sie ohnehin schon immer zu wissen glaubten. Nämlich, dass Juden und Freimaurer eng miteinander verbunden sind und munter an der Weltverschwörung arbeiten. Häufig werden in diese paranoiden Weltbilder auch die Familien der Rothschilds und Rockefellers oder elitäre Organisationen wie Lions-Club und Rotarier noch mit eingearbeitet.

Funktion des Antimasonismus

Das Feindbild Freimaurer ist ein unterschätztes Element im Weltbild von Verschwörungsideologien, die auch stark von der extremen Rechten rezipiert werden. Das verwundert nicht. Die Gegnerschaft der extremen Rechten zu der Freimaurerei liegt in deren humanistischen, pazifistischen und demokratischen Idealen und ihrer überstaatlichen Organisation begründet. Oftmals wird von Gegnern der Freimaurerei zudem eine Verbindung von Kommunismus beziehungsweise Internationalismus und Freimaurerei konstruiert.

Häufig werden in antifreimaurerischen Verschwörungstheorien auch nur die höheren Grade der Freimaurer als die wahren Verantwortlichen angesehen. Dieser sogenannten Hochgradfreimaurerei wird von ihren rechten Gegnern unterstellt, auf Grund ihrer universellen und humanistischen Ideale die »one world« anzustreben. Diese »one world« ist unter Nationalisten das Schreckgespenst einer Welt ohne Staaten und Völker.

Eine spezielle Unterform stellt der christlich motivierte Antimasonismus dar. Fundamentalistische Christen sehen zum Einen in der Freimaurerei einen vermeintlichen Konkurrenz-Kult, obwohl die Freimaurerei de facto nur eine Organisationsform ist. Besonders die katholische Kirche steht der Freimaurerei ablehnend bis feindlich gegenüber und das seit Jahrhunderten.

Zum Anderen sahen antimodernistische und antiaufklärerische Kreise des Klerus in den Freimaurern die Verantwortlichen für eine mit dem Zeitalter der Aufklärung zunehmende Säkularisierung Europas. Bereits im Jahr 1738 wurde von Papst Clemens XII. ein päpstlicher Bannfluch gegen die Freimaurerei erlassen. Bis heute gilt offiziell die Mitgliedschaft in einer Loge als nicht einfach vereinbar mit dem katholischen Glauben.

Im Feindbild Freimaurer verdichtet sich also eine Ablehnung von Liberalismus, Humanismus, Aufklärung sowie teilweise Sozialismus und Säkularisierung. Damit ähnelt der Antimasonismus inhaltlich stark dem Antisemitismus, erweitert aber auch die als verantwortlich und feindlich markierte Personengruppe. Nichtjüdische Personen mit Einfluss beziehungsweise scheinbarem Einfluss sind einfacher zu Geheimmitgliedern der Freimaurer zu machen als zu Juden, was aber auch durchaus bereits vorkam. ■

»EURO-SARRAZIN«

»Die Eurokrise macht uns nationaler«, hofft Dieter Stein, Chefredakteur der »Jungen Freiheit«. Angesichts der Wirtschafts- und Finanzkrise bekommen die »Euro-Skeptiker« Aufschwung, die mit populistischen Forderungen zurück zur D-Mark und zu einem starken Nationalstaat wollen. Für Stein ist die Euro-Krise ein »Mega-Versailles«, eine Politik, die auf die »Ausplünderung unserer Nation über ungebremst steigende Transferzahlungen hinausläuft«. Auch in der FDP sammeln sich »Euro-Skeptiker«. So will der Bundestagsabgeordnete und Autor der rechten Zeitschrift »eigentümlich frei«, Frank Schäffler, eine »Graswurzelbewegung« gegen den Euro initiieren. Die neonazistische »Zuerst!« fragte hoffnungsvoll im Dezember 2010: »Kommt die DM-Partei?« und ernannte den Euro-Gegner und früheren Präsidenten des »Bundesverbandes der Deutschen Industrie«, Hans-Olaf Henkel, zum »Euro-Sarrazin«. Die NPD fordert: »Her mit der D-Mark! Nationale Währungshoheit wieder herstellen!«

SCHEUNGRABER VERURTEILT

Der NS-Kriegsverbrecher Josef Scheungraber ist nun rechtskräftig zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt. Der Bundesgerichtshof hat am 25. Oktober 2010 die Revision des ehemaligen Wehrmachtsoffiziers des Gebirgs-Pionier-Bataillons 818 gegen das Urteil des Landgerichts München vom August 2009 verworfen. Scheungraber war angeklagt, die Ermordung von 14 Zivilisten in Italien 1944 zu verantworten (s. **DRR** Nr. 117). Ein italienisches Gericht hatte ihn bereits vor Jahren verurteilt. Er ist Mitglied des »Kameradenkreises der Gebirgstruppe e. V.«. Die »Nationalzeitung« lässt in in einem umfangreichen Artikel die beiden Verteidiger Scheungrabers, Dr. Klaus Goebel und Christian Stünkel, zu Wort kommen. Diese kritisieren das Urteil gegen ihren Mandanten und kündigen rechtliche Schritte gegen die Vollstreckung des Urteils an.

HAJO HERMANN TOT

Am 5. November 2010 starb in Düsseldorf der Altnazi, Rechtsanwalt und ehemalige Wehrmachtsoberst Hajo Hermann. Der hochdekorierte Kampfflieger galt den Nazis aufgrund seiner Einsätze im spanischen Bürgerkrieg in der »Legion Condor« und während des Zweiten Weltkriegs als Held. In der Bundesrepublik verteidigte er als Anwalt zahlreiche Alt- und Neonazis sowie Holocaustleugner. Als Redner trat er bis kurz vor seinem Tod bei Veranstaltungen von NPD und DVU auf und veröffentlichte geschichtsklitternde Bücher über den Zweiten Weltkrieg. 2004 verlieh ihm die neonazistische »Gesellschaft für freie Publizistik« die »Ulrich von Hutten-Medaille«.

Ein paar Skandälchen zuviel

Die »Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung«

Nach scharfer Kritik tritt die »Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung« mit einem neuen »Eckpunktepapier« und einem neuen wissenschaftlichen Beraterkreis an die Öffentlichkeit.

Von Jörg Kronauer

Der Rüffel für Manfred Kittel war harsch. Fast zwei Jahre nach ihrer förmlichen Errichtung am 30. Dezember 2008 sei die von ihm geleitete »Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung« (SFVV) »noch immer nicht mit einem schlüssigen Gesamtkonzept an die Öffentlichkeit getreten«, schrieben mehrere prominente WissenschaftlerInnen in einem am 9. September 2010 veröffentlichten Papier. »Eine konzeptionelle Auseinandersetzung« um die Arbeit der Stiftung finde schon gleich gar nicht statt. Stattdessen mache die Organisation auf andere Weise von sich reden – durch Rücktritte verärgerter Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats, durch die Berufung heftig umstrittener »Vertriebenen«-Funktionäre in den Stiftungsrat »und Ähnliches«. So könne es nicht weitergehen, zumal das zentrale Projekt der Stiftung, eine »museale Gedenkstätte«, ja schließlich höchst »weit reichende Wirkungen als Dokumentations- und Lernort über Flucht und Vertreibung erzielen wird«. Der Rüffel für Kittel saß: Das Papier wurde ausdrücklich von den Vorsitzenden zweier Kommissionen gebilligt, die für die Beziehungen des deutschen Establishments zu den Eliten der östlichen Nachbarstaaten eine nicht unbedeutende Rolle spielen – der Deutsch-Tschechischen und Deutsch-Slowakischen Historikerkommission und der Deutsch-Polnischen Schulbuchkommission.

Die »Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung« hat in der Tat in den knapp zwei Jahren ihres Bestehens vor allem durch Ärgernisse und Skandälchen von sich reden gemacht. Ihre Aufgabe besteht eigentlich laut Satzung darin, »im Geiste der Versöhnung die Erinnerung und das Gedenken an Flucht und Vertreibung im 20. Jahrhundert« wachzuhalten. Dazu soll sie im »Deutschlandhaus« nahe dem Anhalter Bahnhof in Berlin eine Dauerausstellung einrichten, die die Umsiedlung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg sowie weitere Fälle von Umsiedlung oder Vertreibung darstellen soll. Ergänzend ist die Gründung eines Dokumentations- und Informationszentrums zum selben Thema vorgesehen. Das Projekt geht auf die Forderung des »Bundes der Vertriebenen« (BdV) aus dem Jahr 1999 zurück, ein »Zentrum gegen Vertreibungen« zu etablieren, um das »Unrecht der Vertreibung« (BdV-Chefin Erika Steinbach) im Gedächtnis der kommenden Generationen zu verankern. Die These, die Umsiedlung sei »Unrecht« im juristischen Sinne gewesen, soll denn auch nach dem Willen des BdV, der parallel noch seine eigene »Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen« unterhält, in der Arbeit der staatlichen Stiftung zum Ausdruck kommen.

Innere Auseinandersetzungen

Genau genommen begann der Ärger schon mit der Bestellung des Stiftungsdirektors Kittel. Dass die Stiftung von den östlichen Nachbarstaaten genauestens beobachtet werden würde, war von Anfang an klar: Die BdV-These, die Umsiedlung der Deutschen sei »Unrecht« gewesen, entspricht zwar der Rechtsauffassung der Bundesrepublik, nicht aber der herrschenden Meinung im Ausland: Dort wird gewöhnlich – und völlig zu Recht – darauf hingewiesen, die Umsiedlung sei im Potsdamer Abkommen völkerrechtlich korrekt und mit guten Gründen beschlossen worden. Dass zum Direktor einer außenpolitisch heiklen Stiftung nun gerade jemand benannt wurde, dessen wissenschaftliches Erstlingswerk in der liberalen Presse als »Produkt jungkonservativer Geschichtsrevision« eingestuft worden war, war schon einigermaßen provokant. Manfred Kittel hatte sein Werk »Die Legende von der ›Zweiten Schuld‹«, in der er die These vertrat, die NS-Verbrechen seien in der Adenauer-Zeit umfassend und hinreichend aufgearbeitet worden, 1993 im »Ullstein-Verlag« herausgebracht, als dort der Nationalliberale Rainer Zitelmann als Cheflektor die Publikationen betreute. In der offiziellen Publikationsliste des Stiftungsdirektors wird die Schrift – immerhin Kittels Dissertation – bis heute verschwiegen.

Kittel gelang es tatsächlich, die Stiftung, trotz ausbleibender konzeptioneller Aktivitäten, in der Öffentlichkeit zu halten. Ein Jahr nach der Gründung, im Dezember 2009, hatte er es endlich geschafft, den wissenschaftlichen Beraterkreis zum ersten Mal zusammenzurufen. Immerhin drei nicht-deutsche WissenschaftlerInnen waren dabei. Einer von ihnen, Tomasz Szarota, langjähriger Mitarbeiter am »Historischen Institut« der Polnischen »Akademie der Wissenschaften« in Warschau, warf nach der Sitzung empört das Handtuch. »Da sitzt kein einziger Forscher«, berichtete er verärgert über die deutschen Mitglieder des Gremiums, »der sich kritisch mit dem verqueren Geschichtsbild, den überhöhten Opferzahlen oder der braunen Vergangenheit vieler BdV-Funktionäre beschäftigen würde.« Vielmehr seien die meisten auch im »Wissenschaftlichen Beirat« der BdV-Konkurrenz »Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen« aktiv. »Es ist einfach so: Die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung ist ein Klon des Zentrums gegen Vertreibungen«, urteilte Szarota. Wenig später zog sich auch die tschechische Historikerin Kristina Kaiserová aus dem Beraterkreis zurück. Was in öffentlichen Äußerungen dessen Mitglieder zum Ausdruck komme, entspreche »nicht ihrer Vorstellung eines korrekten Umgangs mit der Geschichte«, begründete Kaiserová ihren Schritt.

Negativschlagzeilen

Indirekt geriet die Stiftung durch Kittels Aktivitäten im Februar 2010 in die Schlagzeilen. Damals berichtete die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« (FAZ), der Stiftungsdirektor habe beim Münchner »Institut für Zeitgeschichte« die Erstellung einer vom Bundesinnenministerium mit 13.000 Euro finanzierten »Machbarkeitsstudie« koordiniert, die die NS-Vergangenheit früherer BdV-Funktionäre erforschen sollte. Die Ergebnisse, die ein gewisser Matthias Lempart zusammengetragen hatte, trieben selbst dem Autor der konservativen »Frankfurter Allgemeinen« die Zornesröte auf die Stirn. Lempart habe sich nicht in der Lage gesehen herauszufinden, ob ein in Massenmorde involvierter SS-Obersturmführer »auch innerlich nationalsozialistisch ausgerichtet« gewesen sei [...], hieß es pikiert in der FAZ: »Auf solcher Grundlage ließe sich wohl auch die nationalsozialistische Grundüberzeugung Heinrich Himmlers in Zweifel ziehen.« Kittel suchte sich herauszureden, er habe nur »technisch koordinierend« mit der »Machbarkeitsstudie« zu tun gehabt. Das Institut für Zeitgeschichte wies das zurück: »Einen Unterschied zwischen ›technischer‹ und ›inhaltlicher‹ Projektbetreuung machen wir nicht.«

Als im Sommer 2010 auch noch bekannt wurde, dass vom BdV entsandte Stiftungsratsmitglieder revisionistische Thesen vertraten, die zumindest suggerierten, Polen habe eine Mitschuld am Zweiten Weltkrieg, da war für viele das Maß nicht nur voll, sondern übergelaufen. Der »Zentralrat der Juden« gab Anfang September bekannt, er lasse seine Mitarbeit im Stiftungsrat ruhen. Ziemlich wütend reagierten auch HistorikerInnen aus dem Umfeld der genannten deutsch-tschechisch-slowakischen und



^ SPD will auch mit Vertriebenen punkten: Empfang für Heimatvertriebene 2010 bei der SPD Bayern, Manfred Kittel (erste Reihe, 2.v.r.) als Hauptgastredner

deutsch-polnischen Kommissionen, die die Peinlichkeiten des Herrn Kittel nicht länger kommentarlos mit anzusehen bereit waren. Am 9. September schließlich traten einige prominente WissenschaftlerInnen mit dem eingangs zitierten Papier an die Öffentlichkeit, übten herbe Kritik und legten eigene Gedanken für eine Neukonzeption vor.

Forderung nach Neukonzeption

»Zwei sehr einfache Grundanforderungen« müsse die künftige Ausstellung erfüllen, heißt es in dem Papier: Sie »muss deutlich zeigen, welche Politik zu den Vertreibungen« der Deutschen geführt habe, und »sie muss den kategorialen Unterschied zwischen den Vertreibungen und den systematisch betriebenen Massenmorden an Juden und anderen Gruppen deutlich machen«. Die Stiftung gehe, »wie jüngste Äußerungen ihres Direktors zeigen, offensichtlich einen anderen Weg«. Da würden – ganz wie beim BdV – »sehr verschiedene Vertreibungen mit unterschiedlichen Gewalterfahrungen und politischen Hintergründen auf einen Nenner« gebracht; als dieser Nenner gelte »die anonyme Macht des zu ethnischer Homogenität drängenden Nationalismus«. Damit aber blende man »wesentliche Unterschiede systematisch aus: Die rassenbiologisch begründeten, mit Vernichtungswillen gepaarten Umsiedlungen des Generalplans Ost sind nicht auf derselben Ebene zu verhandeln wie die gewaltsamen, aber eben nicht mit einer umfassenden Vernichtungsabsicht verbundenen Vertreibungen der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg«. Schließlich sei bei den »Vertreibungen« der Deutschen aus Osteuropa auch in Rechnung zu stellen, dass »die sechsjährige Erfahrung mit entgrenzter Kriegsgewalt« die betroffene Bevölkerung nicht gerade friedlich gestimmt habe. »Die vom nationalsozialistischen Regime propagierte und praktizierte Politik ›ethnischer Homogenisierung‹« habe eben auch unter ihren Opfern die Bereitschaft zu einer »möglichen gewalthaften ›Lösung‹« gestärkt.

Neuanfang?

Irgendwer muss Manfred Kittel klargemacht haben, dass es wirklich nicht mehr weitergehe wie bisher. Im November 2010 wurde ein neuer wissenschaftlicher Beraterkreis benannt, in dem der Einfluss des »Wissenschaftlichen Beirats« der BdV-Stiftung deutlich zurückgedrängt ist. Dafür sind wieder mehrere nichtdeutsche WissenschaftlerInnen vertreten – aus Polen, Ungarn, den USA und der Schweiz. Auch der Direktor des »Fritz-Bauer-Instituts«, Raphael Gross, gehört dem Gremium an. Zudem hat Kittel wenige Wochen nach dem Rüffel vom 9. September öffentlich ein »Eckpunktepapier« vorgestellt, das zumindest Elemente einer Grundkonzeption enthält. Dieses aber stimmt nicht gerade hoffnungsvoll. Zwar scheint die Kritik zumindest teilweise verbal einbezogen worden zu sein. Wieso aber – beispielsweise – soll die Ausstellung zunächst Emotionen erwecken, bevor sie Inhalte vermittelt? »Der Prolog«, heißt es in dem »Eckpunktepapier«, »soll den Besucher zu Beginn der Ausstellung auf das Thema Flucht, Vertreibung und Heimatverlust durch Erlebnisschilderungen einstimmen, die aus der Sicht der Betroffenen die häufig dramatischen Ereignisse wiedergeben.« Wenn die Opferperspektive alles dominiert, wie soll dann überhaupt die Tatsache angemessen vermittelt werden, dass zahlreiche Deutsche, die Opfer der Umsiedlung wurden, zuvor an der deutschen Vernichtungspolitik als Täter partizipierten oder zumindest als Mitläufer von ihr profitierten?

Kritik

Selbst wenn sich die Position derjenigen WissenschaftlerInnen durchsetzen würde, die in ihrem Papier vom 9. September 2010 die bisherige Stiftungsarbeit scharf kritisierten, gäbe die Ausstellung dennoch politischen Revisionsinteressen großen Raum. Denn auch wenn die Unterschiede zwischen der Umsiedlung der Deutschen und der deutschen Vernichtungspolitik deutlich herausgestellt werden – es bleibt, dass die Umsiedlungspolitik in einen Rahmen mit anderen Vorgängen gestellt wird, die explizit oder implizit als Unrecht bezeichnet werden müssen. Genau dies aber trifft ja – aus juristischer Sicht – auf die Umsiedlung der Deutschen nur aus Sicht des BdV und des deutschen Staates zu, während sie tatsächlich eine im »Potsdamer Abkommen« legitimierte Reaktion auf die historisch einmaligen deutschen Verbrechen war. Das Bewusstsein dafür verwischt auch eine Ausstellung im »Deutschlandhaus«, die ansonsten zumindest halbwegs dem aktuellen Stand der Geschichtswissenschaft entspräche. ■

Pressefreiheit ade!

Gleichschaltung der Medien in Ungarn

Seit dem 1. Januar 2011 ist die ungarische – antidemokratische – Regierung Ratspräsident der »Europäischen Union«. 11 Tage zuvor hat sie ein neues Mediengesetz erlassen, das die Pressefreiheit faktisch abschafft.

Von Janosz Malterik

» Erstmals in der 60-jährigen Geschichte der EG/EU steht am Anfang einer Ratspräsidentschaft ein Rechtsbruch: Die christdemokratisch-konservative Regierung von Viktor Orbán hat im ungarischen Parlament ein Mediengesetz verabschieden lassen, welches die Pressefreiheit vom 1. Januar 2011 an faktisch abschafft. Nach der Gleichschaltung der öffentlich-rechtlichen Medien 2010 werden jetzt auch die Privaten einer strikten staatlichen Kontrolle unterstellt«, konstatierte Axel Schäfer, der als EU-Parlamentarier in den 1990er Jahren Sprecher der Fraktion der »Sozialdemokratischen Partei Europas« im »Europäischen Parlament« war und seit 2005 Sprecher der SPD-Fraktionsarbeitsgruppe »Angelegenheiten der Europäischen Union« im »Deutschen Bundestag« ist. Und da die »Fidesz-Bürgerunion« (Fidesz-MPSZ) zur Christdemokratischen Parteifamilie in Europa, der »Europäischen Volkspartei« (EVP), gehört, fordert Schäfer Angela Merkel, José Manuel Durão Barroso und Herman Van Rompuy auf, als politische Führung der EU ihre Verantwortung wahrzunehmen. Ihr langes Schweigen und vor allem die Erklärung von Van Rompuy vom 20. Dezember 2010, er werde aus Budapest »mit einem ausgezeichneten Eindruck nach Brüssel zurückkehren«, werfe die Frage nach der »politischen Kumpanei unter den Mitte-Rechts-Parteien« auf.



^ An der Spitze des Medienrates: Annamaria Szalai

Der Anlass

An jenem 20. Dezember 2010 wurde im ungarischen Parlament ein neues Mediengesetz verabschiedet. Da die Regierungskoalition von Viktor Orbán über eine Zweidrittel-Mehrheit verfügt, verklangen die wenigen Gegenstimmen der linken Opposition beinahe ungehört. Linksliberale sind in der Tat seit vielen Jahren verbittert darüber, mit welchem Rückenwind die EVP und die bürgerlichen Stiftungen in Ungarn zum Rechtsschub beitragen. Diese neue Norm, die die OSZE Beauftragte Dunja Milatovic unlängst mit Gesetzen totalitärer Regimes wie Kasachstan verglich, ist das Ergebnis eines stetigen und andauernden Rechtsrucks in Ungarn.

Bereits kurz nach dem Regierungsantritt Orbáns im April 2010 wurde die ungarische Nachrichtenagentur »Magyar Távirati Iroda« (MTI) mit den drei öffentlich-rechtlichen Medien, dem ungarischen Radio, dem ungarischen Fernsehen und dem Duna Fernsehen (für die Auslandsmagyaren) zusammengelegt und in einer neuen Stiftung direkt dem Parlament unterstellt. Die Spitze der Stiftung wurde mit einem Fidesz-Mitglied besetzt.

Die nun durch das neue Mediengesetz geschaffene »Nationale Medien- und Nachrichtenbehörde« (NMHH) soll nun die privaten Medien an die »Kette der Regierung legen«. Erste Präsidentin wurde die Parteifreundin Annamaria Szalai, eine frühere Chefredakteurin der Sexillustrierten »Miami Press«.

Ziel

Die Medienbehörde soll darüber wachen, dass die Berichterstattung »vielseitig, zeitgemäß, faktisch, objektiv und ausgeglichen« ist. Doch dies sind alles unbestimmte Rechtsbegriffe, die bereits im alten Mediengesetz schwer auszulegen waren. Unter der neuen Konstellation lädt die Formulierung nun zur willkürlichen Anwendung ein. Die Behörde soll ferner den Schutz von Personen, Nationen, Ethnien oder Minderheiten gewährleisten – doch ist auch diese Formulierung im Gesetz so weit gefasst, dass beispielsweise ein regierungskritisches Medium schon gegen diese Bestimmung verstoßen könnte. Da die Regierung aber die Leitung der neuen Medienbehörde ernennt und in der Vergangenheit bereits den Medienrat und andere wichtige Positionen mit Parteigetreuen besetzt hat, liegt die Vermutung mehr als nahe, dass die Behörde als verlängerter Arm der Regierung fungieren soll. Und damit daran auch nach einer etwaigen Abwahl so schnell nichts geändert werden kann, wurden die Präsidentin und ihre MitarbeiterInnen auf den wichtigsten Posten für neun Jahre ernannt.

Besonders einschneidend ist allerdings, so die Kritik der Medienrechtler, dass mit dem neuen Mediengesetz nicht nur wie bisher die öffentlich-rechtlichen Medien, sondern auch die private Presse und die Online-Textportale vom Staat kontrolliert würden. Seitdem die Zensur des Realsozialismus abgeschafft worden war, ist die neue Behörde die erste, bei der wieder alles unter einer Kontrollinstanz gebündelt wird. Kritiker betonen, dass das offensichtliche Ziel des Gesetzes die Beschneidung der Pressefreiheit, die Machtsicherung der Behörde und die Verschleierung von Pflichten ist. Passend dazu ist die ungarische Nachrichtenagentur »Magyar Távirati Iroda« (MTI) zum zentralen Nachrichtenlieferanten ernannt worden. Ihre Leistungen sind unentgeltlich und werden staatlich subventioniert. Andere Nachrichtendienste werden damit benachteiligt. Unabhängige ausländische Medienbeobachter betonten jüngst, MTI verfälsche die Nachrichten im Sinne der Regierung; so würde beispielsweise die internationale Kritik am neuen Mediengesetz zu einem großen Teil verschwiegen.

Vorgeblich gegen Rechtsradikale

Die Medienbehörde und die Regierung betonen immer wieder, das neue Mediengesetz sei deshalb wichtig, weil mit seiner Hilfe gegen rechtsradikale Internetportale wie beispielsweise »Kuruc-info« vorgegangen werden könne. Doch diese Seite liegt auf einem ausländischen Server und bleibt vom neuen Gesetz unberührt. Zudem ist anzunehmen, dass die Regierung von Viktor Orbán eher gegen kritische, linksliberale Medien vorgehen wird als gegen rechtes Gedankengut – eine nicht unbegründete Vermutung: Vor kurzem wurde Gergely Koltay zum Chefredakteur des öffentlich-rechtlichen „Petöfi Rádió" ernannt. Koltay ist Mitglied des antisemitischen Motorradclubs „Goj Motorosok" – „goj" ist hebräisch und eine Bezeichnung für Nichtjuden. ■

Gestärkt

Die »Tea Party«-Bewegung gewinnt an Macht

Die »Tea Party«-Bewegung konnte in den USA im Jahr 2010 an politischem Einfluss gewinnen. Insgesamt 40 ihrer KandidatInnen zogen in den Senat und das Repräsentantenhaus ein. Zudem bekommt die Bewegung Unterstützung von Abgeordneten der »Republican Party« (Republikanischen Partei). Doch nach der Wahl wurden auch die internen Streitigkeiten über die zukünftige Politik der »Tea Parties« immer heftiger.

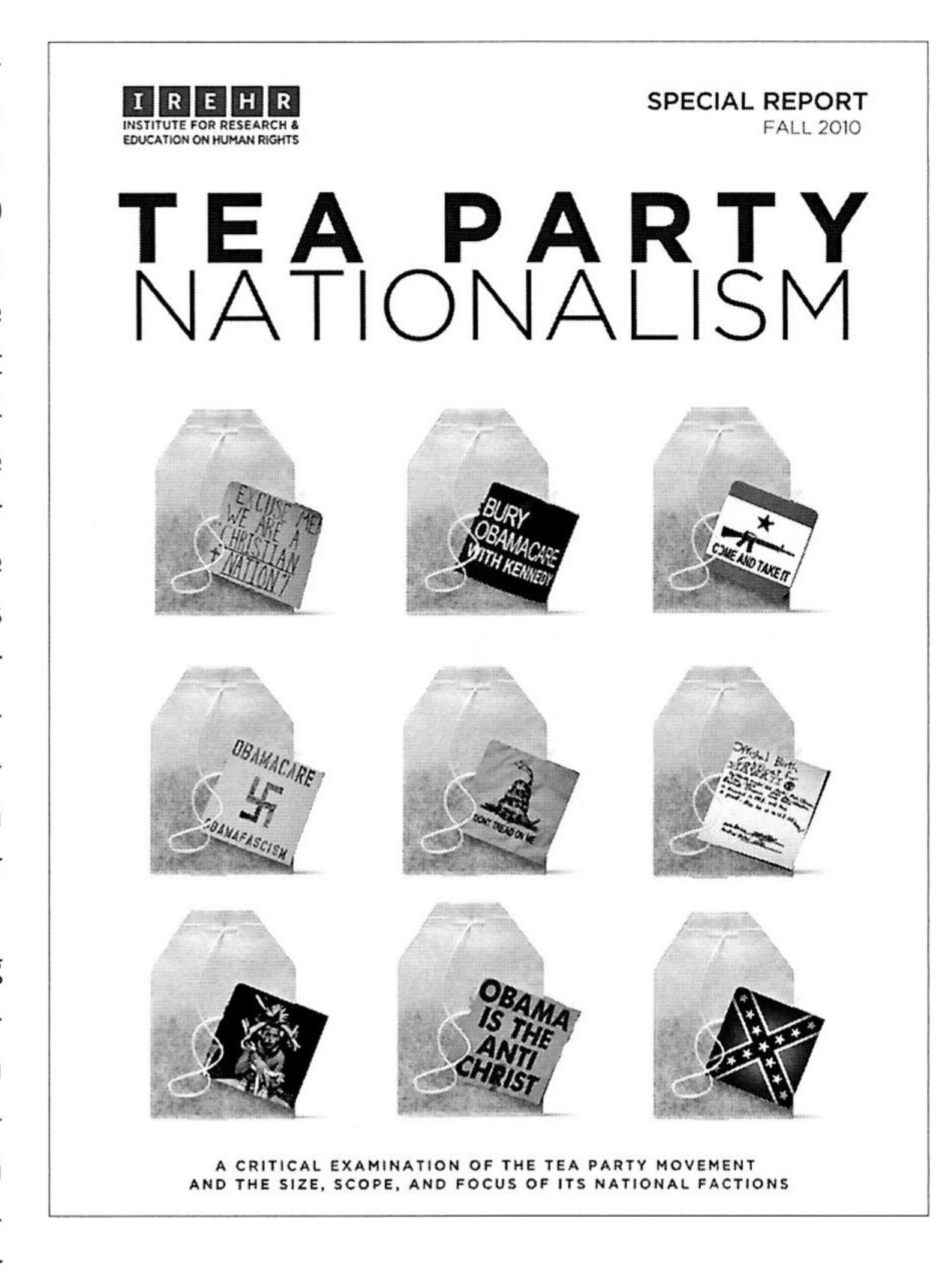
Von Devin Burghart und Leonard Zeskind [IREHR, Antifa-Net]

160.714 feste Mitglieder zählte das «Institute for Research & Education on Human Rights« (IREHR) bereits im Februar 2010 innerhalb der sechs großen »Tea Party«-Netzwerke. Bis zum Ende des Jahres kamen 80 Prozent neue hinzu, das bedeutet 289.704 Mitglieder. Entsprechend stieg die Zahl der SympathisantInnen in der Bevölkerung. Laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts »Pew Center« vom November 2010, sagen 64 Prozent der Anhänger der konservativen »Republican Party« (Republikanischen Partei) von sich, dass sie mit der »Tea Party« »übereinstimmen«.

Die Macht dieser Bewegung zeigte sich auch bei den vergangenen Kongresswahlen im November 2010. Laut der NBC-Reporterin Alexandra Moe traten dabei insgesamt 140 KandidatInnen mit unterschiedlich starker Unterstützung für die »Tea Parties« an – doch nur 40 KandidatInnen wurden gewählt. Eine unbekannte Zahl von Unterstützern dieses rechten Netzwerkes kandidierte zudem für kommunale und landesweite Ämter. Dabei konnten sie auf die Hilfe und Gelder von Mitgliedern und SympathisantInnen der Bewegung bauen.

Kritik

Gegenwind bekam die Bewegung im Juli 2010 von der »National Association for the Advancement of Colored People« (NAACP), die auf ihrer Hauptversammlung eine Resolution gegen den herrschenden Rassismus innerhalb der »Tea Parties« verabschiedete. Die NAACP stellte zwar auch gleichzeitig fest, dass nicht alle »Tea Party«-Mitglieder RassistInnen seien, aber die Kritik der ältesten und größten Bürgerrechtsorganisation der USA veranlasste auch andere Anti-RassistInnen, sich gegen die Bewegung zu positionieren.



Abgeordnete rekrutiert

Die Stärke der Bewegung besteht darin, dass sie es geschafft hat, AnhängerInnen in den Reihen der gewählten RepublikanerInnen für sich zu gewinnen. Diese haben seit der Wahl im November 2010 eine große Mehrheit im Repräsentantenhaus sowie Mehrheiten in bundesweiten und kommunalen Parlamenten. Einer dieser erfolgreichen Bewerber ist der Republikaner Steve King aus Iowa, der in Zukunft im Unterausschuss für Immigration sitzen wird. Er versprach ein Gesetz durchbringen zu wollen, welches verhindern soll, dass Kinder illegaler EinwanderInnen, die in den USA geboren wurden, automatisch US-BürgerInnen werden. Dabei ist das Anrecht auf die Staatsbürgerschaft durch Geburt in den USA bereits seit dem amerikanischen Bürgerkrieg ein Grundpfeiler der Verfassung. Damit sollte sichergestellt werden, dass die befreiten Sklaven die Staatsbürgerschaft erhalten. Kings Bemühungen, diesen Teil der Verfassung wieder rückgängig zu machen, werden auf erhebliche Gegenwehr stoßen.

Grabenkämpfe

Nicht alle Kämpfe wurden jedoch draußen an der Wahlurne und im Kapitol (Sitz des Kongresses) geführt, sondern auch innerhalb der »Tea Party«-Bewegung. Ende 2010 begannen offene Grabenkämpfe zwischen den »Tea Party Patriots« und Dick Armeys »FreedomWorks Tea Party« auf der einen Seite und der »Tea Party Nation« sowie »ResistNet« auf der anderen Seite. Erstere wollen die Interessen der »Tea Party« auf die Finanz- und Haushaltspolitik beschränken, Letztere die sogenannten sozialpolitischen Themen stärker auf die Tagesordnung setzen. Für das Lager der »Tea Party Nation« und »ResistNet« ist die Beschränkung des Wahlrechts und die Drosselung der Immigration genauso wichtig wie die Senkung der Steuern und der Ausgleich der Staatsschulden.

Diese innere Zerrissenheit der Bewegung wurde erstmals Ende November gut sichtbar, als 180 Tea Party Gruppen und einzelne AktivistInnen einen Brief der »Tea Party Nation« an die AnführerInnen der Republikaner unterschrieben. In diesem forderten sie von den RepublikanerInnen, die Ablehnung gleichgeschlechtlicher Ehepaare sowie politische Maßnahmen gegen Immigration und Abtreibung auf ihre Agenda für 2011 zu setzen. Darauf antworteten fast augenblicklich die Gruppe »FreedomWorks« sowie Mitglieder anderer »Tea Parties« mit einer Radiosendung im Internet, gerichtet an die AutorInnen des Briefes. Nach einem endlosen Monolog, warum man sich von sozialen Themen fernhalten sollte, hieß es: »Wenn ihr das macht, dann wird dies das Ende der Bewegung bedeuten – letztendlich.« Die Antwort darauf wiederum fokussierte sich auf die Führungsfigur von »FreedomWorks«, Dick Armey, ein ehemaliger Kongressmann aus Texas. Die nationale Chefin von »ResistNet«, Darla Dawald, schrieb einen Artikel, in dem sie harte Kritik an Armey übte: »Dick Armey versucht sich selbst neu zu erfinden, als Führer und Stimme der ›Tea Party‹-Bewegung. Es ist eine ernsthafte Gefahr, wenn von einem Politiker des alten Establishment versucht wird, unsere Bewegung zu übernehmen, wie im Falle von Dick Armey.«

Scheinbar hat der Aufstieg der »Tea Parties« sowie deren neue Stärke im Kongress, den Teil der Bewegung gestärkt, der radikaler ist als die alte Führerschaft der Republikanischen Partei. Der Kampf um die Zukunft der »Tea Party«-Bewegung hat gerade erst begonnen. ■

Fest im Sattel

Italiens Rechtsregierung bleibt im Amt

Silvio Berlusconi bleibt Regierungschef. Mit knapper Mehrheit überstand seine Rechtsregierung am 14. Dezember 2010 mehrere Vertrauensabstimmungen. Beobachter vermuten, Italiens Premier habe mit Geld und dem Versprechen auf lukrative Posten nachgeholfen.

Von Carsten Hübner

Das Votum der Abgeordnetenkammer war hauchdünn. Nach hitziger Debatte scheiterten zwei Misstrauensanträge der Opposition gegen Ministerpräsident Silvio Berlusconi mit 314 zu 311 Stimmen. Zwei der 630 Parlamentarier enthielten sich, drei waren der Sitzung fern geblieben. Zwischenzeitlich musste die Abstimmung wegen Tumulten unterbrochen werden. Nur das Eingreifen von Saalordnern verhinderte eine Prügelei. Bei der am selben Tag stattfindenden und von Berlusconi beantragten Vertrauensabstimmung im »Senato della Repubblica« war das Ergebnis hingegen eindeutig. Die Abgeordneten der zweiten Kammer des Parlaments entschieden sich klar für den amtierenden Premier.



Ex-Faschist

Besonders gereizt war die Stimmung zwischen den Abgeordneten der Berlusconi-Partei »Popolo della Libertà« (PdL; »Volk der Freiheit«) und den Mitgliedern der neu konstituierten Rechtsfraktion »Futuro e Libertà per l'Italia« (FLI; »Zukunft und Freiheit für Italien«) um Abgeordnetenhauspräsident Gianfranco Fini. Fini war Vorsitzender der postfaschistischen »Alleanza Nazionale« (AN; »Nationale Allianz«), Gründungsmitglied der PdL und langjähriger Weggefährte Berlusconis und im Juli 2010 aufgrund anhaltender öffentlicher Kritik am Führungsstil und den sexuellen Eskapaden des Ministerpräsidenten aus der gemeinsamen Partei ausgeschlossen worden. Er bildete daraufhin die FLI, die in der Abgeordnetenkammer zunächst aus 36 und im Senat aus 10 Parlamentariern bestand. Die der FLI nahestehenden Minister verließen am 15. November 2010 die Regierung.

Die »Finiani«, wie die Mitglieder der FLI-Fraktion genannt werden, setzen sich zum einen zusammen aus Gefolgsleuten Finis aus Zeiten der AN und deren faschistischer Vorgängerpartei »Movimento Sociale Italiano« (MSI; »Italienische Sozialbewegung«). Einen zweiten, den sogenannten moderaten Flügel, bilden ehemalige Mitglieder der »Partito Socialista Italiano« (PSI; »Sozialistische Partei Italiens«) und der sozialliberalen »Partito Radicale« (PR; »Radikale Partei«), die bei der letzten Wahl auf den Listen der PdL kandidierten.

Sieg für Berlusconi

Der Ausgang der Vertrauensabstimmungen ist ein deutlicherer Sieg für Berlusconi, als es das knappe Abstimmungsergebnis in der Abgeordnetenkammer nahelegt. Zum einen agiert die demokratische Opposition weiterhin hilflos und aus einer Situation der Schwäche heraus. Ihr Plan, Berlusconi über den im November gestellten gemeinsamen Misstrauensantrag der sozialdemokratischen »Partito Democratico« (PD; »Demokratische Partei«) und der liberalen Partei »Italia dei Valori - Lista Di Pietro« (IdV; »Italien der Werte - Liste Di Pietro«) beziehungsweise über den im Dezember nachgeschobenen Antrag der »Unione dei Democratici Cristiani e Democratici di Centro« (UDC; »Union der Christdemokraten und Zentrumsdemokraten«) aus dem Amt zu jagen, ist gescheitert. Viel verheerender wirkte in der Öffentlichkeit die Ankündigung, man strebe nach einer Niederlage Berlusconis nicht etwa Neuwahlen an, sondern plane stattdessen, aus den eigenen Reihen heraus eine neue Regierungsmehrheit zu formieren. Im Gegensatz dazu sprechen sich Berlusconis PdL und ihr extrem rechter Koalitionspartner »Lega Nord« (LN; »Liga des Nordens«) dezidiert für einen vorgezogenen Urnengang im Frühjahr 2011 aus, wollen sich also dem Votum der Bürger stellen. Mit Blick auf den desolaten Zustand der Opposition und die aktuellen Wahlumfragen ist das ein geschickter Schachzug.

Zum zweiten hat der Anfang Dezember 2010 unter Federführung von Fini aus der Taufe gehobene Zentrumsblock aus FLI, UDC und der »Alleanza per l'Italia« (API; »Allianz für Italien«) des ehemaligen Bürgermeisters von Rom, Francesco Rutelli, bereits seine erste herbe Niederlage einstecken müssen. Ziel des Zusammenschlusses ist es eigentlich, den Mitte-Rechts-Wählern eine attraktive Alternative zu Berlusconi zu bieten. Das überraschende Ausscheren der drei »Finiani« Silvano Moffa, Maria Grazia Siliquini und Catia Polidori bei den Misstrauensabstimmungen in der Abgeordnetenkammer hat jedoch gezeigt, wie fragil und unberechenbar die neue Formation derzeit ist.

Stabile Regierung

Berlusconi hingegen konnte sich in der für ihn bisher schwersten Krise als der Macht- und Erfolgsmensch profilieren, als der er von einem Gros der italienischen Wähler seit vielen Jahren geschätzt wird. Und das, obwohl er – oder vielleicht gerade weil er – dabei auch auf Mittel wie Bestechung oder Korruption zurückgreift, ohne sich um den empörten Aufschrei eines Teils der Öffentlichkeit zu scheren. Mit Blick auf die bevorstehenden Neuwahlen ist fraglich, ob eine Ablösung von Berlusconis Koalition realistisch ist. Die extrem rechte »Lega Nord« konnte in den zurückliegenden Monaten ihren Zuspruch insbesondere in Norditalien ausbauen und liegt weit im zweistelligen Bereich. Sie setzt vor allem auf unverhohlen antiislamische und rassistische Parolen. Gleichzeitig ist Berlusconis rechte PdL trotz der Krise und den Skandalen ihres Vorsitzenden bei Umfragen mit Abstand die stärkste Partei. Der Opposition fehlt eine überzeugende Führungsfigur, die es nicht nur mit dem Populisten Berlusconi aufnehmen, sondern auch das zersplitterte demokratische Lager zusammenführen kann. Italiens Rechte sitzt trotz aller Turbulenzen fest im Sattel. ■





^^ Pierre Cassen bei einer Kundgebung
^ Marine Le Pen

»Frankreich ist besetzt«

Anti-Islamisierungskongress in Paris

Es geht nichts über einen gemeinsamen Feind, um unter Leuten, die sonst mutmaßlich nicht sehr viel miteinander gemeinsam hätten, etwas »Verbindendes« zu stiften. Oder was sonst hätten eine historische Feministin, einzelne Kabylen (nordafrikanische Berber) und rechtsorientierte Juden, rechtsradikale Fußballhooligans mit Schals vom Pariser Club PSG und ein neofaschistischer Präsidentschaftskandidat miteinander gemeinsam? Die Feinddefinition lautet: Die Moslems »überfremden«, »besetzen«, »überschwemmen« uns, sie »nehmen uns Arbeitsplätze weg«, sind an der Kriminalität »schuld« – und überhaupt.

Von Bernard Schmid

Der »Kongress gegen die Islamisierung unserer Länder« am 18. Dezember 2010 im 12. Stadtbezirk von Paris zog rund 1.000 BesucherInnen aus halb Europa an, zuzüglich Gastredner aus Russland und den USA. Verpflegt wurden die Anwesenden, die für Eintritt und Mittagessen 15,- Euro zu berappen hatten, mit Schweineschinken-Sandwichs und Rotwein von der rechtsradikalen Vereinigung »Solidarité des Français« (SDF). Diese Satellitenstruktur des »Bloc identitaire« (s. **DRR** Nr. 127), einer aktivistischen neofaschistischen Organisation, machte in den letzten Jahren durch ihre »Schweinesuppe« – »la soupe au cochon« – von sich reden: Es handelt sich um eine Armenspeisung, die sie jeden Winter Pariser Obdachlosen anbietet. Ihr Speiseangebot indes schließt von vornhinein sowohl Moslems als auch Juden aus, insofern diese ihrer Religion nicht abgeschworen haben. Französische Gerichte haben diese »Provokation« verschiedentlich verboten. Der »Europäische Gerichtshof« bestätigte im Juni 2009, es handele es sich um einen Akt bewusster und vorsätzlicher Diskriminierung. Nichtsdestotrotz ging das Treiben auch in diesem Jahr vor wenigen Wochen wieder los. SDF und der »Bloc identitaire« zählten zu den Hauptveranstaltern des Kongresses.

Schuld sind die Linken

Hauptredner des Tages war Pierre Cassen von der Internetpublikation »Riposte Laïque« (in etwa: Gegenschlag der Laizisten), der sich selbst einen »aus der Linken kommenden Säkularisten« nennt. Explizit rechtfertigt er das Bündnis mit der extremen Rechten und betreibt die alleinige Konzentration der Religionskritik auf den Islam. Cassen bedankte sich an jenem Samstag mehrfach beim »Bloc identitaire« und betonte: »Ohne sein Organisationsvermögen hätte diese Veranstaltung unmöglich zustande kommen können«.

Anne & Marine

Anne Zelensky, eine frühere Wegbegleiterin von Simone de Beauvoir, lobte in dieser »illustren« Runde derweil die extrem rechte Politikerin Marine Le Pen, die sie vertraulich beim Vornamen nannte. Sie attestierte ihr, ihre Sprüche hätten »nichts Schockierendes«. Zelensky bezog sich dabei auf die viel diskutierten Äußerungen der Tochter von Jean-Marie Le Pen vom 10. Dezember 2010. An jenem Abend hatte die mutmaßliche künftige Chefin des »Front National« (FN) einen Auftritt in Lyon vor rund 300 Anhängern ihrer Partei. Bei der Stadt am Zusammenfluss von Rhône und Saône handelt es sich um eine als »ultraradikal« geltende Sektion des FN: In dieser Hochburg ihres Rivalen Bruno Gollnisch finden sich unter anderem Aktivisten der offen republikfeindlichen und antisemitischen Kleingruppe »Oeuvre française«, die die »Protokolle der Weisen von Zion« verbreiten. Vor einem solchen Publikum, und auch um in die Anhängerschaft ihres Konkurrenzkandidaten einzubrechen, ließ Marine Le Pen sich nicht lumpen. Am Mikrofon schrieb sie jenen, die »dauernd vom Zweiten Weltkrieg« und der Besatzung durch Nazideutschland reden wollten, ins Stammbuch, heute gebe es eine aktuelle Besatzung, um die sie sich stattdessen lieber einmal kümmern sollten. Und zwar jene Besatzung »von Teilen unseres Territoriums«, die von Muslimen ausgehe, die tatsächlich oder angeblich unter freiem Himmel auf den Straßen beteten.

Solches kommt an islamischen Feiertagen ausnahmsweise in einzelnen Straßenzügen im 18. Pariser Bezirk vor, weil – aufgrund der dortigen starken räumlichen Konzentration der Einwanderer auf engem Raum – die Moscheen dieses Stadtteils viel zu klein sind. Alle Einwandererfeinde in Frankreich haben in den letzten Monaten ihre Aufmerksamkeit auf diese Szenen gerichtet, die auf spezialisierten Webseiten akribisch dokumentiert werden. Auch dies sei eine Besatzung, »selbst wenn sie dieses Mal ohne Panzer und Soldaten auskommt«, stellte Marine Le Pen dank einer sehr speziellen Parallele zu den Jahren 1940 bis 1944 fest.

Anne ohne Fans

Zelensky rechtfertigte auf dem Kongress derweil ein Bündnis mit der extremen Rechten: Die Linke habe den Laizismus nach ihrem Geschmack verraten, die Rechte hingegen habe erkannt, dass »nicht alle Kulturen denselben Wert hätten«, sondern die abendländische aufgrund der Aufklärung und der Stellung der Frau überlegen sei. Während dies noch auf Wohlgefallen traf, wurde die historische Feministin als einzige Rednerin durch eine Mehrheit des Publikums ausgepfiffen, als sie erwähnte, dass sie im Jahr 1970 am Kampf um die Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen teilgenommen hatte. Denn ganz so eng sehen viele der Anwesenden die Sache mit dem Laizismus nicht. Für einen Gutteil von ihnen dürfte dieser vielmehr einen bequemen Vorwand darstellen, um auf Moslems im Besonderen und Einwanderer im Allgemeinen einzuprügeln.

Ohne Marine & Jean-Marie

Marine Le Pen nahm an dem Kongress, der von konkurrierenden Kräften innerhalb des rassistischen Spektrums ausgerichtet worden war, selbst nicht teil. Auch rief der FN nicht explizit zu einer Teilnahme auf. Allerdings hatte der noch für wenige

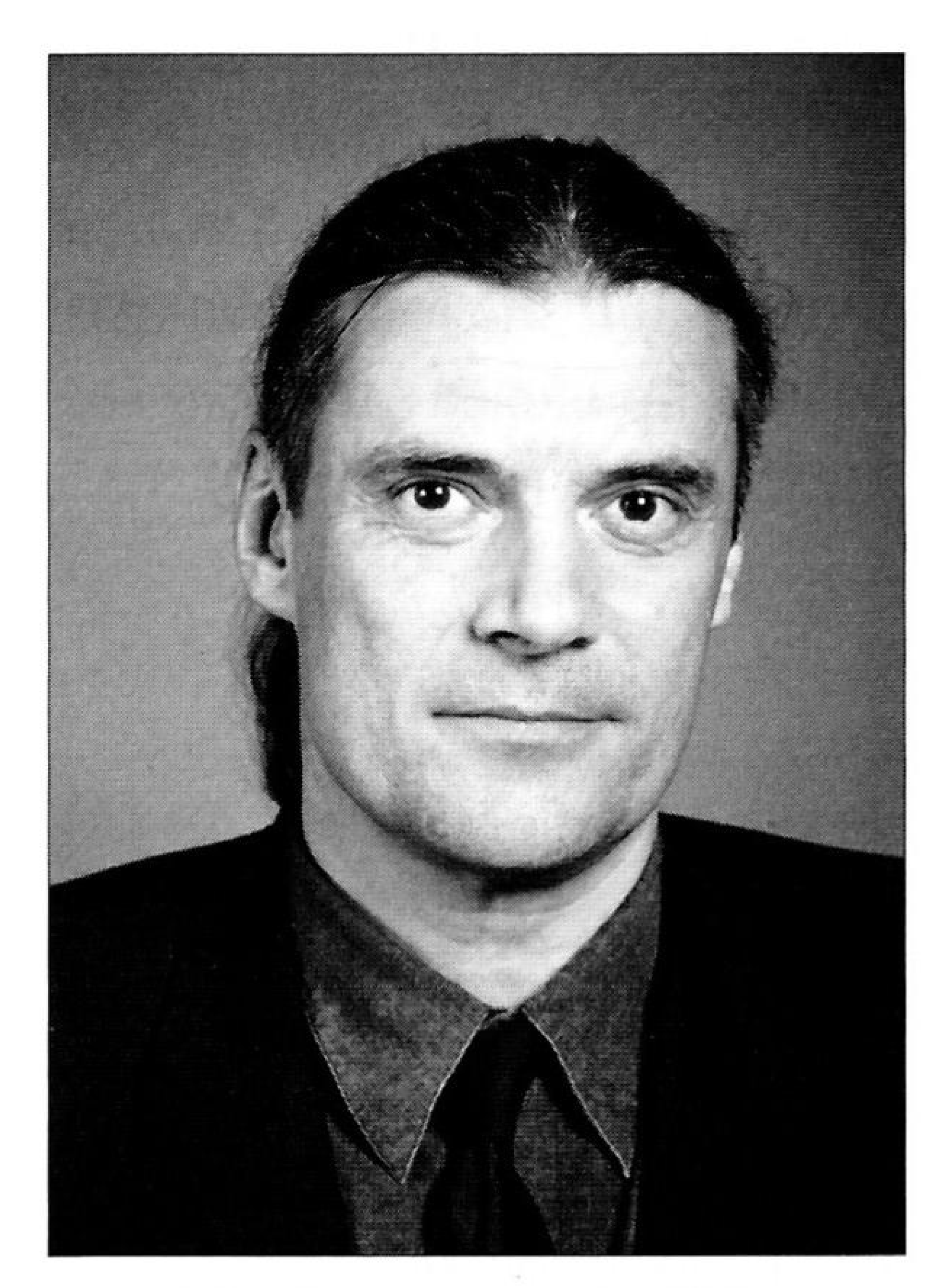
Wochen amtierende Alt-Parteichef Jean-Marie Le Pen sich bei einer Pressekonferenz am 17. Dezember 2010, am Vortag des Kongresses, positiv zu dessen Inhalten geäußert. Er finde ihn gut, erklärte er und betonte, dass er pluralistisch gesonnen sei: »Wir haben nie behauptet, dass wir die Einzigen sind, die vor den Bedrohungen warnen.« Marine Le Pen erklärte ihr Fortbleiben bei einem Fernsehinterview am 19. Dezember 2010 beim Sender LCI damit, dass sie vollauf durch den innerparteilichen Wahlkampf im Ringen um den Parteivorsitz beschäftigt sei.

SVP an Bord

»Töchterchen« Le Pen wusste indes um die vorgetragenen Inhalte des Kongresses. In jenem Interview erwähnte sie, Oskar Freysinger habe dort eine bemerkenswerte Rede gehalten. Freysinger, Abgeordneter der »Schweizerischen Volkspartei« (SVP), war der wichtigste Stargast des Kongresses. Er ist es, der das eidgenössische Referendum vom November 2009 zum Minarett-Verbot und jenes vom November 2010 zur automatischen Abschiebung »ausländischer Krimineller« oder auch »Sozialleistungs-Missbraucher« maßgeblich initiiert hat. Auf dem Kongress, bei dem er erst gegen Mittag auftauchte, führte Freysinger aus, »Islam und Kommunismus« hätten gemeinsam, dass sie beide »kollektivistische Totalitarismen« seien – dabei ist der Islam in Wirklichkeit eine stark kaufmännisch geprägte und deswegen eher wirtschaftsliberale Religion. Freysinger nutzte seine Behauptung, um zu erklären, dass eben aus jenem Grund die Linken in einer Front mit den Muslimen stünden. Doch das »Hauptproblem« sei, erklärte er, dass die moslemischen Einwanderer in Europa auf eine »geistige und spirituelle Wüste« träfen, weil »wir« uns »unserer eigenen Identität« nicht mehr sicher seien.

Vorgeblich laizistisch

Als »Stargast« war – vorab durchgesickerten Informationen der Tageszeitung »Le Monde« zufolge – der Bürgermeister der Pariser Vorstadt Montfermeil vorgesehen, Xavier Lemoine. Nur ist dieser zwar ein fanatischer Kreuzzügler gegen den Islam und für das Abendland, aber wahrlich kein Verfechter des Laizismus. Ganz im Gegenteil. Der Rechtskatholik, der am Rande der konservativen »Union pour un mouvement populaire (UMP; »Union für eine Volksbewegung«) steht, ist unter anderem Abtreibungsgegner und in gewissem Grade auch ein Nostalgiker des Vichy-Regimes. Sein Amtsvorgänger und politischer Ziehvater Pierre Bernard, mit dem er nie gebrochen hat, nahm im Juli 1996 persönlich an der Beerdigung von Paul Touvier, Chef der Miliz unter Vichy, in einer katholisch-fundamentalistischen Gemeinde teil.



^ Oskar Freysinger von der SVP war der Stargast auf dem Kongress

Angekündigt war auf Plakaten auch die Teilnahme von Christian Vanneste, konservativer Rechtsaußen-Abgeordneter der UMP aus der Nähe von Lille. Er war der erste französische Prominente, der 2006 in erster und 2007 in zweiter Instanz wegen schwulenfeindlicher Sprüche nach dem neuen Strafgesetz gegen Homophobie verurteilt worden ist – 2009 wurde das Urteil allerdings durch den »Obersten Gerichtshof« aufgehoben. Solche Figuren haben mit Laizismus schlichtweg nichts zu tun. Letztendlich erschienen aber weder Lemoine noch Vanneste zum Kongress. Die Parteiführung der UMP habe die Schraube angezogen und ihnen ein Erscheinen dort verboten, greinten die Veranstalter.

Kosten, Kosten, Kosten

Ansonsten ging es vor allem um die »Kosten der Einwanderung«, die der Unternehmensberater und Thatcherist Jean-Paul Gourevitch in Zahlenkolonnen vorstellte. Angeblich kosten die Zuwanderer die Franzosen »38 Milliarden Euro« pro Jahr. Eine Zahl, die er freilich durch nichts rechtfertigte. Jacques Philarchein, »Gewerkschafter« und in Wirklichkeit ein rechtsradikales U-Boot im Gewerkschaftsverband »Force Ouvrière« (FO) – er hält Vortrage in neofaschistischen Veranstaltungslokalen über »ein nationales Gewerkschaftswesen « – hielt »der Linken« vor, sie verrate »die wirklichen Armen«. Dies seien »die Einheimischen«, die einer Arbeit nachgingen. Die Zuwanderer jedoch seien »falsche Arme«, lebten sie doch durch Sozialleistungen und Kriminalität in Wirklichkeit sehr gut. Applaus erhielt auch der Schriftsteller Renaud Camus; eines seiner Bücher hatte im April 2000 durch den Verleger Fayard aufgrund antisemitischer Passagen zurückgezogen werden müssen. Camus führte auf der Veranstaltung aus, die Präsenz von Zuwanderern in Frankreich sei Teil eines »großen Plans zum Bevölkerungsaustausch« durch die Herrschenden. Hätten diese sich doch die – seinerzeit sarkastische – Aufforderung von Bertolt Brecht zu Herzen genommen, sie sollten sich doch »ein neues Volk wählen«. Im Übrigen habe man es bei Straftätern migrantischer Herkunft »nicht mit Ganoven zu tun, sondern mit Soldaten«. Sei doch die »unerträgliche Unsicherheit« Teil einer Kriegsführung, die auf Vertreibung der weißen »Eingeborenen« abziele.

Selbstverständlich auch Anti-EU

Obwohl es wenig mit dem Kongressthema »Islamisierung« zu tun hatte, kamen viele Redner auf die »Unterdrückung der europäischen Nationen« durch die Europäische Union und die Einheitswährung Euro zu sprechen. Pierre Cassen und Christine Tasin von »Riposte Laïque«, deren politischer Standort ungefähr als autoritärer National-Republikanismus charakterisiert werden kann, sprachen sich für eine rasche Rückkehr zum französischen Franc aus. Tasin erklärte, sie sei »Republikanerin und Legalistin«, doch, falls im Wahljahr 2012 kein grundlegender Wandel vollzogen werde, drohe eine Revolution. Eine solche von rechts brauche es: »Das französische Volk könnte dann auf die Straße gehen, um sich die Macht zurückzuholen.« ■

JAGD AUF ZUWANDERER

Am 11. Dezember 2010 kam es im Anschluss an eine Kundgebung von Fußballfans des Moskauer FC »Spartak« zu gewalttätigen Straßenjagden ultranationalistischer Fußballfans und Neonazis auf Menschen, deren Äußeres auf nichtslawische Herkunft schließen lässt. Anlass der Kundgebung war der Tod Jegor Swiridows, eines Fans des Moskauer Fußballclubs »Spartak«. Dieser wurde am 6. Dezember bei einem Streit um ein Taxi von Nordkaukasiern mit einer Gaspistole erschossen. Vorausgegangen war dem eine Schlägerei. Die Bilanz des Tages: 31 Verletzte, die teilweise mit Messern angegriffen bzw. krankenhausreif geschlagen wurden und 66 Festnahmen. Bereits am 7. Dezember 2010 versammelten sich etwa 1.000 Fans und Neonazis spontan und forderten Rache. Ebenso kam es am 8. Dezember zu Ausschreitungen beim Gruppenspiel der Champions League von »Spartak« gegen »MSK Zilina« in der Slowakei. Am 15. Dezember 2010 zogen Hunderte Fans und Neonazis durch Moskau, feuerten Nebelkerzen und Feuerwerkskörper ab und skandierten »Russland für die Russen«, »Moskau für die Russen«, »Haut ab in den Kaukasus«. Mit Baseballschlägern und Eisenstangen schlugen sie auf Kaukasier ein. Die Gewaltwelle betraf auch andere Städte: In St. Petersburg und Samara kam es zu massenhaften Festnahmen. Dabei seien etliche Waffen beschlagnahmt worden. Überfälle auf Zuwanderer sind in Russland an der Tagesordnung. Dutzende Zuwanderer werden dabei jedes Jahr getötet. Ausschreitungen dieser Größe gab es allerdings schon seit Jahren nicht mehr.

Branderkennung

Von Annelies Senf

Mit der Broschüre »Flächenbrand. Extrem rechte Strukturen in der Grenzregion von Westerwald, Mittelhessen und Siegerland« möchte das Redaktionsteam das Rückzuggebiet der extremen Rechten im Dreiländereck der Bundesländer Hessen, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen offen legen und Protagonisten beziehungsweise ihre Vorgehensweisen bekanntmachen. Anliegen der Herausgeber ist es, mit ihren Recherchen zu verdeutlichen, dass es sich bei öffentlich bekannt gewordenen Vorfällen mit extrem rechtem Hintergrund nicht nur um Einzelerscheinungen handelt, sondern um einen Flächenbrand. Die Neonazis beziehungsweise die extreme Rechte ist in dem beschriebenen Gebiet sehr gut organisiert und flächendeckend aktiv. Vor allem im ländlichen Raum gibt es das Problem der Etablierung von rechter Alltags- und Jugendkultur. Dagegen muss vorgegangen werden: Deshalb richtet sich die Broschüre an MultiplikatorInnen in Schule, Vereinen und Gewerkschaften und soll couragiertes Auftreten diesen Entwicklungen gegenüber erleichtern.

Gegenstand der Broschüre sind Elemente, die im Alltag rechter Jugendlicher eine Rolle spielen. Dazu gehören Lebenswelten, Ideologieelemente, Organisationen/Gruppen, Versandgeschäfte/Musiknetzwerke und Symbole beziehungsweise Codes.

»Rechte Lebenswelten« werden als »Zusammenspiel von vorhandenen Fragmenten rechter Ideologie mit oft martialischem Auftreten, Autoritarismus, Dominanzstreben, »Lokalpatriotismus« und dualistischem Freund-Feind-Denken« beschrieben. Bausteine und Bandbreite der »rechten Lebenswelten« machen deutlich, dass sie den Prozess »zum Naziwerden« bestimmend begleiten und »Neonazisein« sich nicht nur auf die Jugendphase beschränkt.

In kurzen und übersichtlichen Darstellungen auf jeweils einer Seite stellt das Redaktionsteam Organisationen vor wie: NPD/JN, Freie Kameradschaften, Autonome Nationalisten; Familienkreise, Frauengruppen, Versandgeschäfte und Musiknetzwerke, (Frei-)räume und Angriffe sowie Anschläge. Die Artikel beginnen mit einem allgemeinen Überblick zu den Aspekten und führen hin zu regionaler Besonderheit. Für den zweiten Teil zum Thema rechte Symbolwelt stellte die »Agentur für Soziale Perspektiven« (ASP), Herausgeberin der Broschüre» Versteckspiel – Lifestyle, Symbole und Codes von neonazistischen und extrem rechten Gruppen«, ihre Texte zur Verfügung. Diese Broschüre ist empfehlenswert für alle, die sich mit dem Thema »extreme Rechte« explizit in der Region Westerwald, Mittelhessen und Siegerland beschäftigen: Sie bietet in einem ansprechenden Layout mit reicher Bebilderung einen raschen Überblick und gelungenen Einblick in die Strukturen vor Ort.

Argumente. netzwerk antirassistischer bildung e. V. u. a. (Hg.): Flächenbrand. Extrem rechte Strukturen in der Grenzregion von Westerwald, Mittelhessen und Siegerland. Berlin, 2010, 39 Seiten. Bezug gegen 4,- Euro Schutzgebühr bei: argumente e. V., Lausitzer Str. 10, 10999 Berlin.

Fußball, Fußball, Fußball

Von Karl Heinisch

»Rechtsextremismus im Sport in Deutschland und im internationalen Vergleich« ist eine Expertise, die unter anderem von dem renommierten Sportsoziologen Gunter A. Pilz mit verfasst wurde. Sie bezieht die Ergebnisse bisheriger Studien, journalistischer (auch antifaschistischer) Berichte und Tagungen zum Thema ein sowie die (angefragten) Informationen aus diversen Sportverbänden, eigene Recherchen und schließlich das Wissen aus 23 ExpertInneninterviews. Sie ist damit die derzeit wohl umfangreichste Veröffentlichung zum Thema. Bei der Lektüre offenbart sich allerdings schnell, wo die eigentlichen Forschungslücken sind – die AutorInnen machen darum auch kein Geheimnis. Obwohl der Anspruch im Raum steht, über »Rechtsextremismus im Sport« zu schreiben, wäre der Beititel »am Beispiel Fußball« angebracht gewesen, geht es doch vorwiegend um das Thema. Sicherlich, die AutorInnen benennen die bekannten gewordenen Fälle in anderen Sportrichtungen, doch darüber hinaus können sie wenig zum Thema beitragen. Auch das ist weniger ihr Versäumnis, denn dafür bedürfte es umfangreicherer Studien, wie sie selbstkritisch bemerken. Der Anspruch, die vorliegende Expertise »im internationalen Vergleich« zu präsentieren, ist jedoch zu hoch angesetzt. Zwar wird der Bogen nach Frankreich, Italien und Österreich geschlagen – doch einzig bei der Alpenrepublik wird außer Fußball noch ein anderes Beispiel einbezogen: der »Österreichische Turnerbund« (ÖTB), der vor Jahren noch stärker als heute ideologisch im Fahrwasser der extremen Rechten verankert war beziehungsweise ist. Hier wäre ein Vergleich zwischen dem sportideologischen Überbau der Österreicher und seinem deutschen Pendant interessant gewesen.

Dennoch, trotz dieser Kritik und auch der selbst von den AutorInnen identifizierten »Mängel« bietet die Veröffentlichung einen guten Überblick, bei dem Probleme und Versäumnisse in Vereinen, Ligen etc. deutlich benannt werden als auch an Beispielen gezeigt wird, wo und wie versucht wurde dem Problem zu begegnen.

Pilz, Gunter A.; Behn, Sabine; Harzer, Erika; Selmer, Nicole; Lynen von Berg, Heinz: Rechtsextremismus im Sport in Deutschland und im internationalen Vergleich. Sportverlag Strauß: Köln, 2009, 235 Seiten, 28,- Euro.

Das braune Chamäleon

Von Tobias Hinrich

Der Film des »Medienprojekt Wuppertal« trifft offensichtlich den Nerv der militanten Neonazi-Szene: Die Premiere des Dokumentarfilms »Das braune Chamäleon« in einem Wuppertaler Multiplex-Kino versuchten 15 bis 20, offensichtlich den »Autonomen Nationalisten« (AN) zuzurechnende, junge Erwachsene zu stören. Dank dem beherzten Einsatz der Security konnte der Filmstart stattfinden.

»Das braune Chamäleon« (55 min.) setzt sich mit verschiedenen Erscheinungsformen der heutigen extremen Rechten an Beispielen aus Nordrhein-Westfalen auseinander. Gezeigt wird, wie mit dem Thema Anti-Islam von Seite »rechtspopulistischer« Gruppen versucht wird Politik zu machen. Dabei kommen am Rande einer »Anti-Islamisierungskundgebung« auch jugendliche rechte Teilnehmer zu Wort. Die Teilnehmer eines neonazistischen Aufmarsches in Dortmund, die offenkundig aus dem Spektrum der AN stammen, lehnen es hingegen ab Position vor der Kamera zu beziehen. Sachkundig ordnet Hans-Peter Killguss vom »NS-Dokumentationszentrum« Köln in einem Interview die gezeigten Bilder und Phänomene ein. Gespräche mit Christiane Schneider von »Jugendschutz.net« und dem NPD-Aussteiger Matthias Adrian flankieren weitere Aspekte des Themas, wie beispielsweise das heutige Auftreten der extremen Rechten im Internet.

Herausgekommen ist damit ein Dokumentarfilm, der unaufgeregt Einblicke ermöglicht. Vertrieben wird er auf einer Doppel-DVD, die neben Bonusmaterial – längere Interviews mit Christiane Schneider, Matthias Adrian und Kevin, einem ehemaligen Aktiven aus der militanten neonazistischen Szene, der eine Haftstrafe absitzt – einen weiteren Film erhält: »Einfach mit dem Strom? – Mädchen in der rechten Szene« (33 min.). In dem Beitrag von »Mikado e. V.« aus Nauen interviewt eine Gruppe von jungen Frauen eine nur unwesentlich

Ältere, die über ihre erste große Liebe in die neonazistische Szene kam und diese knapp vier Jahre später über einen neuen Freund wieder verließ. Ehrlich berichtet sie von ihrer Zeit in der Szene. Auch hier flankieren Expertinneninterviews die Erzählungen der ehemaligen Szenegängerin.

Sicherlich, der Film beziehungsweise die Filme kommen nicht mit den aufwendig produzierten Bildern teurer Fernsehproduktionen daher – das ist aber auch nicht Ziel des Wuppertaler Projekts. Ihnen geht es darum, gemeinsam mit Jugendlichen Projekte zu realisieren und so auch spezifische jugendliche Blickwinkel im Film mit zu repräsentieren. Und das funktioniert und macht die Doppel-DVD auf besondere Weise geeignet für die Arbeit mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen.

Medienprojekt Wuppertal: Jugendliche und Rechtsextremismus. Beiträge zu unterschiedlichen Ausprägungen von Rechtsextremismus. DVD, freigegeben ab 12 Jahren. Wuppertal, 2010, 187 min. (einschließlich Bonusmaterial). Kaufpreis 30,- Euro, Ausleihe 10,- Euro bei: Medienprojekt Wuppertal, Hofaue 59, 42103 Wuppertal.

Unter MigrantInnen

Von Jens Breuer

Martina Susanne Ortner führte eine Studie zum extrem rechten Potenzial unter Münchner Migrantinnen und Migranten durch; qualitativ mittels fünf Gruppendiskussionen und sieben Einzelinterviews mit insgesamt 36 TeilnehmerInnen aus 16 verschiedenen Nationen. Einige von ihnen arbeiten als MigrationsberaterInnen. Thematisiert wurde Begriffe wie »Rechtsextremismus«, »Heimatliebe« etc. in Bezug darauf, wie diese wahrgenommen und interpretiert/angewandt werden. Dabei wurden auch Ressentiments, Stereotypisierungen und anderen politische Vorstellungen verbalisiert. Deutlich wird, dass das Thema tatsächlich von Bedeutung ist unter MigrantInnen. Derartige Einstellungen würden »im Rucksack« mitgebracht, wobei sich diese als auch Handlungen vor allem auf die Herkunftsländer, -regionen bezögen – zu denen bestehe heute insbesondere durch das Internet eine starke Bindung. »Die Migration kann diese Einstellung verstärken, aber auch durch die vielen neuen Eindrücke und Reflexionen verändern [...] Bei jungen Menschen mit Migrationshintergrund spielt der Aspekt der Selbstethnisierung als Folge von Exklusionserfahrungen eine Rolle« – immer wieder wird benannt, dass sie sich in Deutschland als Menschen zweiter Klassen fühlen würden. Etablieren könnten sich derartige Einstellungen, proklamiert Ortner, weil es »zu wenig kritische Öffentlichkeit dazu gibt«. Dem möchte die Münchner »Fachinformationsstelle Rechtsextremismus München« entgegen wirken: »Weg vom Tabu, hin zum Diskurs«. Weitere Veröffentlichungen sollen folgen.

Fachinformationsstelle Rechtsextremismus München (Hg.): Heimatliebe, Nationalstolz und Rassismus – Einzelmeinung oder Trend? Extrem rechte politische Weltanschauungen von Migrant_innen (in München). Teil 1 Begriffe und Phänomene. München, 2010, 58 Seiten, 3,- Euro. Bezugsadresse: Fachinformationsstelle Rechtsextremismus, c/o Feierwerk, Hansastraße 39-41, 81373 München.

Der »Leopold Stocker Verlag«

Von Karin Marie Müller

Schmal, aber inhaltsreich ist die Broschüre über den österreichischen »Leopold Stocker Verlag«, der sein Geld, aber auch Renommee jenseits der extremen Rechten gewinnt mit Koch- sowie landwirtschaftlichen Fachbüchern und Publikationen über Natur und Umwelt. Diesen Spagat skizziert der »Arbeitskreis gegen rechtsextreme Literatur« und erzählt die Geschichte des Verlags, der 1917 gegründet wurde und seitdem stets auch politische »Literatur« verlegte. Die Autorinnen und Autoren beschreiben beispielhaft, was sich hinter Titeln wie »Reiten für Russland« verbirgt. Außerdem gehen sie auf die Quartalszeitung »Neue Ordnung« ein, die sich seit 1999 im Besitz des Stocker Verlags befindet – seit 2004 unter der Ägide der Verlagsgruppe »Ares«.

Die Lektüre der Broschüre lohnt. Sie ist prägnant, gut geschrieben und solide recherchiert – das muss sie auch sein, denn der Verlag überzieht seine KritikerInnen seit Jahren mit Klagen. Gegen die Gruppe »Mayday« wurden seit 2005 drei Prozesse mit insgesamt vier Klagen angestrengt, die jedoch alle nacheinander abgewiesen wurden. Obwohl derartige Verfahren auch die Angeklagten Geld und Nerven kosten, hatten sie zum Teil doch einen positiven Nebeneffekt. Laut eines Gerichtsurteils sei es beispielsweise ein zulässiges Werturteil, das »Familienunternehmen Stocker« als »im Dienst des Rechtsextremismus« zu bezeichnen.

Arbeitskreis gegen rechtsextreme Literatur: »Das Herz am rechten Fleck. Der Leopold Stocker Verlag und die rechtsextreme Szene«. Graz, 2010, 20 Seiten. Download: http://maydaygraz.files.wordpress.com/2010/11/broschuere_web1.pdf.

IMPRESSUM

Verlag **DERRECHTERAND** GbR,
Rolandstr. 16, 30161 Hannover
Postanschrift und Aboverwaltung:
DERRECHTERAND, Postfach 304180, 20324 Hamburg
redaktion@der-rechte-rand.de
www.der-rechte-rand.de
Aboverwaltung Der Rechte Rand,
Postfach 304180, 20324 Hamburg
Druck: Interdruck Berger und
Hermann GmbH, Hannover
Erscheinungsweise: 6x im Jahr
V.i.S.d.P.: Klaus Richardt
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.